

PARTEIEN UND PARTEIEN-
KOOPERATIONEN DER KAS
IN LATEINAMERIKA



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion

Hans-Hartwig Blomeier, Dr. Karsten Grabow, Ilse Grillenberger,
Olaf Jacob, Reinhard Willig
HA Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V., Team Lateinamerika

www.kas.de

*© 2008 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten.*

*Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der
Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

*Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik
Deutschland.*

Printed in Germany.

INHALT

7 | VORWORT

9 | I. EINLEITUNG

13 | II. PARTEIENENTWICKLUNG UND DIE ARBEIT DER KAS MIT
POLITISCHEN PARTEIEN IN LATEINAMERIKA

1. Argentinien	13
2. Bolivien	15
3. Brasilien	18
4. Chile	21
5. Costa Rica	24
6. Ekuador	27
7. El Salvador	30
8. Guatemala	31
9. Honduras	34
10. Kolumbien	37
11. Kuba	40
12. Mexiko	43
13. Nicaragua	46
14. Panama	52
15. Peru	56
16. Uruguay	59
17. Venezuela	62
18. Die Zusammenarbeit zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der ODCA	65

68 | III. DIE PARTEIENFÖRDERUNG DER KAS IN LATEINAMERIKA –
BEISPIELE UND FALLGRUPPEN

73 | IV. PARTEIENZUSAMMENARBEIT UND -FÖRDERUNG DER KAS:
GRUNDSÄTZE UND ZIELE

83 | ANHANG

VORWORT

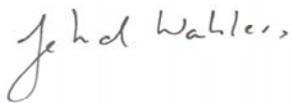
Unter den deutschen wie den internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit besteht Einigkeit dahingehend, dass zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung einerseits und Demokratie, ihren Werten, Institutionen und Verfahren andererseits ein enger Zusammenhang besteht. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und demokratische Institutionen wie faire und freie Wahlen, funktionierende Parlamente und eben auch demokratische Parteien sind Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Deshalb zählen die werteorientierte Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir sind davon überzeugt, dass die Verankerung der Demokratie, die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens und gemeinwohlorientiertes Regieren nur durch starke demokratische Parteien, Parteienvielfalt und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen sind.

Für die Zusammenarbeit mit politischen Parteien im Rahmen der allgemeinen Demokratieförderung durch die KAS fanden sich von Anbeginn des internationalen Engagements der Stiftung Mitte der 1960er Jahre in Lateinamerika besonders gute Voraussetzungen: In vielen Ländern des Kontinents gab es bereits oder entstanden klar identifizierbare Partnerparteien, mit denen die Stiftung gesellschaftliche Werte, politische Grundüberzeugungen und ordnungspolitische Leitbilder teilt. Das heißt nicht, dass die KAS grundsätzlich nur mit christlich-demokratischen Parteien zusammenarbeitet. Aber der gemeinsame Wertehorizont, das Zusammenhalten und die Unterstützung unserer Partner, gerade in politisch höchst angespannten Situationen wie in Chile zwischen 1973 und 1989, haben zu engen und überaus vertrauensvollen Beziehungen zu unseren politischen Partnern und Freunden in Lateinamerika geführt, die nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht einen Erfolg, sondern auch für die deutsche Außenpolitik eine unverzichtbare Konstante darstellen.

Die vorliegende Broschüre versammelt Beiträge, die von den Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika auf einer Fachkonferenz im Oktober 2007 in Santiago de Chile präsentiert wurden. Sie geben einen Überblick über aktuelle Entwicklungen der Parteien sowie über die Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienförderung in Lateinamerika. Ich danke allen Beteiligten für die präzisen Analysen der Lage unserer Partner und der gesamten Parteienlandschaft. Ein besonderer Dank gilt dem Leiter des Teams Lateinamerika in der Zentrale der KAS, Hans Blomeier, für die Initiative und Vorbereitung der Konferenz, Dr. Helmut Wittelsbürger für die Organisation vor Ort und vor allem auch Frank Priess für die Auswertung der Länderberichte sowie das Aufzeigen differenzierter Ansätze für die künftige Parteienkooperation der KAS in Lateinamerika.

Mit der Fachkonferenz in Santiago de Chile und der vorliegenden Broschüre ist ein wichtiger Beitrag geleistet worden, um die Projekte der Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS mit den gegebenen Rahmenbedingungen und Entwicklungspotenzialen in den Ländern in Einklang zu bringen. Unsere normativen Förderkriterien und -ziele, die im abschließenden Kapitel dieser Publikation dargelegt sind, geben wir dabei keineswegs preis. Es wäre allerdings auch illusorisch, diese Kriterien wie eine Blaupause undifferenziert auf alle Weltregionen übertragen zu wollen. Deshalb erfordert die verantwortungsbewusste Parteienkooperation der KAS regelmäßige Bestandsaufnahmen und ggf. die Anpassung der Maßnahmen an die sich stellenden Herausforderungen.

Ungeachtet der augenblicklichen Schwäche einzelner Parteien gilt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in Lateinamerika die Demokratie grundsätzlich befürwortet, aber in Einzelfällen mit ihrer praktischen Ausführung unzufrieden ist. Organisatorisch starke, programmatisch profilierte und leistungsfähige demokratische Parteien sind jedoch für die Weiterentwicklung und Stabilisierung der Demokratie unverzichtbar. Die hier skizzierten Probleme einzelner Parteien und Parteiensysteme in Lateinamerika sind für die Konrad-Adenauer-Stiftung Ansporn und Verpflichtung zugleich, das Engagement im Bereich der Parteienförderung auszubauen und dabei im Rahmen unserer Förderkriterien gewissenhaft und differenziert vorzugehen.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

I. EINLEITUNG

Die Unterstützung und Beratung von demokratischen Parteien, die den Grundwerten der Konrad-Adenauer-Stiftung nahestehen, hat in Lateinamerika eine lange Tradition. In keiner der anderen Weltregionen, in denen die KAS aktiv ist, fanden sich für die Zusammenarbeit mit politischen Parteien so gute Ausgangsbedingungen. Als die KAS Mitte der 1960er Jahre ihre ersten Auslandsbüros in Lateinamerika (Chile, Venezuela) eröffnete, wurden zahlreiche Länder allerdings von Militärs regiert und waren – wenn überhaupt – lediglich „Fassadendemokratien“. Parteienkooperation stand, mit Ausnahme Chiles, wo der PDC bereits 1964 in die Regierungsverantwortung gewählt wurde, und Venezuelas, wo 1969 mit Rafael Caldera der erste christlich-demokratische Präsident sein Amt antrat, noch nicht im Vordergrund. Dennoch knüpfte die Stiftung auf der Grundlage ihrer Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Kontakte zu christlich-demokratischen Parteien, Gewerkschafts- und Unternehmerverbänden und dem sich herausbildenden Genossenschaftswesen.

Diese parteipolitischen Vorfeldorganisationen, insbesondere Studentenorganisationen der christlich-demokratischen Parteien, die sich an sozialpolitischen Vorstellungen der christlichen Soziallehre orientierten, stellten die Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der KAS in Lateinamerika im Allgemeinen und für die Parteienzusammenarbeit im Besonderen dar. Das heißt nicht, dass die KAS in Lateinamerika ausschließlich mit christlich-demokratischen Parteien zusammenarbeitet. Aber in nahezu allen Ländern Lateinamerikas fanden sich bedingt durch die Existenz christlich-demokratischer oder demokratischer Parteien der sich bildenden politischen Mitte Anknüpfungspunkte für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Werte.

Die KAS hat ihr Engagement auch unter politisch höchst schwierigen Bedingungen aufrechterhalten, beispielsweise während der Militärdiktatur in Chile (1973-1989) oder der Einparteienherrschaft des PRI in Mexiko bis 2000. Junge, gefährdete Demokraten erhielten Stipendien in Deutschland oder wurden von der KAS anderweitig gefördert. Dadurch sind enge freundschaftliche Beziehungen zu den politischen

Eliten dieser Länder hergestellt worden, die auch heute noch für die deutsche Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit von größtem Nutzen sind.

Die Beiträge in dieser Broschüre wurden für eine Fachkonferenz der KAS Mitte Oktober 2007 in Santiago de Chile vorbereitet und dort vorgestellt. Sie geben einen Überblick über den derzeitigen Stand der Parteien (Programmatik, Organisation, Abschneiden bei den letzten Wahlen) und Parteiensysteme in Lateinamerika. Darüber hinaus stellen sie die Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienkooperation und -förderung in Lateinamerika dar. Ergänzt werden die Berichte durch ein Kapitel, das Grundsätze und Ziele der KAS in der Zusammenarbeit mit und der Förderung von Parteien benennt.

Fachkonferenzen wie jene, die dieser Broschüre voranging, sind für die Projektsteuerung und die kontextstimmige Anpassung der Maßnahmen im Bereich der Parteienkooperation der KAS von großer Bedeutung. Die Berichte zeigen, dass die Mitarbeiter KAS sowohl bei der Wahl der Partner als auch bei der Gestaltung der Kooperation mit sehr viel Fingerspitzengefühl und differenziert vorgehen. Eine derart differenzierte Vorgehensweise, die neben der mittelbaren Parteienzusammenarbeit auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit politischen Bildungsinstituten oder auch eine individuelle Zusammenarbeit beinhalten kann, ist nicht nur eine Frage der gegebenen Rahmenbedingungen und Entwicklungspotenziale der betreffenden Parteien, sondern auch eine des vertrauensvollen Umgangs mit den uns zur Verfügung gestellten Ressourcen. Im Rahmen der allgemeinen Demokratieförderung liegt ein entwicklungspolitischer Auftrag der deutschen politischen Stiftungen im Bereich der Parteienzusammenarbeit darin, die Herausbildung von demokratischen Parteiensystemen und demokratischen Parteien zu fördern und Parteien hinsichtlich des Aufbaus demokratischer Strukturen und Verfahren, der Programmarbeit, der politischen Kommunikation, demokratischer und gemeinwohlorientierter Regierungsführung oder der internationalen Parteienzusammenarbeit zu beraten sowie darin, mit den Repräsentanten der Parteien einen beständigen Dialog über diese Fragen zu führen.

Zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit wurden die Verfasser gebeten, die Länderberichte in drei Hauptpunkte zu gliedern und jeden Bericht mit einer kurzen Darstellung der politischen Rahmenbedingungen (Staatsform, Regierungssystem, Wahlsystem, Grundsätze der Parteienfinanzierung) einzuleiten: Bei den drei Hauptpunkten handelt es sich um (1) das Parteiensystem des jeweiligen Landes, (2) Partnerparteien der KAS¹ und (3) den Inhalt der Kooperationen. Da auf diese Weise ein aktueller Zustandsbericht zur Lage der lateinamerikanischen Parteien und Parteiensysteme entstanden ist, haben wir uns entschieden, die Ergebnisse der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Länderberichte belegen, dass die Demokratie von der überwiegenden Mehrheit der Lateinamerikaner als politisches Herrschaftsmodell gegenüber allen anderen Regierungsformen bevorzugt wird, ebenso, dass Demokratie und demokratische Parteiensysteme in einer Reihe von Ländern fest verankert sind (vgl. auch KAS 2007a). Die im Dezember 2007 gescheiterte Abstimmung über eine fundamentale Verfassungsänderung in Venezuela, die Präsident Chávez noch weiter reichende Machtbefugnisse hätte sichern sollen, belegt zudem, dass selbst dort, wo demokratische Institutionen und Verfahren vorübergehend außer Kraft gesetzt wurden, freiheitliche und demokratische Grundüberzeugungen bei der Bevölkerungsmehrheit existieren, die sich autoritären Ambitionen durchaus widersetzen. Gleichzeitig zeigen die Berichte aber auch, dass aufgrund von Defiziten bei der Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit, Defiziten bei der Bereitstellung öffentlicher Güter wie Sicherheit oder Bildung und nicht zuletzt durch den für Lateinamerika typischen Klientelismus und mangelnde persönliche Integrität einiger Politiker das Ansehen der Parteien gefallen ist. Darunter hatten auch einige Partnerparteien der KAS zu leiden, z.B. in Venezuela (COPEI), in Guatemala (DCG) oder Ecuador (UDC).

Abgesehen von persönlichen Verfehlungen und schlechter Regierungsführung in den genannten Ländern kommt hinzu, dass, ähnlich wie in Europa, politische Werte auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes im Zuge der auch für Lateinamerika zu konstatierenden gesellschaftlichen Modernisierungs-, Säkularisierungs- und Individualisierungsprozesse an politischer Bindungs- und Mobilisierungskraft verloren haben und einige Parteien, mit denen die KAS partnerschaftlich verbunden ist, heute nur noch marginale Bedeutung haben (z.B. in Ecuador). Für die KAS stand in Lateinamerika das entwicklungs-politische Konzept der so genannten „ownership“ von Anfang an im Vordergrund. Die Mitarbeiter der KAS

wirken im Bereich der Parteienförderung begleitend und beratend, sie nehmen aber keinen Einfluss auf unmittelbare innerparteiliche Entscheidungen. Stattdessen arbeiten die Mitarbeiter der KAS in der Regel mit unabhängigen und/oder parteinahen Bildungsinstituten zusammen und bieten mit den Partnerinstituten Konferenzen, Seminare u.a. Weiterbildungsveranstaltungen an, die sich in erster Linie an Mandatsinhaber, Nachwuchskräfte oder Vertreter innerparteilicher Gliederungen (Frauen, Jugend, Berufsverbände) richten. Ob die Ergebnisse dieser Bildungsveranstaltungen in den Parteien berücksichtigt werden, steht nicht in der Macht der KAS. Auch in Lateinamerika neigen manche Parteien zur Abschottung gegenüber international geschulten innerparteilichen Nachwuchs- und Reformkräften.

Ungeachtet der in dieser Broschüre beschriebenen Probleme einzelner Parteien kann allerdings konstatiert werden, dass die Arbeit der KAS und ihrer Partner im Bereich der Parteienzusammenarbeit und -förderung in Lateinamerika in etlichen Fällen als Erfolg zu bewerten ist, in anderen weniger. Für die erfolgreiche Verankerung der Parteiendemokratie, z.B. in Chile, Mexiko, mit kleineren Abstrichen auch in Honduras, Uruguay, Kolumbien oder Peru reklamieren wir keinesfalls eine Alleinverantwortung. Es sind vor allem die Akteure in den Partnerparteien, denen das Verdienst der Konsolidierung der Parteiendemokratie in ihren Ländern im Ganzen, der Konsolidierung demokratischer innerparteilicher Strukturen und Verfahren, der Erarbeitung überzeugender Parteiprogrammatik und schließlich mehr gemeinwohlorientierter Regierungstätigkeit gebührt. Die Arbeit der KAS war dabei ein Mosaikstein neben anderen, der zur Weiterentwicklung und Stabilisierung der Parteiendemokratie beigetragen hat.

In anderen Ländern sind die Herausforderungen an die Partner der KAS und an uns selbst gegenwärtig wesentlich höher. Das betrifft v.a. jene Länder des Kontinents, in denen die Demokratie insgesamt schwach oder gar ausgeschaltet ist und folglich demokratische Parteien, die für eine engere Zusammenarbeit mit der KAS in Frage kommen, wenig entwickelt sind (z.B. Bolivien, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Nicaragua oder Venezuela). Aber auch Ländern, die zwar demokratisch sind, in denen die potentielle Partnerparteien jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen kaum über leistungsfähige Parteistrukturen und Programme verfügen, z.B. Costa Rica, Brasilien oder Panama, gehört unsere Aufmerksamkeit.

Die werteorientierte Zusammenarbeit mit unseren Partnerparteien in Lateinamerika ist deshalb nach wie

vor von großer Wichtigkeit, um dort, wo Demokratie stabil und unsere Partner vital sind, Stabilität und Vitalität weiterhin zu gewährleisten und dort, wo Parteien, die die Grundwerte der Stiftung teilen, vor großen Herausforderungen stehen oder gar die Demokratie insgesamt gefährdet ist, verlorengangenes Terrain für die Partnerparteien und die Bevölkerung wiederzugewinnen.

*Hans-Hartwig Blomeier
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
der KAS, Teamleiter Lateinamerika*

- 1| *Dieser Oberbegriff wurde für alle Parteien gewählt, mit denen die KAS zusammenarbeitet. Ob es sich um eine – mittlerweile evtl. gelockerte – Form der Kooperation handelt, die dem Ziel dient, den Kontakt zu einer ehemals starken Partnerpartei nicht abreißen zu lassen und sie oder einzelne Persönlichkeiten wieder zurück ins demokratische Spektrum zu bringen (strategische Kooperation) oder um eine gezielte institutionalisierte Förderung im Rahmen unserer Richtlinien, geht aus den einzelnen Länderberichten hervor. Grundsätzlich gilt allerdings für Lateinamerika, dass die Parteienförderung der KAS überwiegend über parteinahe Bildungsinstitute organisiert wird.*

II. PARTEIENENTWICKLUNG UND DIE ARBEIT DER KAS MIT POLITISCHEN PARTEIEN IN LATEINAMERIKA

1. ARGENTINIEN

Politische Rahmenbedingungen

Seit der Krise von 2001/2002 existiert das argentinische Parteiensystem nur noch in Ansätzen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2007 haben sich ad-hoc-Allianzen und Bündnisse, z.T. aus den ehemaligen Parteien, als Wahlinstrumente gebildet, die die klassischen Parteien fast gänzlich ersetzt haben. Dort, wo noch ältere Parteiapparate existieren, sind sie in mehrere Blöcke zersplittert, die um Präsenz ringen und auch jeweils mit eigenen Kandidaten zu Wahlen antreten. Neue politische Bewegungen sind entstanden, konnten sich aber trotz lokaler Wahlerfolge noch nicht als Parteien im engeren Sinne (Struktur, Organisation, nationale Präsenz) konsolidieren.

Durch einen starken und populistischen Präsidentialismus sowie Konzentration der politischen Macht beim Präsidenten hat die Legislative auf nationaler Ebene (Kongress und Senat) sehr stark an Bedeutung verloren. Die Mehrzahl der politischen Entscheidungen wurde in den letzten Jahren durch Notstandsdekrete seitens des Präsidenten umgesetzt und erst dann (nicht immer) im Nachhinein mit der Mehrheit des Präsidenten im Parlament abgesegnet. Parteien und Politik sind stark auf führende Persönlichkeiten bezogen und neigen weniger zur Bildung institutioneller Strukturen.

Parteien und zur Wahl zugelassene Bündnisse erhalten eine differenzierte staatliche Finanzierung für Wahlkämpfe, die sich am Wahlergebnis (erhaltene Stimmen) orientiert. Darüber hinaus spielt die „offiziöse“ Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, d.h. Gelder diverser staatlicher Stellen und v.a. des Präsidentschaftsamt, im Wahlkampf eine nicht unerhebliche Rolle. So wurde Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner durch staatliche Mittel systematisch als Nachfolgerin ihres Mannes Nestor Kirchner aufgebaut und unterstützt.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2007 hatte kaum einer der „starken“ Kandidaten eine wirkliche parteipolitisch und demokratisch erlangte Legitimation, z.B. durch Vorwahlen o.ä., vorzuweisen. Der Verfall des Parteiensystems kam bei dieser Wahl besonders drastisch zum Vorschein: Die Wähler standen vor dem Dilemma aus einer großen Zahl von Kandidaten ohne direkte Parteienbindung entscheiden zu müssen.

Parteiensystem

Unabhängig von den besonderen Bedingungen des Wahljahres 2007 ist eine ideologische Ausrichtung der Parteien nur in groben Zügen zu erkennen. Programmatik, Werte oder Ideologie stehen bei der Jagd nach politischer Macht nicht im Vordergrund. Begriffe wie „Rechts“ oder „Links“ sind zur politischen Orientierung kaum sinnvoll anzuwenden.

Der *Partido Justicialista* (PJ), oder auch *Peronismo*, benannt nach dem Gründer Juan Domingo Perón, ist eine Partei mit nationaler, christlicher und sozialer Ausrichtung, deren diffuse Vielfalt dem Peronismus als gefühlsbetonte und soziale sowie nationale Bewegung entspricht. Der PJ ist Mitglied der Christlich-Demokratischen Internationale (IDC-CDI) und der CDI-Regionalorganisation in Lateinamerika, der *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA). Darüber hinaus hat der PJ Beobachterstatus in der lateinamerikanischen Regionalorganisation der Internationalen Demokratischen Union (IDU), der UPLA (*Unión de Partidos Latinoamericanos*), und er ist Vollmitglied der Sozialistischen Internationale (SI).

Die Partei orientiert sich stark an Führungspersönlichkeiten. Auf nationaler Ebene ist der PJ derzeit allerdings formal ohne legitimierte einheitliche Führung und nach einer Intervention der staatlichen Wahljustiz seit Jahren juristisch sanktioniert. Aufgrund mehrfacher Verstöße gegen die Satzung und das Parteiengesetz setzte die Wahljustiz 2004 einen Parteiobmann

ein, der die Geschäfte der Partei führt. Auf Provinzebene existieren allerdings Strukturen.

Der PJ ist in mehrere Gruppierungen zersplittert, wobei momentan die Mehrheit dem *Oficialismo* des Ehepaars Kirchner zuzuordnen ist. *Frente para la Victoria* war die Wahlplattform der Präsidentschaftskandidatin Cristina Fernández de Kirchner, die die Wahlen am 28. Oktober 2007 gewann und damit erste gewählte Präsidentin in der Geschichte des Landes wurde.

Vor dem Ende seiner Amtszeit hat der scheidende Präsident Nestor Kirchner angekündigt, den PJ wiederzubeleben. 2008 will er einen Parteitag einberufen, der die Wiedezulassung der Partei auf nationaler Ebene bewirken soll. Unter seiner Führung und durch den erfolgreichen *Frente para la Victoria* wird er versuchen, im Rahmen einer von ihm angestrebten politischen *Concertación* weitere politische Kräfte in einem PJ mit „Mitte-Links“-Ausrichtung zu bündeln.

Innerhalb des PJ existiert weiterhin ein traditionell peronistischer Bereich um einige Provinzgouverneure, die sich um eine Rekonstruktion der Partei in jeweils ihrem Sinn bemühen. Ihre Partei (Wahlallianz) FREJULI (*Frente Justicia, Unión y Libertad*) trat unter der Führung des Gouverneurs von San Luis, Rodríguez Saá, zur Präsidentschaftswahl an und konnte in einigen Provinzen kleinere Erfolge erzielen.

Die *Unión Cívica Radical* (UCR) ist traditionell der Gegenpart des PJ mit eher „sozialdemokratischer“ Ausrichtung. Sie ist in mindestens drei Gruppierungen zersplittert: die *Radicales K*, eine Gruppe von UCR-Gouverneuren und Bürgermeistern, die allerdings ein Bündnis mit Präsident Kirchner eingegangen sind, eine Gruppierung im Bündnis mit dem Präsidentschaftskandidaten Roberto Lavagna von der *Alianza Concertación* und die traditionelle UCR, die vor allem in der Provinz Buenos Aires aktiv ist. Zu nennen ist zudem die sozialistische Partei (*Partido Socialista*), die zur Präsidentschaftswahl im Bündnis mit dem *Afirmación por una República Igualitaria* (ARI) und einem Teil der UCR antrat. Anfang Februar 2008 verkündeten Nestor Kirchner und Roberto Lavagna überraschend eine politische Allianz, ein Schachzug, der die ohnehin schwache Opposition weiter entkräftete. UCR und PS sind Mitglieder der Sozialistischen Internationale (SI) und der *Conferencia de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL).

Afirmación por una República Igualitaria (ARI) ist eine links (sozialdemokratisch) ausgerichtete politische Bewegung, die von Elisa Carrió gegründet wurde. Carrió verließ jedoch im Wahlkampf 2007 ihre

Partei, um unabhängig mit einer eigenen Wahlallianz (*Coalición Cívica*), die aus ARI, Teilen der UCR und aus Sozialisten bestand, zur Wahl anzutreten. Die *Coalición Cívica* konnte vor allem in Buenos Aires und größeren Städten gute Wahlergebnisse vorweisen und Carrió erreichte das zweitbeste Ergebnis hinter der Wahlgewinnerin Cristina Fernández de Kirchner.

Das Oppositionsbündnis „PRO“ sowie der *Compromiso para el Cambio* (CPC) sind im weiteren Sinne als „Mitte-Rechts“ einzuordnen. Der CPC hat bei der ODCA Beobachterstatus und konnte die Regionalwahlen in der Hauptstadt Buenos Aires gewinnen. Die Partei versucht momentan, eine Struktur auf nationaler Ebene aufzubauen und hat neben der Regierung der Hauptstadt den Erfolg bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2011 als Ziel.

Weiterhin existiert eine Fülle von Provinzparteien und kleineren Parteien auf nationaler Ebene, wie z.B. die christlich-demokratische Partei (PDC, Mitglied in der ODCA), die aber keine politische Bedeutung in Argentinien erreichen.

Unter der Führung des Präsidenten Nestor Kirchner konnte die Regierung erhebliche Erfolge bei der wirtschaftlichen Erholung des Landes nach der Krise und bei der Verbesserung sozialer Indikatoren vorweisen. Langfristige und nachhaltige Politik zur Stabilisierung der Erfolge blieben aber zumeist zu Gunsten kurzfristiger innenpolitischer Ziele auf der Strecke. Defizite in der Wirtschaftspolitik, ständig steigende und offiziell heruntergespielte Inflation, zunehmende Kriminalität und Unsicherheit, Korruptionsskandale, in die auch führende Mitglieder und Funktionäre der Regierung verwickelt waren, stellen für die am 28. Oktober gewählte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner und ihre Regierung eine schwere Hypothek dar.

Partnerparteien

Die KAS arbeitet traditionell mit Teilen des PJ, aktuell vor allem auf Provinzebene, zusammen. Weiterhin entwickelte sie eine intensive Zusammenarbeit mit dem CPC, vor allem in Buenos Aires. Bei der Zusammenarbeit steht die politische Bildung des Nachwuchses sowie Beratung der Mandats- und Funktionsträger, auch auf kommunaler Ebene, im Vordergrund. Die direkte Zusammenarbeit mit Parteien gestaltet sich schwierig, da oft keine ausreichenden oder klar definierten innerparteilichen Strukturen vorhanden sind.

Mit den Bildungsinstituten, Vereinen und Stiftungen der Parteien und auch mit einzelnen Politikern gelingt dagegen zumeist eine gute Zusammenarbeit.

Kooperation der KAS

Kooperationspartner sind beim PJ die *Asociación Civil para Estudios Públicos (ACEP)*, die *Fundación Contemporanea* und der Vizepräsident, Daniel Scioli; beim CPC das Bildungsinstitut *Creer y Crecer* und die Stiftung *Grupo Sophia*. Themen der Zusammenarbeit sind

- Beratung und Bildung von Politikern im Bereich politische Kommunikation und Umgang mit Medien,
- innerparteiliche Demokratie,
- Förderung des politischen Nachwuchses,
- Vermittlung der Werte christlich-humanistischer Politik und des politischen Dialogs,
- politische Bildung zur Erhöhung der politischen Partizipation,
- Werte und Inhalte der sozialen Marktwirtschaft,
- Informations- und Studienprogrammen in Deutschland (z.B. für Bürgermeister und Mandatsträger).

Defizite in der engeren Zusammenarbeit mit Parteien in Argentinien ergeben sich insbesondere durch wenig definierten Zustand des Parteiensystems. Politisch-ideologische Ausrichtungen sind verschwommen und bieten wenig Ansatz für eine konstruktive Zusammenarbeit. Deshalb konzentriert sich die Parteienförderung auf nahestehende Institutionen wie Parteiinstitute, Stiftungen, Vereine und Netzwerke der Parteien.

Großes Potenzial besteht nach wie vor im Bereich der politischen Kommunikation sowie in der lokalen und kommunalen Entwicklung. Auch bei der parlamentarischen Beratung (Haushaltspolitik) bestehen Potenziale. Hier kann die gezielte Zusammenarbeit mit Parteien und politischen Bewegungen mit größerer Intensität gestaltet werden.

Christoph Korneli
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Argentinien

2. BOLIVIEN

Politische Rahmenbedingungen

Das bolivianische Regierungssystem wird als „hybrider Präsidentialismus“ bezeichnet. Die Bevölkerung wählt zwar direkt den Präsidenten sowie den Vizepräsidenten. Sofern jedoch keiner von beiden im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erhält, werden die Kandidaten vom Parlament gewählt. Andernfalls, also bei Erreichen der absoluten Mehrheit im ersten Wahlgang, gelten die entsprechenden Kandidaten als direkt gewählt. Dies war aber bislang nur 2005 der Fall

(Präsident Evo Morales und Vizepräsident Alvaro García Linera).

Der bolivianische Präsident ist Staats- und Regierungschef, der Vizepräsident ist zugleich Präsident des Kongresses. Dieser setzt sich aus zwei Kammern zusammen: dem Abgeordnetenhaus mit 130 Abgeordneten und dem Senat, dessen 27 Mitglieder die neun Departements Boliviens vertreten. Jedes Departement stellt folglich drei Senatoren.

Die politische Willensbildung findet in politischen Parteien statt. Seit den Kommunalwahlen 2004 und auf Grundlage des Parteiengesetzes von 1999 (*Ley de Partidos Políticos*) sind zusätzlich auch „bürgerliche Vereinigungen“ (*Agrupaciones ciudadanas*) und „indigene Völker“ (*Pueblos Indígenas*) zu Wahlen auf allen Ebenen zugelassen.

Die Grundlage des aktuellen Wahlsystems ist die schon erwähnte *Ley de Partidos Políticos*. Politische Parteien, bürgerliche Vereinigungen und indigene Völker nehmen an Wahlen auf allen Ebenen teil, für sie gelten jedoch unterschiedliche Teilnahmevoraussetzungen. Das Wahlsystem orientiert sich am deutschen Beispiel. 70 Abgeordnete des Unterhauses werden per Direktwahl, die restlichen 60 werden per Listenwahl auf der Ebene der neun Regionen bestimmt. Im Gegensatz zum deutschen Wahlsystem ist die Anzahl der Mandate festgelegt, sodass Überhangmandate ausgeschlossen sind. Die Senatorenposten werden nach Listenwahl vergeben, wobei auf die stärkste Liste jedes Departements zwei Posten entfallen und auf die zweitstärkste Liste ein Posten.

Wie in Deutschland beschränkt eine Fünf-Prozent-Hürde den Einzug der politischen Organisationen in das Parlament. Eine öffentliche Finanzierung wird ab einem Stimmanteil von drei Prozent gewährt. Organisationen, die weniger als ein Prozent der Wählerstimmen erhalten, verlieren ihre rechtliche Körperschaft (*Personalidad jurídica*).

Die öffentliche Finanzierung ist an die jeweiligen Wahlergebnisse geknüpft. Es werden sowohl laufend als auch wahlspezifisch Mittel bereitgestellt, so dass Parteien auch zwischen den Wahlen über Mittel verfügen. Kürzlich brachte der *Movimiento al Socialismo (MAS)* jedoch eine Gesetzesinitiative ein, nach der die gesamte öffentliche Finanzierung von Wahlkampagnen eingestellt werden soll. Die Initiative liegt dem Senat zur Prüfung vor.

Parteiensystem

Was sich schon seit 2000 ankündigte, traf im Jahr 2005 ein. Bei den Wahlen 2005 brach das so genannte „traditionelle Parteiensystem“, getragen vom *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR), dem *Movimiento de la Izquierda Revolucionaria* (MIR), der *Acción Democrática Nacional* (ADN), der *Unión Cívica Solidaridad* (UCS) und *Nueva Fuerza Republicana* (NFR), komplett zusammen. Trotz massiver Einbußen blieb nur der MNR einigermaßen verschont: MIR, NFR und UCS verloren aufgrund ihres geringen Stimmenanteils sogar ihre rechtliche Körperschaft. ADN fristet ein Außenseiterdasein, zumal die Partei aus dem größten Oppositionsbündnis *Poder Democrático Social* (PODEMOS) ausgeschert ist.

Die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung 2006 bestätigte diesen Trend insofern, als dass die MAS stabil blieb, der gesamte Oppositionssektor sich aber noch stärker zersplitterte. Seit Mitte 2007 sind aber auch bei der MAS Anzeichen einer zunehmenden Desintegration erkennbar. Allerdings sind auch wachsende politische Aktivitäten der Opposition festzuhalten (Parteieneugründungen, Allianzbildung etc.). Ebenso versuchen die so genannten traditionellen Parteien (insbes. MNR, MIR, UCS) ein „comeback“. Hervorzuheben ist im Zuge des stärker werdenden Regionalismus das Aufkommen regionaler Parteien wie *Autonomía para Bolivia*.

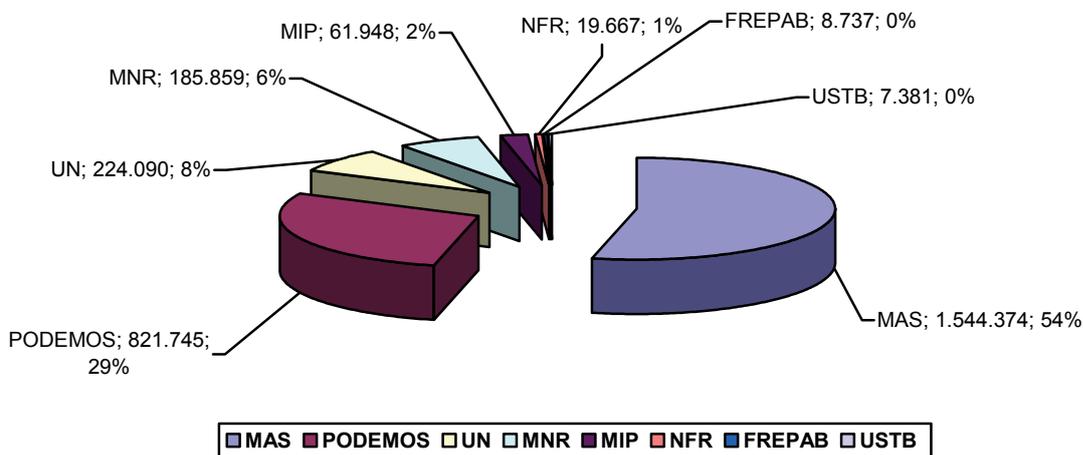
Der *Movimiento al Socialismo* (MAS) von Präsident Evo Morales hält im Parlament und in der Verfassungsgebenden Versammlung die absolute Mehrheit.

In der Verfassungsgebenden Versammlung hat sich aber ein lockeres regierungsnahes Bündnis gebildet, mit Hilfe dessen die MAS versucht, eine Zweidrittelmehrheit hinter sich zu vereinen:

Kurzporträts der Parteien des regierungsnahen Lagers

- MAS: *Movimiento al Socialismo* („Bewegung zum Sozialismus“); gegründet 1997 als Sammlungsbewegung unterschiedlicher sozialer Organisationen. Die MAS umfasst eine große ideologische Spannweite von bürgerlich-sozialdemokratischen über indigene, sowie „one-issue-movements“ bis hin zu marxistischen Kaderorganisationen.
- MSM: *Movimiento Sin Miedo* („Bewegung ohne Angst“); gegründet 1999. Die sozialdemokratisch ausgerichtete Partei ist als kommunale Kraft in La Paz angetreten, hält dort das Bürgermeisteramt und sucht seit 2005 eine nationale Präsenz.
- MBL: *Movimiento Bolivia Libre* („Bewegung Freies Bolivien“); gegründet 1985 als Abspaltung des MIR (*Movimiento de Izquierda Revolucionario*). Die sozialdemokratisch ausgerichtete Partei gilt als „Partei der Akademiker“. MIR ist Mitglied der *Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL).
- Weitere regierungsnahen Parteien: CN: *Concertación Nacional*, gegründet 2006, eine Partei mit stark evangelistischem Einfluss (*Diakonia*); *Transformación Democrática Patriótica* (TRADEPA), gegründet 2000, eine sozialistische Partei mit maoistischen Anleihen.

Abbildung 1: Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005



Kurzporträts der Parteien der Opposition

Die Opposition besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher politischer Parteien und Gruppierungen. Die stärkste oppositionelle Koalition ist PODEMOS.

- PODEMOS: *Poder Democrático Social* (Sozial und Demokratische Kraft) besteht aus der Vereinigung *Alianza Siglo XXI* (Allianz 21. Jahrhundert), dem PDC (*Partido Demócrata Cristiano*, Christlich-Demokratische Partei), der Vereinigung *Okarikuna* und der Vereinigung *Dignidad*. Sie wurde 2005 aus der *Alianza Siglo XXI* heraus gegründet und ist Mitglied der *Unión de Partidos Latinoamericanos* (UPLA).
- MNR: *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (Nationalistische Revolutionäre Bewegung) ist die älteste Partei Boliviens. Sie wurde 1952 gegründet und bestimmte zum großen Teil die politischen Geschicke des Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bis 2003 war sie Partner der KAS, kurz danach kündigte sie die Partnerschaft und ihre Mitgliedschaft in der ODCA (*Organización Demócrata Cristiana de América*) auf. Der MNR ist Mitglied der *Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL).
- UN: *Unidad Nacional* (Nationale Einheit), gegründet 2004. Die Partei entstand als Abspaltung des MIR. UN ist sozialdemokratisch ausgerichtet und Mitglied der Sozialistischen Internationale.
- Weitere Oppositionsparteien: APB, *Autonomía para Bolivia*; gegründet 2006. Regionalistische Mitte-Rechts-Gruppierung mit wenig politischer Erfahrung, die ihre Wurzeln in Santa Cruz hat. AS, *Alianza Social*, gegründet 2005; Mitte-Links-Partei, die in Potosí um den charismatischen Bürgermeister René Joaquino entstanden ist.

Partnerparteien

Neben der 2007 wieder aufgenommenen Zusammenarbeit mit dem MNR ist der PDC gegenwärtig der zweite parteipolitische Partner der KAS in Bolivien. Allerdings ist die Zusammenarbeit mit dem PDC mittlerweile auf ein Minimum reduziert worden. Die Nachwuchsförderung und die Bildungsmaßnahmen, die die KAS mit dem PDC durchgeführt hat, haben keine erkennbaren Ergebnisse erzielt und der Prozess der Erneuerung der Partei ist ausgeblieben.

Der PDC wurde 1954 gegründet. Seine wichtigsten Entscheidungsorgane sind:

- der Kongress (Parteitag),
- die Delegiertenkonferenz (*Conferencia Nacional de Dirigentes*),

- das Nationalkomitee bzw. der Vorstand (*Comité Político Nacional*), dem neun Sekretariate und Arbeitsbereiche (*Secretarías*) untergeordnet sind,
- departamentale Komitees (*Comités Departamentales*), denen analog dem Nationalkomitee Sekretariate untergeordnet sind,
- das Disziplinargericht (*Tribunal Nacional Disciplinario*).

Laut Statut weist der PDC dezentrale Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen bis hin zur kommunalen Ebene auf. In der politischen Praxis ordnet er sich in letzter Zeit jedoch sehr stark den Vorgaben und Personen des Bündnisses PODEMOS unter. Da die Wahlergebnisse des PDC sehr bescheiden sind, entfällt die öffentliche Finanzierung. Aktuell sind Mitgliedsbeiträge sowie Diäten des einzigen (stellvertretenden) Abgeordneten, Jorge Suárez, die wichtigsten Finanzierungsquellen.

Der PDC ist christlich-demokratischem Gedankengut verpflichtet. Repräsentative Demokratie, soziale Marktwirtschaft und regionale Integration auf Grundlage der christlichen Soziallehren bilden Teil des Programms des PDC. Das letzte Wahlprogramm datiert jedoch von 1988 (*Programa Mínimo de Gobierno*, 1989-1993). Ein aussagekräftiges Grundlagendokument ist die *Declaración de Principios* (s. Anhang, Bolivien o.J.). In den letzten fünf Jahren schnitt der PDC folgendermaßen ab:

- 2002: (Zusammen mit ADN) Präsidentschafts- und Parlamentswahlen: 3% ; 0 Mandate;
- 2004: Kommunalwahlen – Teilnahme in 12 von 327 Kommunen, dort erzielte er 1 Stadtratsmandat;
- 2005: (als Teil von PODEMOS) Präsidentschafts- und Parlamentswahlen: 28% ; 1 Mandat (1 Stv. Abgeordneter);
- 2006: (als Teil von PODEMOS) Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung: 15% ; 0 Mandate.

Der PDC ist seit 1954 Mitglied der *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA). Die ODCA spielt für den PDC jedoch eine relativ geringe Rolle. Sie ist zwar wichtiges Aushängeschild nach innen, eine fruchtbare Mitgliedschaft im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit und vor allem Nutzen des ODCA-Angebots findet jedoch nicht statt. Dies gilt insbesondere für die politische Bildung und Beratung. Bis 2004 wurde die Partei von einem kleinen Kreis altgedienter „Dinosaurier“ geführt. Der neue Vorsitzende, Jorge Suárez, gehört einer neuen Generation an, die er vorgab, innerhalb der Partei zu vertreten. Zurzeit ist dies allerdings nicht sichtbar. Zwischen den „Dinosauriern“ und einer Gruppe junger (bis 30 Jahre), teils opportu-

nistisch gesinnter Mitglieder klafft eine Generationslücke. Zugleich besteht kaum Kontakt zwischen diesen beiden Gruppen innerhalb des PDC, etwa im Sinne eines Erfahrungsaustausches. Der Stellenwert der politischen Bildung und Beratung scheint kaum ins Gewicht zu fallen. Dies liegt vor allem an der Person des Vorsitzenden, der diesen Aktivitäten keine ernsthafte Bedeutung zumisst.

Kooperation der KAS

Die zwischenzeitliche Distanzierung zum MNR, die auf Initiative der Partei zurückging, hatte den Vorteil, nicht in die Wirren des Debakels des traditionellen Parteiensystems zu geraten. Dadurch gewann die KAS besonders seit 2005 einen größeren Spielraum, um Kontakte zu neuen politischen Akteuren herzustellen. Hinzu kommt, dass die KAS aufgrund des Mangels an potentiellen, schon organisierten und strukturierten Partnerorganisationen selbst aktiv wurde und nahestehende Gruppierungen unterstützte und weiterhin unterstützt. Ziel ist mittelfristig die Bildung bürgerlicher politischer Organisationen.

Der wichtigste Partner der KAS ist die *Fundación de Apoyo al Parlamento y a la Participación Ciudadana* (FUNDAPPAC). Weil dieser Partner qua Satzung eine überparteilich ausgerichtete Stiftung ist, erlaubt er bei Bedarf einen bevorzugten Zugang zu allen parlamentarisch vertretenen Parteien.

Das Verhältnis zum PDC beschränkt sich mittlerweile auf die Realisierung von ein bis zwei Bildungsveranstaltungen im Jahr. Die Zusammenarbeit mit dem MNR ist nach etwa drei Jahren Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Der MNR befindet sich zurzeit am Ende eines langen internen Wandlungsprozesses, dessen Ausgang im Juni 2008 in internen Wahlen besiegelt werden dürfte. Darüber hinaus wurden erste Kontakte zu neu gegründeten Parteien geknüpft und für die KAS grundsätzlich in Frage kommende Organisationen identifiziert. Dazu gehört z.B. auch die *Autonomía para Bolivia* (APB).

In Zeiten des parteipolitischen Umbruchs ist die Bedeutung von Einzelpersonen naturgemäß sehr hoch. Deswegen hat die KAS auf eigene Initiative eine Reihe unterschiedlicher Foren und Aktivitäten ins Leben gerufen, die gezielt potentielle Nachwuchspolitiker ansprechen, also junge, berufstätige und größtenteils politisch noch ungebundene Menschen, die jedoch ein starkes Interesse an praktischer politischer Betätigung aufweisen.

Schwerpunkthemen und Instrumente in der Parteienkooperation

Vor dem Hintergrund des sehr breit angelegten Ansatzes der Parteienkooperation in Bolivien sind Themen und Instrumente stark fallbezogen. So unterstützt die KAS beispielsweise die MNR-Fraktion in der Verfassungsgebenden Versammlung. Im Falle der Einzelpersonen wurde beispielsweise für Germán Antelo ein *Media Training* organisiert. Pedro Ticona wurde mit Informationen zur Erleichterung der Eintragung in das Wahlregister unterstützt.

Defizite und Potenziale in der Kooperation

Ein großes Defizit liegt im Mangel an qualifizierten politischen Akteuren. Die „Verteufelung“ der traditionellen Parteien sowie der anschließende Zusammenbruch derselben bewirkte, dass eine ganze Generation gut ausgebildeter Bürger im Alter zwischen 30 und 50 Jahren anfang, Politik und Parteien zu meiden und mittlerweile eher im Ausland eine Perspektive sucht. Die ältere Generation ist politisch (noch) größtenteils diskreditiert und die jüngere hat kaum Erfahrung in systematischer Parteiarbeit. Ein weiteres Defizit liegt in der wachsenden autokratischen Ausrichtung der Regierung Morales, die im schlimmsten Falle die freie politische Betätigung ganz unterbinden könnte. Potenziale liegen gerade in der Phase des Neuanfangs. Solange noch demokratische Garantien bestehen, kann die KAS die (Neu-)Gründung oder Neuausrichtung von Parteien und Organisationen gezielt begleiten und beeinflussen.

Peter-Alberto Behrens

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Bolivien

3. BRASILIEN

Politische Rahmenbedingungen

Brasilien ist eine präsidentiale Bundesrepublik, die aus 26 Bundesstaaten und einem Bundesdistrikt (DF) besteht. Die Bundesstaaten besitzen eigene Verfassungen und Gesetze, die den Grundsätzen der Bundesverfassung entsprechen müssen. Die Legislative auf Bundesebene, auf die sich der vorliegende Bericht konzentriert, besteht aus dem Nationalkongress, der sich wiederum in Abgeordnetenkammer (513 Sitze) und Bundessenat (81 gewählte Senatoren, je Bundesstaat drei plus drei aus dem Bundesdistrikt) teilt.

Der Präsident nimmt im Regierungssystem Brasiliens eine starke Stellung ein. Er ist Staatsoberhaupt und Regierungschef. Er wird direkt vom Volk mit absoluter Mehrheit der Stimmen gewählt. Erringt keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, treten in einem zweiten Wahlgang die beiden erstplatzierten Kandidaten gegeneinander an. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt vier Jahre. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Als Regierungschef beruft und entlässt der Präsident den Vizepräsidenten und die Minister seines Kabinetts. Als Oberbefehlshaber ernennt er zudem die Kommandanten der Streitmächte und – nach Bestätigung durch den Bundessenat – die Richter der obersten Gerichtshöfe, den Generalstaatsanwalt sowie den Präsidenten der Zentralbank. Gegenüber dem Kongress kann der Staatspräsident proaktiv, z.B. mittels provisorischer Maßnahmen oder mittels der Kontrolle über die Agenda des Kongresses, oder reaktiv mittels Veto-recht bei Gesetzesinitiativen eingreifen.

Durch die Parteivielheit in der brasilianischen Abgeordnetenversammlung, muss der Staatspräsident laufend um Unterstützung für seine Gesetzesvorhaben werben. Die Vielzahl an Parteien in seiner Regierungskoalition und die fehlende innerparteiliche Kohärenz erschweren die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit. Paradoxerweise wird in der Praxis die Stabilität der Regierung durch Parteiüberläufer gestärkt, da sich diese überwiegend einer Partei aus der Regierungskoalition anschließen. Der Grund hierfür liegt im Opportunismus der Abgeordneten, die aus dem Wechsel mehr persönliche Vorteile ziehen oder sich zumindest erhoffen.

Die Jurisdiktion besteht aus dem Obersten Bundesgerichtshof, dem Berufungsgerichtshof, einem Wahlgerichtshof, sowie je einem Militär- und einem Arbeitsgericht.

Die innerparteiliche Struktur, die Organisation und den Betrieb bestimmen die Parteien selber. Die Parteien haben ein Anrecht auf Mittel aus dem Parteienfonds, der von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt wird und über dessen Verteilungsmodalitäten der Oberste Wahlgerichtshof (TSE) entscheidet. Im Jahr 2007 betrug der *Fundo partidário* ca. R\$ 126 Millionen (ca. 50 Millionen EUR). Die Regelung wurde zuletzt im Jahr 2007 vom TSE verändert, wodurch die kleinen Parteien besser gestellt wurden. Verteilungsschlüssel: 29 Prozent der Gesamtmittel werden proportional zum erreichten Wahlergebnis der Abgeordnetenversammlung an die Parteien ausgeschüttet. Weitere 29 Prozent der Gesamtmittel werden an die Parteien entsprechend

dem letzten Wahlergebnis verteilt, die in den letzten beiden Wahlen Abgeordnetenmandate errungen haben, wobei sie landesweit mindestens ein Prozent der Stimmen in mindestens fünf Bundesstaaten gewonnen haben müssen. Die restlichen 42 Prozent der Gesamtmittel werden in gleichen Teilen unter den beim TSE registrierten Parteien aufgeteilt. Das macht die Gründung von Parteien attraktiv. Die Annahme von Geldmitteln anderer staatlicher Stellen oder ausländischer Regierungen ist untersagt. Die Parteien sind dem TSE über ihre Finanzierung Rechenschaft schuldig. Allerdings werden in der Praxis die „Zweiten Kassen“ häufig verschwiegen. Die Parteien haben ein Anrecht auf kostenlose Werbung in Rundfunk und Fernsehen.

Parteiensystem

Im Zuge von Umstürzen von monarchischen, republikanischen und autoritären Regierungsformen kam es immer wieder zu einer radikalen Neuordnung des Parteiensystems. Das erschwerte es den Parteien, sich als eigenständige und politikbestimmende Kräfte zu behaupten. In der politischen Kultur Brasiliens wurde dadurch auch der Wert der Parteien als Instrument politischer Partizipation und gesellschaftlicher Repräsentation gemindert.

Die brasilianische Parteienlandschaft ist von einer hohen Fragmentierung politischer Lager gekennzeichnet, die sich zudem sehr dynamisch gestaltet. Es gibt eine große Parteivielheit, die von Fusionen, Absplittierungen, Neugründungen oder Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit begleitet wird. Eine Ursache hierfür ist u.a. die mangelhafte oder fehlende Selbstdefinition der Parteien. Es ist nur allzu oft unklar, wo sich die „politische Heimat“ der jeweiligen Parteien befindet bzw. für welche gesellschaftlichen Grundwerte eine Partei steht. Bestes Beispiel hierfür ist die Sammlungsbewegung *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB), die trotz unscharfen Parteiprofils stärkste Kraft in der Abgeordnetenversammlung und zweitstärkste Kraft im Senat ist und darüber hinaus die meisten Gouverneure stellt.

Die wenigsten Parteien gingen aus der Zivilgesellschaft hervor, entsprechend gering ist die Verbindung miteinander. Die meisten Bürger identifizieren sich nicht mit einer bestimmten Partei, infolgedessen ist das Vertrauen in die Parteien gering. Im Gegensatz zu gut funktionierenden Parteiendemokratien, in denen die Vielfalt an politischen Meinungen in der Gesellschaft in der Regel durch einen hohen Identifikationsgrad mit den Parteien kanalisiert werden und sich somit die Konfliktlinien verdeutlichen, gestaltet sich in

Brasilien die politische Auseinandersetzung für den Bürger intransparent.

Eine große Fragmentierung findet sich auch innerhalb der Parteien selbst. Insbesondere gibt es Disparitäten zwischen regionaler und nationaler Ebene. Im politischen Prozess spielen Parteien deshalb nur eine untergeordnete Rolle. Wichtige Gesetzesinitiativen gehen entweder direkt von der Regierung oder von starken Führungspersonlichkeiten und kleineren (Interessen)Gruppen im Parlament aus, die anschließend um Unterstützung für ihre Vorhaben werben. In einem von Klientelismus geprägten System spielen persönliche Kontakte eine größere Rolle als Parteizugehörigkeit. Ferner ist die Bildung von ad-hoc-Koalitionen mit gegensätzlicher Positionierung der Politiker gleicher Parteicouleur in der Öffentlichkeit nichts Unübliches. Insgesamt ist eine mangelnde innerparteiliche Geschlossenheit zu verzeichnen.

Die Fragmentierung brasilianischer Parteien setzt sich im Inneren in der großen Unabhängigkeit der Politiker fort. Durch den oftmaligen, häufig aus Eigennutz bedingten Parteiwechsel der Politiker manifestiert sich die Schwäche der Parteien als gestalterische Kraft. Die undeutliche oder fehlende Programmatik der Parteien, die Schwäche im politischen Entscheidungsprozess und die geringe Parteienidentifikation werden durch eine starke Personalisierung der Parteien zu kompensieren versucht. In der öffentlichen Wahrnehmung werden Parteien eher mit den Namen führungsstarker Persönlichkeiten als mit politischen Inhalten verbunden. Insbesondere im Wahlkampf spielt dies die maßgebliche Rolle.

Es ist schwierig, die brasilianischen Parteien in ein Links-Rechts-Schema einzuordnen, da es keine klaren ideologischen oder programmatischen Orientierungen gibt. Alle Parteien, die sich nicht als ausgesprochen „links“ verorten, verstehen sich als „sozial“ und „demokratisch“, in der Regel dann als „sozialdemokratisch“, zumindest aber als Partei der „Mitte“.

Die Partei PFL (*Partido da Frente Liberal*) hat im Frühjahr 2007 ihren Namen in „Demokraten“ (*Democratas* – DEM) geändert. Hintergrund war, die Positionierung in der Mitte noch deutlicher hervorzuheben. Allerdings war damit keine programmatische Klärung des Begriffs „Mitte“ verbunden. Die Begriffe „konservativ“ und „rechts“ werden von allen Parteien abgelehnt, weil sie aus historischen Gründen auf eine breite Ablehnung stoßen.

Der PSDB (*Partido da Social Democracia Brasileira*) und DEM vertreten am deutlichsten eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschafts- und Gesellschafts-

ordnung, die sich an europäischen sozialstaatlichen Konzepten orientiert. Allerdings sind die Programme beider Parteien nicht sehr differenziert.

Die Regierung von Präsident Lula da Silva stützt sich im Groben auf eine Koalition von elf Parteien:

- *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB, 90 Mandate in der Abgeordnetenkammer), COPPAL-Mitglied,
- *Partido dos Trabalhadores* (PT, 83), COPPAL-Mitglied,
- *Partido Progressista* (PP, 41),
- *Partido Republicano*¹ (PR, 34),
- *Partido Socialista Brasileiro* (PSB, 28),
- *Partido Democrático Trabalhista* (PDT, 23), ist als einzige brasilianische Partei in der Sozialistischen Internationalen (SI) vertreten,
- *Partido Trabalhista Brasileiro* (PTB, 21),
- *Partido Comunista do Brasil* (PCdoB, 13),
- *Partido Verde* (PV, 13),
- *Partido Social Cristão* (PSC, 7),
- *Partido Republicano Brasileiro* (PRB, 1).

Derzeit verfügt diese Allianz über 354 der 513 Sitze in der Kammer und demnach über eine Zweidrittelmehrheit. Größtes Gegengewicht zur Regierungskoalition stellen der *Partido da Social Democracia Brasileira* (PSDB, 64 Mandate) und die DEM (65 Mandate) dar.

Partnerparteien

In Brasilien pflegt die KAS keine exklusive Zusammenarbeit mit nur einer Partei, der Schwerpunkt in der Zusammenarbeit liegt jedoch beim PSDB und DEM. Formal ähnelt die innere Struktur beider Parteien der von vielen Parteien in der Welt, d.h. es gibt einen nationalen Vorstand mit Parteigliederungen sowie weitere Vorstände und Parteigliederungen auf Landes- und Gemeindeebene. Die Vorstände werden in demokratischen Verfahren bestimmt. In der Praxis ist in beiden Parteien der Einfluss weniger Parteiführer sehr groß, so dass die formal demokratischen Verfahren durch die Persönlichkeitsbeziehungen und die persönlichen Stellung einzelner Führer konterkariert werden. In der Regel stützt sich die Macht einzelner Parteiführer auf ihre regionale Stellung. Im PSDB spielt São Paulo traditionell eine große Rolle. Bei der DEM waren es bisher die Parteiführer aus dem Nordosten und Süden, doch weil die Partei zuletzt deutliche Wahlniederlagen erlitten hat, ist die interne Machtaufteilung diffuser geworden.

Beide Parteien haben einen geringen Organisationsgrad auf nationaler Ebene, indes starke Landesver-

bände mit eigenen Interessen und unterschiedlichen Koalitionen. Es bestehen jedoch kaum enge Bindungen zu Organisationen der Zivilgesellschaft (einschließlich Interessenverbänden oder Berufsvereinigungen). Die Kandidatennominierung erfolgt faktisch durch die regionale Parteiführung. Die Parteiprogramme spielen eine geringe Rolle.

Die interne Kohäsion ist in beiden Parteien gering. Es gibt zwar kaum Flügelkämpfe aufgrund konträrer ideologischer oder programmatischer Positionen, was auf das Fehlen ebensolcher Positionen zurückzuführen ist. Es gibt jedoch unterschiedliche politische Allianzen einzelner Landesverbände und Parteiführer auf Bundes- und Landesebene, die bundesweit homogenes Auftreten der Parteien behindern. Besonders vor Wahlen werden diese Unterschiede deutlich. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch den staatlichen Parteienfonds. Die Wahlkampfkosten sind von den Kandidaten selbst aufzubringen.

Die DEM ist als einzige brasilianische Partei seit 1998 als Vollmitglied in der *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA) vertreten. Die Partei ist zudem, ebenfalls als einzige brasilianische Partei, Vollmitglied in der Christlich-Demokratischen Internationalen (IDC-CDI). Es sagt darüber hinaus auch etwas über die (fehlende) Kohäsion der brasilianischen Parteien im Allgemeinen und der DEM im Besonderen aus, dass der Landesverband *Rio Grande do Sul* der DEM Mitglied der Liberalen Internationale (LI) ist.

Der PSDB wird von der ODCA zwar als Partei mit Beobachterstatus geführt, doch ist nicht zu erkennen, ob der Partei selbst dieser Status, der vor mehr als zehn Jahren beantragt wurde, bekannt ist. So beschränkt sich der Bekanntheitsgrad von ODCA (und IDC) praktisch auf die oberste Funktionsebene sowie einige jüngere Mitglieder von DEM und PSDB, die in den vergangenen Jahren an ODCA-*Diplomados* (*Summer Schools* für den politischen Nachwuchs) in Chile teilgenommen haben.

In beiden Parteien gibt es derzeit keine kontinuierlichen Bemühungen in der politischen Aus- und Fortbildung von Parteimitgliedern. Zwar haben etliche Parteien Institute für politische Bildung, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, aber in der Regel werden Maßnahmen der politischen Bildung eher diskontinuierlich und wenig systematisch durchgeführt. DEM unterhält das *Instituto Cidadania e Liberdade* (früher *Instituto Tancredo Neves*), der PSDB das *Instituto Antonio Vilela*.

Kooperation der KAS

Ein Großteil der politischen Bildungsmaßnahmen der KAS in Brasilien ist parteipolitisch offen. Spezifisch auf die beiden Partnerparteien hin orientierte Kontakte bestehen zu den Bildungsinstituten von DEM und PSDB. Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die Aus- und Fortbildung junger Parteimitglieder in Fragen allgemeiner Parteiarbeit und der Kommunalpolitik, wobei die Zusammenarbeit mit der DEM-Jugend wegen der Aktivitäten der Friedrich-Naumann-Stiftung zurückhaltender ist.²

Ein Problem dieser politischen Bildungsmaßnahmen ist, dass wichtige Parteiführer einem kontinuierlichen Programm nur wenig Interesse entgegenbringen. Hinzu kommt die große Fluktuation von Funktionsträgern, so dass es schwierig ist, ein konzises Bildungsprogramm mit einem institutionellen Partner zu vereinbaren. Allerdings genießen die Bildungsmaßnahmen der KAS bei den Absolventen eine große Anerkennung und es wird von keiner Seite als problematisch empfunden, dass die Stiftung viele Bildungsmaßnahmen nicht exklusiv mit nur einer Partei durchführt.

Dr. Wilhelm Hofmeister

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Brasilien

4. CHILE

Politische Rahmenbedingungen

Die Präsidentialrepublik Chile gliedert sich seit der Reform 2007 in 15 Regionen, 55 Provinzen und 341 Kommunen. Die chilenische Verfassung von 1980 ist ein Produkt der Militärregierung Augusto Pinochets und erfuhr 2005 entscheidende demokratische Modernisierungen. Der Präsident wird per Direktwahl für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt und ernennt Minister und Staatssekretäre, die nur ihm verantwortlich sind. Nach der letzten Kabinettsumbildung vom März 2007 besteht die Regierung zurzeit aus 22 Ministerien, zu denen auch die neu gegründeten Ministerien für Umwelt und Energie gehören.

Die bikamerale Legislative setzt sich aus Abgeordnetenhaus und Senat zusammen. In einem Turnus von vier Jahren werden in 60 Wahlkreisen die 120 Abgeordneten der *Cámara de Diputados* bestimmt. Seit der Verfassungsreform von 2005 – welche unter anderem das Pinochet-Erbe der Senatoren auf Lebenszeit abgeschafft hatte – besteht der Senat aus 38 Senatoren, von denen jeweils die Hälfte alle vier Jahre für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt wird.

Das binominale Wahlsystem bestimmt in gravierender Weise das politische System Chiles. Es funktioniert nach der Logik des Mehrheitswahlrechts: Nach freiwilliger Einschreibung ins Wahlregister und anschließender Wahlpflicht bestimmen die Wähler für ihren Wahlkreis über Listen jeweils zwei Abgeordnete und zwei Senatoren. Dies sind in der Praxis der erstplatzierte Kandidat der Siegerliste und der zweitplatzierte Kandidat der stimmenmäßig zweitstärksten Liste. Eine Liste kann nur beide Kandidaten ins Parlament entsenden, wenn sie in einem Wahlkreis doppelt so viele Stimmen erreicht wie die zweitplatzierte Liste (*dobla*). Bei zwei antretenden Listen erhalten somit erst bei einer Zweidrittelmehrheit zwei Abgeordnete der ersten Liste ein Mandat. Durch das binominale Wahlsystem wird die Teilung des Parteienspektrums in zwei Blöcke unterstützt. Zudem bildet das Wahlsystem für die Parteien einen starken Anreiz, die Kandidaten und Listenplätze für die einzelnen Wahlkreise mit den Führungspersonen der Koalitionspartner auszuhandeln. Nur so lässt sich die eigene Zahl an gewonnenen Abgeordneten und Senatoren maximieren. Für eine Flexibilisierung des chilenischen Parteiensystems wäre eine größere Proportionalität des Wahlsystems notwendig.

Parteiensystem

Das traditionell dreigeteilte Parteiensystem Chiles in Linke, Rechte und Parteien der Mitte wird durch die Blockbildung, die zum einen das binominale Wahlsystem, zum anderen die jeweilige Position gegenüber dem Militärregime Pinochets hervorruft, überlagert. Die Dreiteilung entstand bereits Anfang des 20. Jahrhunderts aus den Konfliktlinien um den Einfluss der Kirche und der sozialen Frage. Besonders zur Zeit der christlich-demokratischen Präsidentschaft in den 1960er Jahren standen sich die Gruppierungen Nationale, Christdemokraten und Sozialisten unversöhnlich gegenüber. Als bipolare Konfliktlinie hinzugekommen ist mit der Re-Demokratisierung ab Ende der 1980er Jahre der Bruch zwischen Befürwortern und Gegnern des Pinochet-Regimes.

Die chilenischen Christdemokraten (PDC) gründeten sich 1957 aus der Vorgängerorganisation der „Falange“. Diese ehemalige Jugendorganisation der Konservativen war eine an sozialchristlichen Vorstellungen orientierte politische Bewegung, die sich in den 1930er Jahren aus der konservativen Partei abgespalte. Mit ihrem charismatischen Führer Eduardo Frei Montalva gewann die Partei die Regierungsverantwortung 1964.

Vor allem aufgrund ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen das Pinochet-Regime befinden sich die Christ-

demokraten in einer Koalition mit Sozialisten und zwei weiteren Linksparteien, dem *Partido por la Democracia* (PPD) und dem *Partido Radical Social-Demócrata* (PRSD), die wie der PS der Sozialistischen Internationale (SI) und der *Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL) angehören. Dieses Mitte-Links-Bündnis der *Concertación* stellt seit Ende des Militärregimes und den ersten freien, geheimen und allgemeinen Wahlen 1989 durchgängig die Präsidenten der Republik, von denen zwei aus den Reihen der Christdemokraten stammen: Patricio Aylwin und Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1990-2000).

Den Gegenpol zur *Concertación* bildet die *Alianza por Chile*, ein konservativ-liberales Parteienbündnis aus Wirtschaftsliberalen (RN) und Nationalkonservativen (UDI), welche in Teilen noch immer mit dem Militärregime Pinochets assoziiert wird. Sowohl die *Resistencia Nacional* (RN) als auch die *Unión Demócrata Independiente* (UDI) sind Mitglied der *Unión de Partidos de América Latina* (UPLA) und der Internationalen Demokratischen Union (IDU).

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen erhielt die Kandidatin der *Concertación*, Michelle Bachelet, 46% der Stimmen, die beiden konkurrierenden Oppositionskandidaten der *Alianza*, Sebastián Piñera (RN) und Joaquín Lavín (UDI), 25,4% bzw. 23,2%. Die Stichwahl im Januar 2006 gewann die jetzige Präsidentin Bachelet gegen Piñera (54% zu 46%). Im Senat verfügt die *Concertación* über eine absolute Mehrheit, innerhalb derer die Sozialisten überproportional viele Sitze (8) zu ihrem Wahlergebnis (10%) erhielten, während die Christdemokraten (20%) nur noch sechs Senatoren stellen. Zwischenzeitlich schloss der PDC einen Senator aus der Partei aus.

Diese Verteilung erklärt sich aus den Verhandlungszwängen des Wahlsystems. Auch wenn der PDC als stimmenmäßig stärkste Kraft ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde (20,8% Wählerstimmen), musste er die stärksten Mandatsverluste (-3, jetzt 21 Sitze) innerhalb der *Concertación* (51,8%, 65 Sitze) hinnehmen. Der *Partido Por la Democracia* (PPD) stellt mit 22 Abgeordneten die stärkste Fraktion der Regierungskoalition. Die Opposition *Alianza* kommt auf 54 Sitze.

Partnerpartei

Der PDC wird von einem Vorsitzenden und einem neunköpfigen Vorstand geleitet. Der Parteirat besteht aus den Mitgliedern des Vorstands, den Fraktionsvorsitzenden aus Parlament und Senat, den Vorsitzenden der 15 Regionalverbände, dem Vorsitzenden der Ju-

gendorganisation sowie aus 18 vom Parteitag gewählten Mitgliedern. Die ca. 65.000 Mitglieder bestimmen durch Urwahl den Parteivorsitzenden. Mit fast 70% der abgegebenen Stimmen (Wahlbeteiligung 50%) wurde die Senatorin Soledad Alvear im April 2006 gewählt. In der 50jährigen Parteigeschichte ist sie die erste Frau in dieser Funktion. Der PDC besitzt eine Jugend- (JDC), Frauen- und Gewerkschaftsorganisation, eine Organisation indigener Bevölkerungsgruppen und eine wirtschaftsnaher Berufe (*Frentes*). Die Arbeit der Unterorganisationen wird unterstützt durch Fachkommissionen aus den Bereichen Kommunal-, Umweltpolitik, Internationale Beziehungen etc., die gezielt ihre jeweiligen Zielgruppen ansprechen.

Politische Kommunikation

Der PDC spiegelt wie die anderen Parteien den zentralistischen Staatsaufbau wider: Die Parteiführung trifft alle richtungsweisenden Entscheidungen; wirksamer Druck von der zivilgesellschaftlichen wie politischen Basis ist gering. Die innerparteiliche Dezentralisierung von Entscheidungen ist somit trotz Urwahl des Vorsitzenden noch defizitär. Regionale Führungspersonen und subnationale Interessengruppen finden kaum nationales Gehör. Besonders das parteiinterne Auswahlverfahren der Parlamentskandidaten im Vorfeld der Verhandlungen um die Listenplätze mit den Koalitionspartnern ist überwiegend intransparent und einseitig von der Parteiführung bestimmt. Nachwuchskandidaten sind somit stark abhängig von Beziehungen zur Parteiführung.

Finanzierung

Die Finanzen des PDC sind defizitär. Das Budget der Partei setzt sich aus Parteivermögen, Mitgliederbeiträgen und der staatlichen Parteienfinanzierung zusammen. Spenden an die Christdemokraten sind keine nachhaltige Finanzierungsquelle, da chilenische Unternehmer eher den wirtschaftsfreundlichen Oppositionsparteien der *Alianza* zuneigen.

Programmatische Positionen und Dokumente

Im Oktober 2007 fand der V. Programmparteitag des PDC statt. Neben den christlich-humanistischen Leitprinzipien enthält das dort erarbeitete Grundsatzprogramm erstmalig ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft als gesamtwirtschaftliches Orientierungsmodell. Inhaltliche Programmschwerpunkte des PDC sind:

- aktive staatliche Mittelstandsförderung,
- Rolle des Staates als Wettbewerbshüter,

- Sozialpartnerschaft und sozialer Dialog,
- Dezentralisierung mit Direktwahl der regionalen Amtsinhaber,
- Stärkung der parlamentarischen Ebene zu Lasten der Machtfülle des Präsidentenamtes,
- Einkammersystem,
- langfristige Energiepolitik bei Ausbau erneuerbarer Energieträger unter Absage an die Atomenergie,
- Überwindung der Grenzstreitigkeiten mit Bolivien.

Eine formale Verabschiedung dieses Grundsatzprogramms wird auf einem Sonderparteitag 2008 erfolgen. Dem PDC geht es insbesondere um die Forderung einer Korrektur der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit nach dem Vorbild der Sozialen Marktwirtschaft. Nach 17 Jahren „Concertationsregierung“ sind die Märkte oligopolistisch und monopolistisch besetzt. Zielscheibe der Kritik ist die Vorgängerregierung unter Ricardo Lagos, die durch eine liberale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik das Großkapital gefördert und die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert habe.

Wahlentwicklung der letzten fünf Jahre

Seit den Parlamentswahlen 1997 muss der PDC massive Stimmenverluste verkraften. Die Christdemokraten rutschten Ende der 1990er in eine tiefe Krise, die 2001 ihren Höhepunkt fand (1993 noch 27,12% der Stimmen, 2001 nur noch 18,92%). Die Position der stärksten Partei Chiles verlor der PDC 2001 bis heute an die national-konservative *Union Demócrata Independiente* (UDI). Der PDC nahm nach den Wahlen 2001 deutlich seine eigene Krise wahr. Gründe waren u.a. die schlechte Parteiorganisationen und erbitterte interne Machtkämpfe, Vernachlässigung von Parteibasen und Ortsgruppen. Auch bei den letzten Wahlen 2005 gehörte der PDC zu den Wahlverlierern. Von allen Parteien verlor sie die meisten Mandatsträger, sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus. Nutznießer der Schwäche der Christdemokraten sind ihre linken Koalitionsparteien, wie der sozialdemokratische *Partido por la Democracia* (PPD) und die Sozialistische Partei (PS).

Mitgliedschaft ODCA/IDC

Aufgrund der sechsjährigen chilenischen Präsidentschaft und des Sitzes der ODCA in Chile hat die Beziehung des PDC zur ODCA eine lange Tradition und hohe Reputation in Parteikreisen. Besonders für die Zeit unter chilenischer Präsidentschaft ist die Bedeutung der ODCA für die PDC hoch einzuschätzen. Seit dem Wechsel der ODCA-Präsidentschaft nach Mexiko haben

jedoch Spannungen zwischen dem PDC und der ODCA bzw. dem mexikanischen *Partido de Acción Nacional* (PAN) zugenommen.

Parteiinterne Kohäsion

Der PDC ist im Inneren stark gespalten und teilt sich in drei Flügel auf, die sich um die Führungspersonlichkeiten Soledad Alvear, Adolfo Zaldívar (der inzwischen aus der Partei ausgeschlossen wurde) und Eduardo Frei gruppieren: Die *Alvearistas* sind die stärkste Gruppe, zu der etwa drei Viertel der Mitglieder zu zählen sind, gefolgt von den so genannten *Colorines* um Zaldívar, etwa 20%, und den *Freístas* (5%). Eine bedeutende Spaltung geht auf das Jahr 2003 zurück, als der seinerzeitige Parteivorsitzende Adolfo Zaldívar das Ende der *Concertación* proklamierte und sich gleichzeitig eine Gruppe um die heutige Vorsitzende Alvear bildete, die für einen Verbleib im Regierungsbündnis eintrat. Die *Colorines* setzten in der Folge deutliche Zeichen einer Annäherung an die konservativ-liberale Opposition. Dieses Ausscheren beschleunigte den Ansehensverlust der Regierung Bachelet. In der Gegnerschaft der Flügel spielen in hohem Maße persönliche Feindschaften eine Rolle. Seit Anfang des Jahres sind die Streitigkeiten erneut entbrannt. Die Parteivorsitzende bemüht sich nach dem Parteiausschluss von Adolfo Zaldívar jedoch verstärkt darum, zur Geschlossenheit zurückzufinden und das Regierungsbündnis der *Concertación* zu stärken.

Stellenwert der politischen Bildung und Beratung

Der PDC misst der Förderung seiner politischen Bildungsmaßnahmen durch die KAS generell eine hohe Bedeutung zu. Einzelne Organisationen und Instrumente der politischen Bildung werden innerhalb der Partei allerdings unterschiedlich interpretiert. So sehen einige Kreise – einschließlich hoher Führungspersonen des PDC – den Nutzen der Arbeit der Bildungsinstitute als gering an.

Kooperation der KAS

In einem als Bildungsinstitut des PDC anzusehenden *Instituto Chileno de Estudios Humanísticos* (ICHEH) werden politische Bildungsprogramme durchgeführt. Mit der *Corporación de Promoción Universitaria* (CPU), die sich dem reformbedürftigen System der universitären Erziehung und Ausbildung annimmt, werden christlich-demokratische Kommunalpolitiker ausgebildet und Strategieseminare für junges, universitäres Führungspersonal veranstaltet. Die *Corporación Ambiental del Sur* (CAS) wirbt auf lokaler Ebene mit

christlich-demokratischen Bürgermeistern und Gemeinderäten für eine kommunale Umweltpolitik. Die DECUP und das ihr angeschlossene *Centro de Estudios Laborales Alberto Hurtado* (CELAH) sind Einrichtungen der christlichen Gewerkschaftsarbeit.

Schwerpunkte in der Zusammenarbeit sind: politische Beratung; Bildungsprogramme – vor allem zur Ausbildung von Kommunalpolitikern und universitäres Führungspersonal; die Verbindung von sozialer Marktwirtschaft und Umweltpolitik; Stipendienprogramme. Die KAS profitiert bei ihrer Arbeit mit den Partnerorganisationen von einem privilegierten Zugang zu den christlich-demokratischen Eliten in Chile. Um die Zusammenarbeit der KAS mit ihren Partnerorganisationen zu verbessern, sollten einige Schwerpunkte neu gesetzt werden. Dazu zählen in erster Linie kommunale Selbstverwaltung und Dezentralisierungspolitik, Energie und Umwelt, internationale Politik sowie eine Stärkung der neuen christlich-demokratischen Gewerkschaftszentrale UNT.

Dr. Helmut Wittelsbürger

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Chile

5. COSTA RICA

Politische Rahmenbedingungen

Costa Rica hat eine Präsidentialregierung. Der Präsident der Republik steht an der Spitze der Exekutive und übt sowohl formell als auch tatsächlich eine starke Funktion im institutionellen Rahmen der Politik aus. Die Gewaltenteilung – Legislative, Exekutive, Judikative – ist auch in Costa Rica ein Grundsatz der Verfassung. Hinzu kommt jedoch noch die vierte Gewalt, die „Wahlgewalt“ (*poder electoral*), die vom Obersten Wahlgerichtshofs (*Tribunal Supremo de Elecciones*) ausgeübt wird. Sie besitzt einen verfassungsmäßigen Rang und ist eine unabhängige Instanz, die nicht der Kontrolle der anderen Gewalten untersteht.

Die Legislative wird durch das Parlament (Ein-Kammer-Parlament) ausgeübt. Sie besteht aus 57 Abgeordneten, die in allgemeinen, geheimen und freien Wahlen durch die Bürgerinnen und Bürger Costa Ricas bestimmt werden. Es wird pro Provinz gewählt. Da es sieben Provinzen gibt, gibt es sieben Kandidatenlisten, von denen je nach Größe der Provinz Abgeordnete ins Nationalparlament gewählt werden. Das einfache Mehrheitswahlrecht gilt. Die Parlamentswahlen finden alle vier Jahre statt, die letzte Wahl war im Februar 2006 (siehe Tabelle 5.1). Die Bürgermeister werden

ebenfalls direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinden gewählt. Die letzte Bürgermeisterwahl fand im Dezember 2006 statt.

Die Exekutive wird direkt vom Präsidenten der Republik ausgeübt. Er wird in allgemeinen, geheimen und freien Wahlen bestimmt, die gleichzeitig mit den Parlamentswahlen stattfinden. Eine direkte Wiederwahl des Präsidenten ist ausgeschlossen. Es gilt das Mehrheitswahlrecht, mindestens jedoch 40%, sonst findet eine Stichwahl zwischen den zwei stärksten Kandidaten statt. Die Mitglieder des Ministerrates werden direkt vom Präsidenten ernannt.

Für die Parteien ist es im Allgemeinen schwierig, eine stabile und konstante Finanzierung während der gesamten Legislaturperiode sicherzustellen. Hierbei sind sie auf Spenden angewiesen, die jedoch starken gesetzlichen Beschränkungen unterworfen sind. Mitgliedsbeiträge werden praktisch nicht erhoben. Im Rahmen der Wahlen stehen ihnen staatliche Gelder zu, mit denen sie den Wahlkampf finanzieren können. Voraussetzung hierfür ist, dass die Partei bereits im Parlament vertreten ist. In den sechs Monaten der Wahlkampfphase besitzen die Parteien reichlich Geld. Danach jedoch gibt es keine staatliche Finanzierung mehr. Die im Parlament vertretenen Parteien sind bereits mit dem Wahlgerichtshof übereingekommen, dass staatliche Parteienfinanzierung nicht nur sinnvoll, sondern auch für die Stabilität des Parteiensystems unumgänglich ist. Obwohl alle Parteien dem zustimmen, konnte eine solche Gesetzesinitiative noch nicht verabschiedet werden, da sich im Parlament bisher keine Mehrheit fand.

Den Parteien kommt eine wichtige Rolle innerhalb der Gesetzgebung zu. Insgesamt gilt das Regierungssystem in Costa Rica als stabil. Seit 1949 konnte jede Regierung ihre Legislaturperiode bis zum Ende durchführen.

Parteiensystem

Costa Rica hat ein Mehrparteiensystem mit vier relevanten Parteien. Im Einzelnen: Der sozialdemokratische *Partido Liberación Nacional* (PLN) konnte als stärkste Partei aus den Wahlen im Februar 2006 hervorgehen. Da sie aber nicht die nötige absolute Mehrheit erlangen konnte, muss sie für die Durchführung von Regierungsvorhaben stets Verhandlungen mit den anderen Fraktionen führen. Der PLN wurde 1951 gegründet und ist aktives Mitglied in der Sozialistischen Internationalen (*Internacional Socialista*) und der COPPAL (*Conferencia de Partidos Políticos de América Latina*). Er ist daher ein historischer Partner

der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Dennoch sind die Kontakte nicht mehr ganz so eng wie in der Vergangenheit.

Der *Partido Acción Ciudadana* (PAC) wurde erst im Jahr 2001 von einem „Dissidenten“ des PLN gegründet. Er bezieht sich nicht unbedingt auf eine bestimmte Ideologie. Jedoch kann man den PAC durch seinen Diskurs und die politische Praxis eher als sozialdemokratische Partei bezeichnen – obwohl populistische Tendenzen nicht zu übersehen sind und auch politische Stimmen laut werden, die ihm eine demokratische Kultur absprechen. Hauptthema des PAC ist politische Ethik in ihrer politischen und öffentlichen Funktion. Der PAC befürwortet die Anbindung an einen Ethikkodex, der die Handlungsfähigkeit der Regierung einschränkt und an Volksentscheide binden soll.

Obwohl die Partei an keine internationale Parteiorganisation angebunden ist, ließ sich in den letzten Jahren eine Annäherung zur FES beobachten. Dies liegt hauptsächlich an den persönlichen Verbindungen einiger ehemaliger Führungsmitglieder des PLN zur FES, die nach ihrem Austritt aus dem PLN in den PAC eingetreten sind. Sie blieben auch dann noch aktive Mitglieder im *Centro de Estudios Democráticos de América Latina* (CEDAL), einem langjährigen Partner der FES.

Der rechts-liberale *Partido Movimiento Libertario* (ML) wurde 1997 als Abspaltung des christlich-demokratischen PUSC gegründet. Obwohl er mit sechs Abgeordneten 2006 ins Parlament einzog, besteht die Fraktion seit September 2007 nur noch aus fünf Mitgliedern, da eine Abgeordnete als Unabhängige aus der Fraktion ausgetreten ist. Im internationalen Umfeld gehört der ML der Internationalen Liberalen (*Internacional Liberal*) an. Er stellt zurzeit die Vizepräsidentschaft der Frauenkommission. Es bestehen enge Verbindungen zur Friedrich-Naumann-Stiftung.

Der christlich-demokratische *Partido Unidad Social Cristiana* (PUSC) trat 1983 auf die politische Bühne. In drei der letzten fünf Legislaturperioden konnte er die Regierung stellen. In den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erlitt der PUSC eine schwere Niederlage, verlor die Regierungsverantwortung und stellt seitdem die kleinste Parlamentsfraktion. Zwei ehemalige Präsidenten stehen zurzeit noch unter Korruptionsverdacht. Das gerichtliche Verfahren ist bis jetzt noch nicht eröffnet worden.

Der PUSC ist seit seiner Gründung Mitglied der ODCA. Streng genommen ist die Partei jedoch schon seit Gründung der ODCA Mitglied, da der *Partido Demó-*

crata Cristiano (PDC) von Costa Rica, der sich 1993 mit noch drei weiteren kleineren Parteien zum PUSC zusammengeschlossen hat, bereits Gründungsmitglied der ODCA war. Somit ging die Mitgliedschaft an den „neuen“ PUSC über. Zurzeit ist der Parteivorsitzende des PUSC, Luis Fishman, 3. Vizepräsident der ODCA.

Die ODCA hat jedoch weder für Costa Rica noch für den PUSC eine wirkliche Bedeutung. Sie ist unter Parteimitgliedern nur wenig bekannt, obwohl auch schon vorher Parteivorsitzende der PUSC das Amt eines Vizepräsidenten der ODCA übernommen hatten. Der PUSC ist ebenfalls Mitglied der Christlich-Demokratischen Internationalen (IDC-CDI).

Tabelle 5.1: Wahlentwicklung der letzten fünf Jahre

	Ergebnis Präsidentschaftswahlen			Mandatsträger Parlamentswahlen (insg. 57 Abgeordnete)		Mandatsträger Bürgermeisterwahlen (insg. 81 Bürgermeister)	
	Kandidaten 2006	Wahlen 2002 1. Runde	Wahlen 2006	Wahlen 2002	Wahlen 2006	Wahlen 2002	Wahlen 2006
PLN	Oscar Arias Sánchez	31,1%	40,9%	16	25	27	60
PAC	Ottón Solís	26,2%	39,8%	14	17	1	5
ML	Otto Guevara Guth	1,7%	8,5%	6	6	--	1
PUSC	Ricardo Toledo Carranza	38,6%	5%	19	5	48	11

Partnerpartei

Partnerpartei der KAS in Costa Rica ist der PUSC. Die interne Struktur des PUSC ist durch die Statuten geregelt. Allerdings fällt auf, dass zwischen den Wahlen eine lokale Organisation kaum existiert. Es gibt kein Organigramm, das aufzeigt, wer in welcher Provinz, Kanton oder Distrikt welches Amt innehat. Die Partei ist eher eine „Wahlmaschine“, die ihren Aufbau erst in Wahlzeiten aktiviert.

Das höchste Organ ist die Nationalversammlung, in der alle politischen Entscheidungen bestimmt werden. Das *Comité Ejecutivo Nacional* (CEN) gliedert sich auf in den Parteivorsitzenden Luis Fishman (seit Juli 2006) und seinen Stellvertreter Rudolfo Sotomajor, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Jugendgruppe des PUSC ist, die Generalsekretärin Xinia Carvajal und deren Stellvertreter Juan Ignacio Mata, die stellvertretende Schatzmeisterin Alejandrina Badilla und zwei weitere abstimmungsberechtigte Mitglieder.

Die politische Kommunikation in der Partei läuft zentralistisch ab. Es existiert keine Systematik in der Kommunikation – weder mit der Parteibasis noch mit der Zivilgesellschaft. Allein in Wahlkampfphasen wird eine zentralistische Kommunikation gepflegt. Es gibt im Moment keine Homepage der Partei, die über Ideen, Programme oder auch den Parteaufbau informiert. Das Wahlprogramm ist gleichzeitig das Partei-

programm, so dass außerhalb von Wahlkampfphasen keine Parteiprogramme vorhanden sind. Diese werden an den jeweiligen politischen Akteuren festgemacht. Die Kandidaten werden vom CEN bzw. zurzeit vom Ex-Präsidenten Rafael Angel Calderón bestimmt.

Da es in Costa Rica kaum staatliche Finanzierung zwischen den Wahlen gibt, ist die Partei auf Spenden angewiesen. Laut Statut erhebt der PUSC Mitgliedsbeiträge. Da diese aber in der Praxis nicht eingefordert werden, müssen sie zumindest von den aufgestellten Kandidaten und stimmberechtigten Parteimitgliedern für die letzten vier Jahre vor einer Wahl nachgezahlt werden. Ansonsten ist die Partei abhängig von Spenden, die jedoch zumeist personenbezogen und damit auch auf bestimmte parteiinterne Gruppen ausgerichtet sind.

Programmatische Positionen und Dokumente

1995 gab es den letzten Kongress, auf dem eine „*Carta Social Cristiana de Costa Rica*“ beschlossen wurde. Diese gilt auch noch heute, ohne dass sie aktualisiert wurde.

Parteiinterne Kohäsion

Da die Partei sehr stark auf die Person des Präsidentschaftskandidaten ausgerichtet ist, kommt es häufiger zu Flügelkämpfen. Zurzeit ist eine Trennung zwischen

der Partei auf der einen Seite und den Abgeordneten des PUSC im Parlament auf der anderen Seite auszumachen. So hatte sich z.B. die Partei entschieden, sich in der Diskussion um den TLC (Freihandelsvertrag) mit den USA neutral zu verhalten, während die fünf Abgeordneten im Parlament offen und stark für den TLC eintraten. Insbesondere die Fraktions- und frühere Parteivorsitzende Lorena Maria Vásquez Badilla nimmt öffentlich Stellung gegen den jetzigen Parteivorsitzenden Luis Fishman in grundsätzlichen politischen Problembereichen ein.

Stellenwert der politischen Bildung

Politische Bildung und Beratung wird vom PUSC wiederholt von der ODCA eingefordert. Da dem PUSC das Angebot nicht ausreicht, werden verstärkt Seminare und andere Dienstleistungen direkt beim *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos* (INCEP) in Guatemala angefragt. Die Angebote des PUSC-nahestehenden Bildungsinstituts *Instituto Costarricense de Estudios Políticos* (ICEP) werden zurzeit nur teilweise wahrgenommen.

Kooperation der KAS

Die KAS arbeitet hauptsächlich mit dem Bildungsinstitut ICEP zusammen. Das ICEP bietet politische Bildungsmaßnahmen für die Partei, die Fraktion und parteinahe Kreise aus der Zivilgesellschaft an. Die Partei leidet an einem massiven Mitgliederschwund. Insbesondere junge Leute haben kein Vertrauen in die klassischen Parteien und auch kein Interesse, sich mit Politik auseinanderzusetzen, geschweige denn politisch aktiv zu sein. Der PUSC hat wenig Zugang zu jungen Leuten. Dies wird durch die nicht vorhandenen Lokalstrukturen noch zusätzlich erschwert.

Schwerpunkthemen und Instrumente der Kooperation sind derzeit v.a.:

- Reformierung und Erarbeitung der Parteiprogrammatik,
- politische Kommunikation,
- Ausbildung von Mandatsträgern auf lokaler Ebene,
- Nachwuchsförderung.

Kerstin von Bremen
Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Costa Rica und Nicaragua

6. EKUADOR

Politische Rahmenbedingungen

Ekuador ist durch ein Präsidialsystem geprägt. Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Sofern keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit erhält, sind Stichwahlen zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten notwendig.

Der Präsident ist Chef der Regierung und bestimmt maßgeblich die Politik des Landes. Die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative sind getrennt. Der Kongress besteht aus einer Kammer mit 100 Abgeordneten. Davon werden für die insgesamt 22 Provinzen je zwei Abgeordnete direkt gewählt. Die übrigen Abgeordneten werden ebenfalls nach den 22 Provinzen zusätzlich pro 12.000 Einwohner gewählt. Die Wahl der Abgeordneten findet ad personam über offene Listen statt. Das Wahlsystem kennt drei Abstimmungsarten: das Zweipersonenwahlrecht (Präsident mit Vizepräsident), das Einzelwahlrecht für Bürgermeister und Gouverneure und das Mehrstimmenwahlrecht für Abgeordnete, Bürgermeister und Stadträte.

Parteien und zivilgesellschaftliche Wählergemeinschaften, die zu Wahlen zugelassen werden wollen, müssen in mindestens zehn der 22 Provinzen registriert sein und mit eigenen Kandidaten antreten. Zusätzlich müssen sie in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen die Fünf-Prozent-Marke überschreiten, um offiziell registriert zu bleiben.

Die Finanzierung der Parteien erfolgt nahezu komplett aus öffentlichen Mitteln. Die Parteienfinanzierung ist teilweise abhängig von den Wahlergebnissen. Der Staat stellt den politischen Parteien 0,05% des Haushaltsvolumens als Parteienfinanzierung zur Verfügung. Davon werden 60% gleichmäßig auf die eingeschriebenen Parteien verteilt. Die übrigen 40% werden in Abhängigkeit der Wahlergebnisse verteilt.

Parteiensystem

Die Parteienlandschaft Ekuadors befindet sich seit mehr als zehn Jahren in einer negativen Entwicklung. Der Sturz von insgesamt drei Präsidenten in dieser Zeit wird größtenteils dem Versagen der politischen Parteien angelastet. Das Vertrauen der Bevölkerung in Erscheinungsbild, Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit der politischen Parteien ist erschüttert. Dies zeigte sich auch in den Ergebnissen der letzten Parlamentswahl, bei welcher alle traditionellen demokratischen Parteien an Zustimmung eingebüßt haben.

Hinzu kommen drei wesentliche Faktoren, welche die konstruktive Entwicklung einer Parteienlandschaft beeinträchtigen: soziale Konflikte, regionale Differenzen und die Vielzahl ethnischer Identitäten. So wurde in den letzten Jahrzehnten von den etablierten Parteien nicht nur die Frage der Armut und ihrer Bekämpfung nahezu ausgeklammert, ebenso wurde das Streben der indigenen Völker nach politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beteiligung weitgehend ignoriert. Das politische Establishment bekam die Folgen dafür zu spüren, dass über Jahre hinweg nur kurzzeitige Versprechungen in Wahlkampfzeiten gemacht wurden, ohne auch nur einen Teil davon einzuhalten und in späterer Politik greifbar umzusetzen. So konnte bei den letzten Präsidentschaftswahlen mit Rafael Correa ein Kandidat gewinnen, der explizit die demokratischen Institutionen und darin vor allem auch die politischen Parteien ablehnte und mit seiner Ankündigung einer politischen Systemerneuerung die Wahlen deutlich gewinnen konnte.

Erschwerend für die Entwicklung von gesamt-nationalen Parteien in Ecuador sind die Unterschiede zwischen Küstenregion (*Costa*), Gebirgsregion (*Sierra*) und dem Amazonasgebiet (*Amazonía*). In der Regel

sind die Parteien in jeweils einer Region stark und in den anderen beiden deutlich schwächer. Dies zeigt sich sehr anschaulich in der bestehenden Parteienlandschaft: Von den vier politischen Parteien, welche zwischen 1979 und 2002 das Parteienbild in Ecuador prägten, sind die *Unión Demócrata Cristiana* (UDC) und die *Izquierda Democrática* (ID) der *Sierra* zuzurechnen, der *Partido Social Cristiano* (PSC) und der *Partido Renovador Institucional de Acción Nacional* (PRIAN) der *Costa*. Die wesentlich jüngere Partei *Pachacutic*, welche gemeinhin als die Partei der *Indígenas* und Mestizen klassifiziert wird, hat ihr Einzugsgebiet hauptsächlich in der *Sierra* und in Teilen des Amazonasgebiets.

Die noch jungen, in der Regel aus Wahlvereinen entstandenen Parteien, wie der *Partido Sociedad Patriótica* (PSP) von Lucio Gutiérrez und insbesondere die gerade begründete Bewegung des amtierenden Präsidenten *Alianza PAÍS* (*Patria Altiva y Soberana*), haben zunehmende Bedeutung erhalten. Hatten die zuerst genannten vier Parteien bis zum Jahr 2002 einen Gesamtwähleranteil von ca. 65%, so hat sich dies in den letzten beiden Wahlen deutlich nach unten verändert.

Tabelle 6.1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

Kandidaten	Erster Wahlgang 15.10.2006		Stichwahl 26.11.2006	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Alvaro Noboa (PRIAN)	1.464.251	26,83	2.689.418	43,33
Rafael Correa (Partido Socialista – Frente Amplio / Alianza PAÍS)	1.246.333	22,84	3.517.635	56,67
Gilmar Gutiérrez (PSP)	950.895	17,42		
León Roldós (Izquierda Democrática/Red Ética y Democracia)	809.754	14,84		
Cynthia Viteri (PSC)	525.728	9,63		
Luis Macas (Movimiento Pachacutic – Nuevo País)	119.577	2,19		
Fernando Rosero (Partido Roldosista Ecuatoriano)	113.323	2,08		
Marco Proaño (Movimiento de Reivindicación Democrática)	77.655	1,42		
Luis Alfredo Villacís (Movimiento Popular Democrático)	72.762	1,33		

Tabelle 6.2: Ergebnisse der Parlamentswahlen 2006

Partei	Sitze
PRIAN	28
PSP	24
PSC	13
ID	7
Pachacutic	6
Partido Roldosista Ecuatoriano (PRE)	6
Unión Demócrata Cristiana (UDC)	5
andere	11

Partnerpartei

Die UDC ist eine langjährige Partnerpartei der KAS. Als Christdemokraten stehen sie dem politischen und ordnungspolitischen Standort der KAS nahe. Mit dem Niedergang des Präsidenten Jamil Mahuad im Jahr 2000 kam es aber auch zum Niedergang der Partei. Seither ist es nicht mehr gelungen, Wahlergebnisse oberhalb der 7%-Marke zu erreichen. Bei den Parlamentswahlen 2006 erreichte die Partei 5% der Stimmen. Vier Jahre zuvor hatte sich die *Patria Solidaria* abgespalten und war 2002 relativ erfolglos mit einer eigenen Liste zu den nationalen Wahlen angetreten. 2006 kam es dann, unter Mithilfe der KAS, zur Wiedervereinigung.

Die UDC ist Mitglied der ODCA und der IDC-CDI. Einzelne Gremien der UDC sind ebenfalls in den Subgremien der ODCA vertreten, wie *Juventud Demócrata Cristiana de América* – JODCA (Jugend), *Mujeres Demócrata Cristianas de América* – MUDCA (Frauen), *Parlamentarios de ODCA-PARLAODCA* (Parlamentarier) und dem Netz der Bürgermeister *Red de Alcaldes ODCA*.

Politische Entscheidungen werden vom *Consejo Directivo Nacional* getroffen. Zusammen mit der *Comisión Ejecutiva* und dem *Presidente Nacional* wird die Partei organisatorisch wie programmatisch geführt. Eine ausgeprägte politische Kommunikation nach außen gibt es gegenwärtig nicht. Die Partei hat Schwierigkeiten, ihre Inhalte und Konzepte in die Öffentlichkeit zu transportieren. Inwieweit eine der Realität entsprechende Wahrnehmung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeiten stattfindet, kann an dieser Stelle noch nicht tiefgreifend bewertet werden. Erste Erkenntnisse weisen darauf hin, dass der Stellenwert und die Wahrnehmung der Partei in der Öffentlichkeit

noch zu undeutlich sind. Hier existieren Defizite, die es aufzuarbeiten gilt. Mit deren Beseitigung könnte jedoch die Grundlage der Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit geschaffen werden. Ein weiteres Problem ist bei der UDC, ebenso wie bei den meisten anderen traditionellen Parteien, dass es kaum interne Kommunikation gibt.

Programmatisch will sich die Partei neu aufstellen. Dazu soll es einige dezentral durchgeführte Kongresse geben. Die Parteiführung erklärte, in den nächsten zwei bis fünf Jahren zu alter Stärke zurückfinden zu wollen. Im Moment liegen als offizielle Positionspapire vor: die *Declaración de principios*, ein *Estatuto Partidario* und die *Proclama Política*.

Die derzeitigen Defizite der UDC liegen insbesondere in der deutlichen Trennung zwischen Parteiführung und Basis, geringer oder nicht vorhandener interner Kommunikation, Mängeln in der Darstellung der Politikinhalt in der Öffentlichkeit, schwacher Parteiarbeit, wenig leistungsfähiger Wahlkampfaktivität und darin, dass kein Fortbildungskonzept für Mitglieder und Funktionäre existiert.

Zusammenarbeit der KAS

Die KAS betrachtet die UDC noch immer als ihren natürlichen politischen Partner in Ecuador. Es handelt sich um eine klar ausgewiesene christlich-demokratische Partei, die in den grundlegenden politischen und ordnungspolitischen Positionen mit denen der KAS übereinstimmt. Die UDC hat die Chance, sich mittelfristig als gestaltende politische Oppositionskraft zu etablieren. Denn ein Erfolg der von der politischen Bewegung des Präsidenten dominierten Verfassungsgebenden Versammlung ist keineswegs garantiert.

Die Zusammenarbeit zwischen UDC und KAS wurde in den letzten zwölf Jahren kontinuierlich und intensiv geführt, auch wenn es nicht den gewünschten Erfolg mit sich brachte. Sehr positiv war zweifellos die Wiedervereinigung der abgespaltenen *Patria Solidaria* mit der Mutterpartei DP zur neuen/alten UDC.

Nach der Aufspaltung der Partei in *Patria Solidaria* und *Democracia Popular* (DP) hatte die KAS die Zusammenarbeit mit dem damaligen Bildungsinstitut FESO (*Fundación de Estudios Sociales*) beendet, weil sich der Partner weigerte, Bildungsmaßnahmen auch für die DP und nicht nur fortan für die *Patria Solidaria* anzubieten. Von 2003 bis 2007 wurde im Wesentlichen mit dem Bildungsreferat der UDC direkt zusammengearbeitet. Nach den parteiinternen Neuwahlen nach dem Zusammenschluss hatte sich die personale Situa-

tion aber derart verändert, dass die direkte Kooperation zunehmend schwieriger und komplizierter wurde. Der jetzige Parteipräsident Diego Ordoñez brachte jüngst wieder die Möglichkeit der Kooperation über FESO ins Gespräch, was von der KAS noch mit Zurückhaltung bewertet wird.

Dennoch wird die KAS die Kooperation mit der UDC fortsetzen. Die UDC ist nach Auffassung der Stiftung nach wie vor die politische Kraft, die eine Perspektive hat, zu einer politikgestaltenden Partei zurückzukehren und mittel- bis langfristig auch wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dazu müssen jedoch inhaltliche und organisatorische Weichen gestellt werden.

Dr. Berthold Weig
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Ecuador

7. EL SALVADOR

Politische Rahmenbedingungen

El Salvador ist, wie alle Länder Lateinamerikas, eine Präsidentschaftsrepublik. Die Verfassung von 1983 legt die Gewaltenteilung fest: der Präsident wird alle fünf Jahre neu gewählt, das Parlament alle drei Jahre. Eine direkte Wiederwahl des Präsidenten ist nicht möglich. Das Parlament ist durch die Macht des Präsidentsystems und die starke Polarisierung der beiden großen Parteien *Alianza Republicana Nacionalista* (ARENA) und *Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) eher geschwächt und damit Schauplatz von ideologischen Kämpfen. ARENA kann sich jedoch auf die Unterstützung des *Partido de Conciliación Nacional* (PCN) stützen und findet damit eine relativ stabile Mehrheit im Parlament. Der Präsident kann vom Parlament beschlossene Gesetze zurückweisen und einen zweiten Abstimmungsprozess in der *Asamblea Legislativa* anstrengen.

Für die Wahl des Präsidenten gilt das Mehrheitswahlrecht, wobei die absolute Mehrheit erforderlich ist. Wird diese im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet spätestens 30 Tage nach dem ersten Wahltermin eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt.

Bei den Wahlen zur *Asamblea Legislativa* gilt, ebenso wie bei denen zum zentralamerikanischen Parlament (*Parlamento Centroamericano* – PARLACEN), das Verhältniswahlrecht nach Distrikten. Das Parlament verfügt über 84 Sitze: Das Abgeordnetenmandat gilt für

drei Jahre. Jedes der 14 Departments entsendet mindestens drei Abgeordnete, die restlichen Mandate werden nach Einwohnerzahlen auf die Departments verteilt. Es gibt keine nationalen Listen. Für die Munizipalwahlen gilt das einfache Mehrheitswahlrecht

Die Parteien haben laut Parteienrecht Anspruch auf staatliche Finanzierung. Die Höhe der Finanzierung richtet sich nach der Anzahl der gültigen Stimmen, der Anzahl an Mandaten in der *Asamblea Nacional* nach gewonnenen Munizipien. Die Summe wird vom Parteiengesetz nicht explizit festgelegt. Die Finanzierung der Parteien aus privaten Spenden liegt bedeutend über der öffentlichen Finanzierung. Für die Höhe privater Spenden legt das Parteiengesetz keine Obergrenze fest.

Parteiensystem

In El Salvador sind fünf Parteien im Parteienregister eingetragen, die auch alle im Parlament vertreten sind. Die beiden ideologisch konträren Parteien ARENA und FMLN dominieren seit der Unterzeichnung der Friedensverträge aus dem Jahre 1992 die Parteienlandschaft. Daneben sind drei weitere kleinere Parteien im Parlament vertreten: der PCN, ehemalige Regierungspartei vor der Demokratisierung, der *Partido de la Democracia Cristiana* (PDC) und die Partei des *Cambio Democrático* (CD).

ARENA hält seit 1989 die Regierungsverantwortung. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 siegte zum vierten Mal in Folge die ARENA mit ihrem Kandidaten Tony Saca. Zweitstärkste Partei wurde die FMLN. Im Parlament stellen die ARENA (34 Abgeordnete) und die FMLN (32 Abgeordnete) die größten Fraktionen. Allerdings verfügt ARENA hier nicht über eine absolute Mehrheit. Sie erhält jedoch punktuelle parlamentarische Unterstützung vom PCN (10 Abgeordnete) und vom PDC (sechs Abgeordnete). Die wichtigste Oppositionspartei ist die linke FMLN.

Die drei wichtigsten Parteien im Kurzprofil

- ARENA (*Alianza Republicana Nacionalista*): Rechtskonservativ; verfolgt neoliberale Wirtschaftspolitik; unternehmerfreundlich; strategische Partnerschaft mit der USA; entstand aus einer Gruppe Salvadorianer um Roberto D'Abuisson; gewann erstmals 1989 die Wahlen und wurden 2004 zum vierten Mal in Folge wiedergewählt; wird auch als der „politische Arm“ der Unternehmerschaft bezeichnet; ARENA ist Mitglied der *Unión de Partidos Latinoamericanos* (UPLA).

- FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*): Zusammenschluss von fünf Guerillagruppen; seit 1992, mit der Unterzeichnung der Friedensverträge, existiert die FMLN offiziell als politische Partei; programmatisch links-revolutionär; steht für „soziale Gerechtigkeit“, verfolgt sozialistische Ideen; ist dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez freundschaftlich verbunden; war bisher immer die zweitstärkste Kraft des Landes; FMLN ist international dem *Foro* von São Paulo angeschlossen, einem Bündnis linker Parteien aus Lateinamerika unter Führung der brasilianischen Arbeiterpartei PT sowie der COPPAL.
- PDC (*Partido de la Democracia Cristiana*): christlich-demokratisch; verfolgt jedoch überwiegend liberale Wirtschaftspolitik; gründete sich als Oppositionspartei gegen das Militärregime in den 1960er Jahren; nach den ersten freien Wahlen 1984 stellte der PDC mit Napoleón Duarte den Präsidenten.

Partnerpartei

Die KAS arbeitet in El Salvador mit dem PDC zusammen, dem Rodolfo Antonio Parker Soto als *secretario general* vorsitzt. Der PDC ist wirtschaftsliberal und unternehmerfreundlich, was der Partei den Vorwurf einbrachte, ihre christlich-demokratischen Wurzeln preiszugeben (insbesondere hinsichtlich der Sozialpolitik).

Aus den letzten Wahlen ging die Partei jedoch gestärkt hervor und spielt eine zunehmend wichtige Rolle in politischen Verhandlungen. Parker ist derzeit stellvertretender Parlamentspräsident. Der PDC ist Mitglied in der ODCA, sein Generalsekretär Rodolfo Parker ist Vizepräsident der ODCA für Zentralamerika.

Dem *Comité Ejecutivo Nacional* (CEN), dem Parker vorsitzt, ist eine politische Kommission zwischengeschaltet, die eine beratende Funktion in wichtigen politischen Fragen innehat. Formell verfügt der PDC über eine gut organisierte Struktur auf nationaler, departementaler und Munizipalebene. Insgesamt wird die Partei zentralistisch geführt. Der PDC hat eine Jugendorganisation, dessen Vertreter auch im CEN vertreten sind. Die politische Kommunikation wird durch das Kommunikationssekretariat geleitet und ist überwiegend wahlkampffixiert.

Der PDC verfügt über ein Sekretariat für politische Fortbildung. Dieses ist mit anderen Sekretariaten der Partnerparteien in Zentralamerika durch ein vom INCEP in Guatemala geführtes Netzwerk verbunden. Von Seiten der Parteiführung wird der politischen Bildung allerdings noch ein relativ geringes Gewicht eingeräumt.

Kooperation der KAS³

Die KAS, die in El Salvador ein Verbindungsbüro unterhält, kooperiert mit dem PDC über das in Guatemala ansässige *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos* (INCEP). Darüber hinaus existieren Kontakte zu einzelnen Experten, die spezifische Beratungsaufgaben für die Partei übernehmen. Zu den Schwerpunkten der Zusammenarbeit gehören politische Bildung und Beratung von Bürgermeistern, Beratung im Bereich der politischen Kommunikation sowie Programme der politischen Nachwuchsförderung.

Tjark Egenhoff

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Guatemala und El Salvador

8. GUATEMALA

Politische Rahmenbedingungen

An der Spitze des guatemalteckischen Staates steht der Präsident. Alle vier Jahre finden Präsidentschafts- und Parlamentwahlen statt. Für die Wahl des Präsidenten gilt das Mehrheitswahlrecht, wobei die absolute Mehrheit erforderlich ist. Erreicht keiner der Kandidaten in der ersten Runde die absolute Mehrheit, findet zwei Monate nach dem ersten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. Eine unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ist nicht möglich.

Der Kongress verfügt über 158 Sitze. Das Abgeordnetenmandat gilt für vier Jahre. Ein Viertel der Abgeordneten wird über nationale Listen der Parteien gewählt; drei Viertel der Mandate sind Direktmandate der Wahlbezirke. Jeder Wahlbezirk hat das Recht, mindestens einen Abgeordneten in den Kongress zu entsenden und zusätzlich einen Abgeordneten je 80.000 Einwohner. Die Sitzverteilung im Parlament wird nach dem d'Hondtschen Verfahren ermittelt.

Die Macht des Parlaments ist in einer Präsidialdemokratie gegenüber der Exekutive naturgemäß geringer als in einem parlamentarischen System. Der guatemalteckische Kongress ist stark fragmentiert (gegenwärtig elf Parteien). Es existieren keine Koalitionen, die ein konstantes Abstimmungsverhalten und stabile Mehrheiten im Parlament sichern; themengebundene Koalitionen sind die Regel. Hinzu kommt der so genannte *transfuguismo*, d.h. der Wechsel von Abgeordneten in andere Parteien, der in Guatemala sehr stark ausgeprägt ist.

Dennoch hat das Parlament Befugnisse, die die Macht der Exekutive einschränken: Anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern ist das Regieren per Dekret nur in Ausnahmefällen erlaubt. Der Kongress organisiert Mehrheiten. Zudem wird hier Macht verteilt. Wichtige Positionen wie z.B. die Vorsitze der parlamentarischen Kommissionen, die wiederum Einfluss auf die Verteilung der Ressourcen im Lande haben, werden im Kongress ausgehandelt. Trotz Schwäche und Vielzahl der Parteien haben die Regierungen bisher eine gewisse Stabilität bewiesen, indem sie die Amtszeit von vier Jahren in der Regel erfüllten. Allerdings hat es noch keine Partei geschafft, ein zweites Mal in die Regierungsverantwortung gewählt zu werden.

Anfang 2007 ist in Guatemala ein neues Wahl- und Parteiengesetz (LEPP) in Kraft getreten. Parteien haben Anrecht auf staatliche Finanzierung in Höhe von umgerechnet zwei US\$ pro gültiger Stimme. Voraussetzung ist allerdings, dass sie bei Kongresswahlen mindestens ein Direktmandat gewinnen oder die Sperrklausel von 5% überwinden. Parteien, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden automatisch aus dem Parteienregister gestrichen. Eine Finanzierung durch Mitglieder ist praktisch nicht gegeben. Private Finanzierung kann in legale und illegale Finanzierung eingeteilt werden. Private Spenden dürfen bis zu einer Höhe von 10.000 US\$ von Parteien angenommen werden. Illegale Parteienfinanzierung durch Familiendynastien, Wirtschaftseliten oder die organisierte Kriminalität macht jedoch den größten Anteil der Parteienfinanzierung aus und konnte durch das schwache Wahlgesetz kaum verhindert werden.

Parteiensystem

Guatemala hat ein fragmentiertes und instabiles Parteiensystem. Parteien werden vor allem als Plattformparteien verstanden, die hauptsächlich im Wahlkampf aktiv werden. Dies führt zu Parteiensterben nach Wahlen und zu Parteieugründungen davor.

Die Parteienstrukturen sind stark personalisiert. Das Durchschnittsalter der Parteien im Kongress liegt bei unter zehn Jahren. *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE) und der *Partido Patriota* (PP) wurden erst 2000 gegründet. Die letzte „historische Partei“, die *Democracia Cristiana Guatemalteca* (DCG), wurde infolge ihres Wahlergebnisses von 2007 aus dem Parteienregister gestrichen und hat sich aufgelöst.

Im September 2007 fanden die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die Stichwahl zwischen dem Kandidaten der *Unidad Nacional de la*

Esperanza (UNE), Alvaro Colom Caballeros, und Otto Pérez Molina vom *Partido Patriota* (PP) gewann Caballeros, der seit dem 14. Januar 2008 Präsident des Landes ist.

Auch aus den Parlamentswahlen ging die UNE mit knapp 23% der Stimmen und 51 Mandaten als stärkste Partei hervor, gefolgt von der *Gran Alianza Nacional* (GAN, 16,5%, 37 Mandate) und dem PP (5,9%, 28 Mandate). Eine weitere nicht zu unterschätzende parlamentarische Kraft ist die Partei des ehemaligen Diktators und Ex-Präsidenten Ríos Montt, die *Frente Republicano Guatemalteco* (FRG) mit 14 Abgeordneten. Darüber hinaus gibt es ein Mittelfeld von sieben Parteien, die lokal stark sind und daher auf bis zu acht Abgeordneten kommen.

Die vier größten Parteien im Kurzprofil

Unidad Nacional de la Esperanza (UNE): UNE geht aus der *Alianza Nueva Nación* (Bündnis zweier Linksparteien) hervor, die bereits im November 1999 mit Alvaro Colom in den Wahlkampf zog; die Partei gilt als sozialdemokratisch mit Schwerpunkten in den Bereichen soziale Kohäsion, Bürgerpartizipation, Einbindung der indigenen Bevölkerung, soziale Marktwirtschaft und Modernisierung; international ist die UNE bislang keinem Parteienbündnis angeschlossen.

Gran Alianza Nacional (GAN): Die GAN entstand im Wahlkampf 2002/2003 als Zusammenschluss von PSN, PP, *Movimiento Reformador* (MR) und *Movimiento-17*, um den Präsidentschaftsanwärter Oscar Berger zu unterstützen; bereits fünf Monate nach dem Wahlsieg begann das Bündnis zu wackeln, zuerst wechselte der PP mit Otto Pérez Molina zur Opposition, dann der MR, am Ende der Legislaturperiode verblieben der GAN 24 Abgeordnete von ehemals 47; inhaltlich steht die Partei für liberale Wirtschaftspolitik und ist als Mitte-Rechts-Partei einzustufen; auf internationaler Ebene besteht keine Mitgliedschaft in einem Parteienverband.

Partido Patriota (PP): PP ging aus der 1999 gegründeten *Alianza Cívica* hervor; Gründungsmitglied Otto Pérez Molina; bei den Wahlen 2003 unterstützte PP das Parteienbündnis GAN, nach dem Wahlsieg der GAN besetzten einige Mitglieder der PP wichtige Regierungsposten; bereits fünf Monate nach Regierungsantritt löste sich der PP aufgrund von Unstimmigkeiten wieder von der GAN; in den letzten vier Jahren hat die Partei sich zunehmend konsolidiert; sie ist drittstärkste Partei im Parlament, hat allerdings auf dem Land keine Basis; programmatisch „Mitte-Rechts“;

Schwerpunkte: Sicherheit, Privateigentum, soziale Marktwirtschaft; eine Mitgliedschaft in einem internationalen Parteienbündnis besteht nicht.

Frente Republicano Guatemalteco (FRG): FRG entstand Ende der 1980er Jahre als Gruppe von Freunden und Familienmitgliedern des ehemaligen Präsidenten General Rios Montt und hält bis heute diese Strukturen; seit Gründung der Partei ist Montt Parteivorsitzender; FRG gewann im Jahre 2000 die Präsidentschaftswahlen mit Präsident Portillo; Zury Montt, die Tochter des Generals, ist seit 2000 Abgeordnete im Kongress und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses; programmatisch und in Bezug auf Wählerschaft: rechtskonservativ; Schwerpunkte: Förderung der Privatwirtschaft, vertritt Interessen von Großgrundbesit-

zern, Unternehmern, Industriellen und Militärs; die Partei ist in nicht in einem internationalen Parteienbündnis vertreten.

Partnerparteien

Bis Ende 2007 arbeitete die KAS in Guatemala mit fünf Parteien zusammen: der *Democracia Cristiana Guatemalteca* (DCG), *UNE*, *Partido de Avanzada Nacional* (PAN), dem *Frente por la Democracia* und dem *Partido Unionista* (PU). Aufgrund der Auflösung des DCG und von *Frente por la Democracia* konzentriert sich die Zusammenarbeit seitdem auf die drei anderen Parteien, die als „Parteien der Mitte“ bezeichnet werden können.

Tabelle 8.1: Wahlentwicklung der letzten fünf Jahre

	Ergebnis Präsidentschaftswahlen		Mandatsträger* Parlamentswahlen		Mandatsträger Bürgermeisterwahlen**	
	2003	2007	2003	2007	2003	2007
DCG	1,6%	0,5%	1	0	7	1
UNE	26,4%	52,8%	32	51	37	50
PAN	8,4%	2%	17	4	34	4
El Frente	--	--	0	0	1	1
PU	3%	3%	2	8	9	10

* von insgesamt 158 Abgeordneten

** von insgesamt 331

Seit der Auflösung der DCG gibt es in Guatemala keine ODCA-Mitgliedsparterie mehr. *El Frente* strebte 2006 die Mitgliedschaft an, entschied sich aber letztlich dagegen.

Da die Parteien sehr ähnliche Strukturen und Probleme aufweisen, wird im Folgenden nicht weiter zwischen ihnen unterschieden. Alle sind überwiegend zentralistisch organisiert und werden von Führungspersonlichkeiten und deren Familien kontrolliert. Demokratisch legitimierte Parteistrukturen fehlen größtenteils. Die Parteien haben zwar Jugendorganisationen, deren Vertreter auch formal den jeweiligen Exekutivkomitees angehören. Aber die jeweilige Führung schenkt den Jugendorganisationen i.d.R. wenig Beachtung.

Die Anzahl der Parteimitglieder wird durch die Parteien künstlich gering gehalten, da das Parteiengesetz bei Überschreiten von bestimmten Mitgliederzahlen strengere Regeln für Mitgliederversammlungen auf Municipal-, Bezirks- und Landesebene vorschreibt, die u.a.

die Macht der Organe auf nationaler Ebene einschränken könnten. Die politische Kommunikation ist stark auf die Wahlkämpfe hin orientiert. Hier kommen verstärkt professionelle Agenturen, auch aus dem Ausland, zum Einsatz. Intern ist die politische Kommunikation schwach, insbesondere zwischen lokaler und nationaler Ebene.

Das ideologische Profil ist gering ausgeprägt. Nicht alle Parteien haben Programme. Parteitage zur Programmgestaltung sind unüblich. Das Parteiprogramm von UNE wurde beispielsweise von Spezialisten erarbeitet und ohne innere Diskussion der Basis und den Wählern vorgestellt. Bei Schwerpunktthemen wie soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Demokratie bleiben die Aussagen recht vage.

Kooperation der KAS

Angesichts der skizzierten Probleme ist die Zusammenarbeit der KAS mit den Parteien in Guatemala derzeit recht zurückhaltend. Außerdem arbeitet die

KAS mit keiner Partei direkt zusammen. Die Kooperation erfolgt über das *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos* (INCEP). Darüber hinaus existieren Kontakte zu einzelnen Experten, die spezifische Beratungsaufgaben für die Parteien übernehmen. Schwerpunktthemen in der Zusammenarbeit sind: Vertiefung der Programmatik und der politische Kommunikation, regionale Integration, politische Partizipation, Beziehungen zur Zivilgesellschaft, Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft und politische Nachwuchsförderung.

Alle drei o.g. Parteien verfügen über Sekretariate für politische Bildung. Diese sind durch ein Netzwerk der KAS/INCEP miteinander verbunden. Die Sekretäre der politischen Bildung sitzen in der Regel im *comité ejecutivo* ihrer Partei, haben allerdings kaum politischen Einfluss. Die Vorstellung von politischer Bildung aus Sicht der Parteispitze ist auf eher sozialkundliche Themen sowie die Propagierung der Ziele der politischen Führung beschränkt. Dennoch ist das Programm des INCEP das einzige dieser Art in Zentralamerika, das in einigen Fällen ein einmaliges Vertrauensverhältnis zu den Parteien aufbauen konnte.

In Zukunft gilt es, das INCEP im vorpolitischen Raum zu verankern und durch entsprechende Programme verstärkt Jugendliche und *indígenas* anzusprechen. Ein geeigneter Ansatz hierfür ist das *Diplomado Nuevo Liderazgo Político Social*, das zusammen mit der *Organization of American States* (OAS) ausgearbeitet wurde. Mit den Partnerparteien sollte der Bereich der politischen Bildung als gemeinsames Ziel vereinbart werden. Je nach dem, ob diese Vereinbarungen zustande kommen und sich Fortschritte bei der Umsetzung der Ergebnisse der politischen Bildungsarbeit, v.a. aber hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie und der demokratischen Regierungsführung (bzw. der Orientierung darauf) erkennen lassen, ist zu entscheiden, inwieweit die Schwerpunkte der Parteienförderung in Guatemala wieder mehr in Richtung Parteien zu verlagern sind oder sich ausschließlich auf die Zusammenarbeit mit INCEP konzentrieren.

Tjark Egenhoff
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Guatemala und El Salvador

9. HONDURAS

Politische Rahmenbedingungen

Honduras besitzt ein präsidentiales Regierungssystem. Der Präsident und das Ein-Kammer-Parlament werden zeitgleich alle vier Jahre neu gewählt. Eine Wiederwahl

des Präsidenten ist laut Verfassung nicht möglich. Für seine Wahl gilt das Mehrheitswahlrecht, wobei die einfache Mehrheit genügt.

Das Land ist in 18 Departments gegliedert, die sich wiederum in freie Gemeinden aufteilen, die von Kommunalverwaltungen geleitet werden. An der Spitze der Departments stehen Gouverneure, die vom Präsidenten ernannt werden, während die Kommunalverwaltungen von einem direkt gewählten Bürgermeister und dem Stadtrat geleitet werden.

Der Kongress verfügt über 128 Sitze. Das Abgeordnetenmandat beträgt vier Jahre. Alle Abgeordneten werden nach dem Verhältniswahlrecht über Department-Listen der Parteien gewählt. Für die rd. 300 Bürgermeister des Landes gilt zur Wahl die einfache Mehrheit, während die rd. 2.400 Stadträte nach dem Verhältniswahlrecht auf der Grundlage kommunaler Listen gewählt werden.

Eine Besonderheit im Parteiensystem des Landes ist, dass gemäß des Wahlgesetzes Parteien, die über interne Strömungen verfügen, Urwahlen zur Aufstellung ihrer Kandidaten durchführen müssen. Das gilt in der Praxis allerdings lediglich für die beiden Alt-Parteien.

Für den Wahlkampf ist eine staatliche Finanzierung in Höhe von 20 *Lempiras* (0,75 Euro) pro gültiger Stimme vorgesehen. Den Parteien stehen bei ihrem jeweiligen stimmenstärksten Wahlergebnis aus Präsidentschafts-, Parlaments- oder Kommunalwahlen jedoch mindestens 15% der Gesamtfinanzierung der Partei mit den meisten Stimmen zu. Darüber hinaus werden den Parteien Transportkosten für den Wahltag sowie die Kosten der Verbreitung ihres Regierungsprogramms erstattet. Die Privatfinanzierung ist die wichtigste Einnahmequelle für Parteien in Honduras. Sie ist jedoch in anonymer Form verboten, ebenso durch Ausländer, Angehörige der Leitung von Unternehmen, die staatliche Aufträge übernehmen sowie durch Staatsangestellte.

Parteiensystem

Das Parteiensystem wird durch zwei Parteien, den *Partido Nacional de Honduras* (PNH) und den *Partido Liberal de Honduras* (PLH) geprägt. Obwohl die Wurzeln beider Parteien bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen, sind sie erst seit etwa fünfzig Jahren als Parteien im modernen Sinne zu bezeichnen. Bis Ende der 1980er Jahre spielten die Militärs noch eine entscheidende Rolle im politischen System von Honduras. Seither wurden zwei Präsidenten vom PNH und drei

vom PLH (darunter der gegenwärtige Präsident José María Zelaya) ins Amt gewählt.

Die beiden Traditionsparteien dominierten bislang das politische System des Landes, müssen jedoch seit den Wahlen 2001 zur Umsetzung der Regierungspolitik politische Allianzen mit den kleineren Parteien im Parlament eingehen.

Zur Aufrechterhaltung der Rechtspersönlichkeit benötigen die Parteien einen Stimmenanteil von 2% oder ein Abgeordnetenmandat. Keine der drei kleineren Parteien konnte bei den letzten Wahlen die geforderte Prozentzahl erreichen, sie verfügen jedoch im Parlament über mindestens einen Abgeordneten.

Tabelle 9.1: Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2001 und 2005 im Vergleich

Wahljahr		PLH	PNH	PUD	PDCH	PINU
2005	Präsidentschaftswahlen	49,9%	46,2%	1,5%	1,4%	1%
	Sitze im Parlament (von 128)	62	55	5	4	2
2001	Präsidentschaftswahlen	44,3%	52,2%	1,1%	1%	1,5%
	Sitze im Parlament (von 128)	55	61	5	4	3

Quelle: Oberstes Wahlgericht (Tribunal Suprema Electoral – TSE)

Parteien im Kurzprofil

Partido Nacional de Honduras (PNH): Die Wurzeln des PNH liegen im Jahre 1891, als sein Vorläufer als Reaktion auf die Gründung des *Partido Liberal de Honduras (PLH)* entstand. Ausgangspunkt war der politische Zentralismus und heute ist die Partei im ideologischen Schema als rechts-konservativ einzuordnen. Ihr Vorsitzender ist Porfirio Lobo, der als Präsidentschaftskandidat bei den letzten Wahlen nur knapp unterlag. Im Parlament besteht eine informelle Allianz zwischen dem PNH mit der christlich-demokratischen PDCH. Auf internationaler Ebene verfügt der PNH über einen Beobachterstatus in der *Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA)* und ist Vollmitglied in der konservativen *Unión de Partidos Latinoamericanos (UPLA)* und der *Unión Demócrata Internacional (UDI)*.

Partido Liberal de Honduras (PLH): Vorläufer der Partei entstanden im Jahre 1890. Ihre Ursprünge sind eng verbunden mit einem liberalen Staatsverständnis. Parteiintern gibt es aufgrund der historischen Entwicklung heute bis zu acht verschiedenen Strömungen. Der PLH stellt gegenwärtig mit José Manuel Zelaya den Präsidenten (2006 bis 2010). Auf internationaler

Ebene ist der PLH der Liberalen Internationalen (LI) sowie der *Conferencia de Partidos Políticos de América Latina (COPPAL)* angeschlossen.

Partido Innovación y Unidad (PINU): Der PINU wurde 1969 gegründet und gilt als Verfechter des demokratischen Sozialismus. Die Partei sieht sich als moderate Links-Alternative zu den beiden Traditionsparteien, musste aber in den letzten Wahlen einen anhaltenden Bedeutungsverlust hinnehmen.

Partido Unificación Democrática (PUD): Der PUD wurde 1992 als Sammlungsbewegung von vier links-orientierten Parteien und Untergrundbewegungen gegründet. Im Zuge des zentralamerikanischen Friedensabkommens von Esquipulas wurde die Partei im Jahre 1993 vom Parlament in Honduras anerkannt. Sie stellt unter den im Parlament vertretenen Parteien die radikalste dar und wird von internen Flügelkämpfen geschüttelt, die homogene politische Positionen erschweren.

Partnerparteien der KAS

Die KAS arbeitet in Honduras mit dem christlich-demokratischen *Partido Democracia Cristiana de Honduras* (PDCH) und dem PNH im Bereich der politischen Bildung und Beratung zusammen.

Der PDCH wurde 1968 gegründet, basiert auf den Prinzipien des christlichen Humanismus und ist im Parteienspektrum dem politischen Zentrum zuzuordnen. Er nimmt seit 1981 an Wahlen teil. Durch geschicktes politisches Agieren konnte der PDCH seinen politischen Einfluss in den letzten Jahren kontinuierlich ausbauen und genießt höhere politische Bedeutung als es die Wahlergebnisse ausdrücken. Bei den Wahlen im Jahre 2005 erreichte die Partei vier Abgeordnetensitze im Parlament, ein Bürgermeisteramt sowie 23 Stadtmandate.

Weiterhin stellt sie den Ombudsmann für Umwelt, einen Magistrat des Obersten Wahlgerichts (von dreien), einen von drei Magistratsposten im Rechnungshof und etwa ein Fünftel der Angestellten des politisch wichtigen staatlichen Melderegisters einschließlich des stellvertretenden Leiters. Der PNH ist die größte Oppositionspartei und stellte nach der Rückkehr zur Demokratie zwei Präsidenten: Rafael Leonardo Callejas (1990 bis 1994) und Ricardo Maduro (2002 bis 2006).

Der PDCH wird durch einen Nationalen Vorstand, einer Politischen Kommission und einem Disziplinarkomitee bestimmt, die von der Delegiertenversammlung gewählt werden. Parteivorsitzender ist Ramón Velásquez Nacar, MP, der auch gleichzeitig das Amt des Vize-Präsidenten des Parlaments bekleidet. Der PNH wird durch das Zentralkomitee geleitet, dessen Vorsitzender Porfirio Lobo ist. Daneben gibt es auf zentraler Ebene noch die Politische Kommission und das Parteigericht.

Finanzierung

Die Wahlkampffinanzierung wurde bereits dargestellt. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge und Spenden weitere Finanzierungsquellen für die Parteiarbeit dar. Als eine der Traditionsparteien verfügt der PNH über Zugang zu finanzkräftigen Privatpersonen. Innerhalb des kleinen PDCH sind die Vertreter der Partei in Wahlämtern und Verwaltungsfunktionen verpflichtet, die Partei finanziell zu unterstützen.

Programmatische Positionen und Dokumente

Der PDCH vertritt die Prinzipien des christlichen Humanismus, niedergelegt in einem Grundlegendokument. Der PNH verfügt über eine Erklärung demokratischer Prinzipien unter Einschluss des christlichen Humanismus. Zudem erarbeiteten beiden Parteien anlässlich der letzten Wahlen programmatische Dokumente.

Parteiinterne Kohäsion

Der PDCH ist eine kleine und in der politischen Arbeit erfahrene Partei, die zu politischen Verhandlungen geeint auftritt. Innerhalb des PNH bestehen vier Flügel, die von der starken Persönlichkeit des jetzigen Parteivorsitzenden zusammengehalten werden. Die wichtigsten sind dem jetzigen Parteivorsitzenden Porfirio Lobo und dem ehemaligen Bürgermeister von Tegucigalpa Miguel Rodrigo Pastor zuzuordnen.

Wahlentwicklung der letzten fünf Jahre

In den letzten fünf Jahren fanden lediglich die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen von 2005 statt. Bei diesen vollzog sich ein politischer Machtwechsel vom PNH zum PLH. Der PNH schied aus der Regierungsverantwortung aus und wurde stärkste Oppositionspartei, während der PDCH im Wahlergebnis stagnierte, aber im Parlament als „Mehrheitsbeschaffer“ eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung und Verabschiedung von mehrheitsfähigen Gesetzesprojekten spielt.

Tabelle 9.2: Wahlentwicklung des PDCH

Ergebnis Präsidentschaftswahlen		Mandatsträger Parlamentswahlen		Mandatsträger Munizipalwahlen	
Wahlen 2001	Wahlen 2005	Wahlen 2001	Wahlen 2005	Wahlen 2001	Wahlen 2005
0,97%	1,4%	4*	4*	3**	1**

Quelle: Oberstes Wahlgericht (Tribunal Supremo Electoral – TSE)

* von insgesamt 128 Abgeordneten im Parlament

** von insgesamt 298 Bürgermeistern

Stellenwert der politischen Bildung

Der PDCH verfügt über ein Sekretariat für politische Aus- und Fortbildung, während der PNH die politische Bildungs- und Beratungsarbeit einem eigenen Bildungsinstitut INFOS (*Instituto de Formación Social*) anvertraut. Beide Bildungsinstanzen sind mit entsprechenden Einrichtungen der Partnerparteien in Zentralamerika durch ein vom INCEP (*Instituto Centroamericano de Estudios Sociales*) geführtes Netzwerk verbunden. Der politischen Bildung und Beratung wird von beiden Parteiführungen ein großer Stellenwert eingeräumt, was die regelmäßige und hochrangige Beteiligung an entsprechenden Maßnahmen belegt.

Kooperation mit der KAS

Die Kooperation mit den beiden Parteien erfolgt über die politische Bildungsarbeit des INCEP, an dessen Aktivitäten beide Parteien regelmäßig teilnehmen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Stärkung des Bildungs- und Beratungsnetzwerks zwischen den Parteien der politischen Mitte Zentralamerikas im programmatischen Bereich, die politische Nachwuchsförderung sowie der Dialog mit der Zivilgesellschaft zu gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Tjark Egenhoff

*Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Guatemala und El Salvador*

Reinhard Willig

*Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Team Lateinamerika, Berlin*

10. KOLUMBIEN

Politische Rahmenbedingungen

Kolumbien ist eine der ältesten Demokratien Lateinamerikas, die seit dem 19. Jahrhundert kaum von Militärdiktaturen unterbrochen wurde. Allerdings sind das Land und damit auch die politische Auseinandersetzung geprägt von einem traditionell schwachen Staat, Bürgerkriegen, politischer Gewalt, Exklusion und oligarchischen Strukturen. Starker Klientelismus und daraus resultierende Korruption sind weit verbreitet. Zu den traditionellen Problemen des Landes zählte lange Zeit und teilweise heute noch ein besonders ausgeprägter Zentralismus mit gleichzeitigem Machtvakuum in den Regionen.

Von 1958 bis 1974 teilten sich Liberale und Konservative untereinander die Macht auf und bildeten in

einem Pakt die „Nationale Front“. In dieser Zeit schlossen sich einige oppositionelle Gruppen dem bewaffneten Kampf an, wie die Guerilla-Gruppen FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) und ELN (*Ejército de Liberación Nacional*). In den 1980er Jahren wurde versucht, die Wunden zu heilen, die das politische System dem Land zugefügt hatte. 1986 begann die Reform der finanziellen und administrativen Dezentralisierung mit der Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern. Damit begann langsam, die bedingungslose Vorherrschaft der Liberalen und Konservativen aufzubrechen.

Die Verfassung von 1991 erleichterte die Gründung von alternativen Parteien und politischen Bewegungen. Dies führte zur Gründung vieler Gruppen, die nach innen wenig kohärent und stark vom *Caudillismo* geprägt sind. Dies führte 2003 erneut zu einer Reform, welche die innere Parteienstruktur sowie das Wahlrecht einschloss. Die Reform sollte auch eine kohärente Fraktionsbildung im Kongress voranbringen. Im Jahr 2005 (*Ley de Bancadas*) war ein weiterer Versuch unternommen worden, die Fraktionsbildung der Parteien im Parlament zu stärken.

Trotz zäher Veränderungen im politischen Verhalten sind wichtige Ergebnisse in die Praxis umgesetzt worden. So werden Parteien ermutigt, bei der Bestimmung von Kandidaten Abstimmungen an der Parteibasis durchzuführen. Eine weitere Regel hat eine Zwei-Prozent-Klausel bei nationalen Wahlen eingeführt. Politiker dürfen nur einer Partei angehören.

Das kolumbianische Parlament (*Congreso*) besteht aus zwei Kammern: dem Repräsentantenhaus und dem Senat. Die Abgeordneten im Senat werden durch nationale Stimmabgabe gewählt, während die Abgeordneten im Repräsentantenhaus mit Stimmen aus ihren jeweiligen *Departamentos* ihre Sitze erhalten. Der Klientelismus, die Zersplitterung der Parteienlandschaft und der Parteien, sowie die dünne Programmatik der Parteien haben zu einer Schwächung des Kongresses und zu zunehmender Wahlenthaltung geführt. Durch den Skandal der Parapolitik seit Dezember 2006 hat der Kongress zusätzlich an Prestige verloren. Zehn Prozent der Abgeordneten sitzen wegen Verbindungen zu Paramilitärs im Gefängnis.

Die Macht der Exekutive überwiegt ohnehin im Präsidialsystem Kolumbiens und derzeit besonders durch die Popularität des Präsidenten. Der Präsident, der direkt vom Volk gewählt wird, ist Staatsoberhaupt und Regierungschef sowie oberste Autorität über der staatlichen Verwaltung. Vor 2006 war die Dauer seiner Amtszeit auf eine Periode von vier Jahren beschränkt.

Doch seit einer Verfassungsreform von 2004 unter dem Präsidenten Alvaro Uribe ist eine weitere Wiederwahl möglich.

Mit der Reform des Wahlrechts 2003 wurde mit drei Neuerungen versucht, den Zusammenhalt von Parteien zu stärken: Erstens, die Parlamentssitze werden gemäß dem d'Hondt'schen Verfahren vergeben, das die größeren Parteien favorisiert. Dies reduzierte in den legislativen Wahlen 2006 die Zahl der Parteien um die Hälfte. Zweitens senkte die Zwei-Prozent-Hürde zusammen mit der obligatorischen Einheitsliste für Parteien die Zahl der registrierten Parteilisten von 321 auf 64 im Jahr 2002 und auf 20 im Jahr 2006. Drittens, die Einführung der Vorzugsstimme: bei offenen Listen können die Wähler modifizieren und bestimmten Kandidaten den Vorzug geben.

Die Parteienfinanzierung (Gesetz von 1994) ist staatlich. Von den Mitteln profitieren Parteien, die eine juristische Person darstellen und im Kongress vertreten sind. Das Geld kommt aus einem jährlich erneuerten Fond, der sich aus Steuergeldern speist. Der *Consejo Nacional Electoral* verteilt die Mittel nach festgelegten Kriterien. Mit Blick auf die vielen Neugründungen kleinerer, personenorientierter Parteien, ist Kritik zu vernehmen, dass diese Unternehmungen oft nur einem finanziellen Zweck dienen.

Parteiensystem

Im Zuge der Kongresswahlen im März 2006 ist die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien durch die erwähnten Reformen von 42 auf 16 geschrumpft. Die stärksten Fraktionen sind entsprechend der Zahl ihrer Sitze: *Partido Social de Unidad Nacional (Partido De la U)*, *Partido Conservador Colombiano (PC)*, *Partido Liberal Colombiano (PL)*, *Partido Cambio Radical (PCR)* und der *Polo Democrático Alternativo (PDA)*. Davon unterstützen *Partido de la U*, *Partido Conservador*, und *Cambio Radical* die Regierung unter Präsident Alvaro Uribe. Der *Polo* bildet die stärkste Opposition im sozialdemokratischen Lager. Die Liberalen, die Uribe unterstützen, sind meist in die neuen rechts-liberalen Splitterparteien übergetreten. Die restlichen Liberalen machen als Linksliberale Opposition und sind weiterhin Mitglied in der Sozialistischen Internationalen sowie der COPPAL.

Die politische Landschaft zeigt eine allmähliche Erosion der traditionellen Parteien. Stattdessen werden ad-hoc-Koalitionen gebildet, um den Präsidenten zu unterstützen. Einen Schub in diese Richtung bedeuteten die Präsidentschaftswahlen 2002, in der Uribe als abtrünniger Liberaler und Unabhängiger die Wahl mit

54 Prozent gewann. Zweiter wurde der Liberale Horacio Serpa mit knapp 32 Prozent. Im Jahr 2006 konnte Uribe seine Position mit einem Ergebnis von 62 Prozent deutlich ausbauen. Damit ist er einer der populärsten Präsidenten in der Geschichte des Landes – allerdings ohne eine eigene politische Partei mit festen Strukturen. Ein weiterer Faktor der Erosion traditioneller Strukturen ist der Aufwind des *Polo Democrático Alternativo*. Mit ihm erreichte 2006 erstmals eine neue Partei den dritten Platz in Präsidentschaftswahlen mit dem Vorsitzenden Carlos Gaviria, der 21 Prozent sammeln konnte.

Während das Mitte-Rechts-Spektrum in mehrere zum Teil personalistische Parteien und Bewegungen zersplittert ist, befindet sich im gemäßigten linken Spektrum der *Polo Democrático* als gefestigter politischer Block, der seit 2005 unter diesem Namen besteht. Das Uribe-Lager trägt eine lose Allianz, unter der sich auch die konservative Partei befindet, die seit den Wahlen 1998 keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten mehr ins Rennen geschickt hat. Die meisten anderen Parteien im uribistischen Lager sind durch politische Abwanderung aus der Liberalen und der Konservativen Partei entstanden und unterscheiden sich programmatisch kaum von konservativen Überzeugungen.

Partnerpartei

Die traditionelle Partnerpartei der KAS ist der *Partido Conservador Colombiano (PC)*. Die anderen Mitte-Rechts-Gruppierungen, die sich neu gegründet haben, sind bisher nicht direkt in die Zusammenarbeit einbezogen worden.

Als Unterorganisationen des PC bestehen eine Jugendorganisation (*Nuevas Generaciones*), eine junge Liga (*Liga Junior*) für Politiker zwischen 28 und 40 Jahren, sowie eine Frauenorganisation (*Organización Nacional de la Mujer*). Darüber hinaus betreibt die Partei die *Academia del Pensamiento Conservador*, die als *Think Tank* für den PC dient und für die Weiterbildungen der Mitglieder sorgt. Allerdings ist die Akademie wenig effizient und schlecht ausgestattet.

Der PC hat in jüngster Zeit versucht, stärker in die Provinzen hineinzuwirken. Das zeigt sich durch die Veranstaltung von offenen Regionalforen, in denen die Bevölkerung Vorschläge zu politischen und sozialen Problemen machen kann. Interessant ist die Wahl der Vorstände in den *Departamentos*, Distrikten und Kommunen durch die Parteibasis (*Consultas*). Der PC führt diese mit hoher Beteiligung bis in untere territoriale Ebenen durch.

Die Partei finanziert sich größtenteils durch staatliche Unterstützung, wirbt aber auch Spenden ein. Mitglieder werden aufgefordert, freiwillige Beiträge zu entrichten.

Programmatisch tritt der PC in der Sozialpolitik für mehr Unterstützung für extrem betroffene Bevölkerungsteile und Familien ein, für Mikrokredite an Kleinunternehmer mit wenig Ressourcen, für Zuschüsse zum Erwerb von Wohneigentum für Arme, für eine umfassende Gesundheitsversorgung und die konsequente Einhaltung von Arbeitnehmerrechten.

Die Außenpolitik wird durch das Prisma der Wirtschaftsförderung betrachtet. Der PC steht für die Globalisierung der kolumbianischen Ökonomie, für möglichst viele Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten und Regionen, und bekennt sich zum regionalen Integrationsprozess in Lateinamerika. Die Partei steht zur Auslieferung von Drogenbaronen an Drittstaaten gemäß bestehender Verträge.

Auf dem Gebiet des Drogenproblems möchte der PC konfisziertes Eigentum aus der Bekämpfung der Drogenmafia für eine Agrarreform und ländliche Entwicklungsprojekte einsetzen. Außerdem betonen die Konservativen, dass das Drogenproblem nicht alleine von Kolumbien gelöst werden könne, sondern eine internationale Angelegenheit sei.

Trotz der nach außen hin eher schwach wahrgenommenen Programmatik hat der PC seine Position in den letzten Wahlen stärken können. Die Partei ist mit mehreren Ministern an der Regierung Uribe beteiligt. Die wichtigste Position besitzt Carlos Holguín als Innen- und Justizminister. In den Regionalwahlen 2003 konnte der PC fünf *Gobernaciones* erobern.

Bei den Parlamentswahlen 2006 gewann der PC 18 Senatssitze und feierte damit einen wichtigen Erfolg – entgegen aller Vorhersagen. Stärker ist nur die *Partido de la U*. Darin zeigt sich, dass die Organisation des PC trotz Fehlens eines eigenen Präsidentschaftskandidaten weiterhin gut funktioniert und sie ein schwergewichtiger Partner Uribes ist. Die schwierige Aufgabe, einerseits die Politik Uribes zu unterstützen und sich andererseits als unabhängige Kraft zu beweisen, bleibt jedoch weiterhin ein Balanceakt. Trotz Schwächen ist der PC von allen Parteien, die Uribe unterstützen, die kohärenteste und sichtbarste Kraft. Mit der Parlamentswahl 2006 erholte sich der PC von vier schwachen Jahren, in denen sie der Liberalen Partei an Sitzen unterlegen war.

Der Wahlerfolg war eher der intakten Parteistruktur zu verdanken als überzeugenden Persönlichkeiten. Dennoch hat die Partei bekundet, im Jahr 2010 wieder einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu wollen. Allerdings fehlt es derzeit an überzeugenden Persönlichkeiten. So gut die Bodenhaftung der Partei in den Regionen ist, was die *Consultas* zeigen, so mager fällt das Profil des nationalen Führungspersonals aus.

Der PC ist in den vergangenen Jahren zudem durch mehrere Flügelkämpfe und Fraktionsbildungen gebeutelt worden, die bis heute Auswirkungen haben. Im Jahr 2001 wurde Carlos Holguín Vorsitzender des PC. Unter seiner Führung gewann die Partei zunächst an Zusammenhalt und neuer Struktur. Allerdings befürwortete Holguín die Kandidatur des unabhängigen Kandidaten Uribe und verzichtete, wie erwähnt, auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten. Die Vorkandidaten zogen verärgert ihre Kandidatur zurück. Damit machte sich Holguín in der Partei Feinde, worunter vor allem das Lager von Andrés Pastrana zählt, der von 1998 bis 2002 mit Unterstützung der Konservativen Präsident war.

Im November 2005 ließ Holguín eine Basisbefragung in der Partei durchführen, die erneut das Ergebnis brachte, keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen und Uribe zu unterstützen. Seit seiner frühzeitigen Rückkehr von seinem Botschafterposten in Washington Anfang 2007 versucht Pastrana in Bogotá nun erneut seine Fraktion innerhalb der PC zu stärken („Pastranisten“ gegen „Holguinisten“).

Die Personalstruktur des PC ist nach dem Ende des Vorsitzes Holguíns seit 2006 von Kurzlebigkeit und hoher Fluktuation geprägt. Erst im Juni musste Julio Manzur als Parteichef zurücktreten, nachdem auch er im Skandal der Parapolitik in dunkles Licht geraten war und vor der Justiz aussagen muss. Neuer Vorsitzender ist Efraín José Cepeda Sarabia. Im Frühjahr 2008 wird es vermutlich einen weiteren Wechsel an der Parteispitze geben. Dann soll die Neuwahl des gesamten Vorstands inklusive des Präsidenten stattfinden. Dabei gibt es vier Möglichkeiten, die derzeit realistisch erscheinen: (1) Efraín Cepeda bleibt Vorsitzender, auch wenn er derzeit als Übergangskandidat betrachtet wird, (2) Carlos Holguín kehrt an die Spitze der Partei zurück, (3) Humberto Gómez Gallo, Senator aus Ibagué, wird neuer Vorsitzender und leitet einen Generationswechsel ein (allerdings ist Gallo nun auch in den *Parapolítica*-Skandal verstrickt), (4) Andrés Pastrana geht selbst ins Rennen oder jemand aus seinem Lager tritt an.

Durch innere Zerrissenheit und den wiederholten Führungswechsel ist der PC derzeit inhaltlich ohne besonderen Tiefgang. In öffentlichen Veranstaltungen, in denen auch andere Parteien vertreten sind, wird häufig deutlich, dass Vertreter des PC nicht fest im politischen Diskurs wichtiger Themen stehen. Von der Arbeit der Konservativen Akademie ist wenig zu vernehmen. Zusätzlich existiert die von der KAS mit gegründete *Corporación Pensamiento Siglo XXI* außerhalb der Partei.

International eingebunden ist der PC als Mitglied in die *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA) sowie in der *Unión de Partidos Latinoamericanos* (UPLA), der wiederum Regionalverband der *International Democratic Union* (IDU) ist. Mehrere kolumbianische Akteure waren dabei als Funktionsträger aktiv. So war Pastrana Gründungsmitglied der UPLA und Vizepräsident der IDC-CDI. Carlos Holguín war Vizepräsident der IDU. Der PC hat bisher innerhalb der ODCA eine aktive Rolle gespielt, beispielsweise in den Diskussionen um die Rolle der Frau als Akteur des sozialen Wandels. Weitere Themen, mit denen Kolumbien als Akteur in der ODCA gearbeitet hat, sind *Good Governance*, Friedensprozesse, Stärkung von Parteien, politisches Marketing und öffentliche Verwaltung.

Kooperation der KAS

Aufgrund der erwähnten innerparteilichen Spannungen hat sich die Kooperation der KAS in den vergangenen Jahren auf Mitglieder der *Corporación Pensamiento Siglo XXI* konzentriert. Ziel war es, eine Plattform zu bilden, um den Dialog mit verschiedenen Strömungen aufzunehmen und gleichzeitig, die stärker inhaltlich statt personenfixierte Arbeit der Partei zu fördern. Außerdem sollte erreicht werden, die KAS aus den Flügelkämpfen herauszuhalten. *Siglo XXI* hat sich allerdings nicht als übergreifende Plattform etablieren können (was vielleicht auch kaum möglich ist). Doch sind einerseits die Arbeit mit Nachwuchspolitikern und andererseits die zahlreichen und zum Teil sehr anerkannten Publikationen nicht zu unterschätzen.

Die gegenwärtige Strategie der KAS gegenüber dem PC besteht aus einer Äquidistanz und Offenheit gegenüber allen Fraktionen, in einer Annäherung durch Inhalte statt Personen, und in der Pflege von guten Beziehungen zur Regierung unter Präsident Uribe. Dies geschieht auch über Inhalte wie den Friedensprozess und Beratungen bei Verfassungsreformen. Damit wird indirekt auch das übrige, zersplitterte Mitte-Rechts-Spektrum integriert, das in wichtigen Fragen die gleichen Ziele teilt wie der PC.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Beziehungen der KAS zur Regierung derzeit intensiver sind als zum PC. Neben Carlos Holguín in seiner Rolle als Minister bestehen gut entwickelte Kontakte zum Präsidenten Uribe und zu seinen beiden Beratern Fabio Valencia und José Obdulio Gaviria. Die persönlich sehr vertrauensvolle und enge Beziehung zum Vize-Justizminister Guillermo Reyes konnte fortgesetzt werden.

Für die Arbeit der KAS mit *Siglo XXI* war in den letzten Monaten eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Durch die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages wird die Zusammenarbeit intensiviert. *Siglo XXI* hat sich als Ziel gesetzt, eine führende Rolle als *Think Tank* der politischen Mitte zu spielen.

Dr. Carsten Wieland

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Kolumbien

11. KUBA

Politische Rahmenbedingungen

Nach dem Muster der ehemaligen Ostblockstaaten unter Führung der Sowjetunion steht auch in Kuba die Kommunistische Partei PCC (*Partido Comunista de Cuba*) formal im Zentrum der Macht. Nach Artikel 5 der Verfassung ist sie die „führende Kraft der Gesellschaft“. Rund zehn Prozent der Bevölkerung gehören ihr an, hinzu kommt ein ausgeklügeltes System von Basis-, Massen- und Hilfsorganisationen wie den Komitees zur Verteidigung der Revolution (*Comités de Defensa de la Revolución*, CDR) – den „Augen und Ohren der Revolution“. Der Marxismus-Leninismus ist Staatsideologie. Die „Institutionalisierung der Revolution“ auf Kuba und die formale Trennung von Staatsapparat und Partei hat allerdings erst spät – Mitte der 1970er Jahre – eingesetzt, dem Jahr, in dem die Kommunistische Partei ihren 1. Parteitag beging. Daran allerdings, dass auf Kuba die Partei das Instrument des Revolutionsführers Fidel Castro Ruz ist, änderte sich auch anschließend nichts. Erst mit seiner Krankheit beginnt sich die Rolle der Partei zu ändern, eine Art kollektive Führung rückt ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Auch gilt Fidels Bruder Raúl, dem er seine eigenen Ämter für die Zeit der Abwesenheit von der Macht übertragen hat, als Mann des Apparats, nicht zuletzt in Ermangelung eigenen Charismas. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass bisher im „tropischen Sozialismus“ klassische *Caudillo*-Traditionen überlebten und zum langen Bestand des kubanischen Modells beigetragen haben.

Er ist jetzt auch Vorsitzender des Staatsrates, dem gemäß der Verfassung formell höchsten Organ der kubanischen „Republik“, eine Präsidialfunktion, die mit der des Oberbefehlshabers der Streitkräfte gekoppelt ist. Das Militär spielt als Stütze des Regimes eine zentrale Rolle, die sich auch auf die Kontrolle wichtigster Teile der kubanischen Wirtschaft erstreckt. Ferner hat er Fidels Funktion als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas übernommen. International ist der PCC der *Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL) angeschlossen.

Die Nationalversammlung, das „Parlament“ Kubas, wird von der PCC und ihren Trabanten beherrscht, unabhängigen Kandidaten gelang es nicht, jemals eine Wahlzulassung zu erlangen. Entsprechende Versuche der demokratischen Opposition scheiterten und brachten den Beteiligten Verfolgung und Haft ein. Man geht nicht fehl, das kubanische System im klassischen Sinne als totalitär zu bezeichnen. Pluralismus und Parteienwettbewerb sind entsprechend ausgeschlossen. Oppositionsparteien gibt es gleichwohl: Ihre Exponenten – zum Beispiel im christlich-demokratischen und im sozialdemokratischen Spektrum – finden sich auf der Insel selbst, der Schwerpunkt der eigentlichen Parteiarbeit findet im Ausland statt und bereitet sich auf den Moment vor, wo Transformationsprozesse auf Kuba selbst Voraussetzungen für parteipolitisches Engagement und Wahlbeteiligungen zulassen.

Partnerparteien

Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung sind die vier kubanischen Parteien, die auch Mitglieder der ODCA und der IDC sind: *Partido Demócrata Cubano* (PDC – der Vorsitzende Marcelino Miyares ist auch Vizepräsident der ODCA), *Movimiento Cristiano Liberación* (MCL, mit der Führungsfigur Oswaldo Payá Sardiñas, Sajarow-Preisträger des Europäischen Parlaments und Gründer des sogenannten Varela-Projekts), *Directorio Democrático Cubano* und *Proyecto Democrático Cubano*.

Da offene Parteiarbeit auf Kuba selbst nicht möglich ist, konzentriert sich die Arbeit der Parteien mit dem Zentrum Miami/Florida sowohl auf die Informationsarbeit im Exil als auch auf die vielfältige Hilfe der Demokraten auf der Insel selbst. Den genannten Exilparteien ist das problematische Image des „Exils in Miami“ durchaus bewusst. Aktuelle Initiativen tragen dem Rechnung. So zeigte ein 2007 dort organisiertes gemeinsames Seminar der vier Parteien neue Ansätze der Arbeit auf, die sich sehr konkret an den Lebensbedingungen der Kubaner auf Kuba orientiert. Initia-

tiven wie *„Con la misma moneda“* – sie klagt gleiche Zahlungsmittel für alle Kubaner ein – oder *„Y yo – porqué no puedo“* – hier werden ganz normale Bürgerrechte wie etwa freier Internetzugang reklamiert – erweitern das Spektrum der Ansprache kubanischer Bürger. Auch hat man gerade die jungen Kubaner auf Kuba und im Exil als zentrale Zielgruppe entdeckt: *„Radio República“*, eine Initiative des *Directorio*, spricht ganz gezielt junge Hörer auf Kuba an, ferner unterstützt man Jugendinitiativen etwa bei der Forderung nach Wiederzulassung der Autonomen Universitäten, die es vor der Revolution auf der Insel gab.

Gleichwohl ist das Verhältnis der Parteien untereinander nicht unbelastet. Gegenseitiges Misstrauen findet sich im Exil, wie auch auf der Insel selbst – verständlich angesichts der sehr aktiven Infiltrationsarbeit des kubanischen Sicherheitsapparats. Auch gibt es Positionskämpfe um internationale Aufmerksamkeit und internationale Unterstützung, die von persönlichem „Protagonismus“ begleitet werden. Auch in zentralen Fragen, z.B. der Einstellung zur Embargopolitik der USA, existieren unterschiedliche Auffassungen, wie etwa beim Kuba-Forum der KAS in Berlin 2007 deutlich wurde. Meist werden diese Unterschiede und solche im mehr „ideologischen“ Bereich gleichwohl – ebenso wie auf Kuba selbst – zurückgestellt hinter das gemeinsame Ziel, erst einmal die Diktatur zu beseitigen, Menschenrechte, Pluralismus und freie Wahlen zu ermöglichen. Für parteipolitische Differenzierung bleibt dann immer noch Zeit.

Kooperation der KAS

Institutionalisiert ist die Kooperation durch die Mitgliedschaft der genannten Parteien in ODCA und IDC. Zu ihren Führungen und zentralen Funktionsträgern bestehen enge Kontakte.

Die ODCA-Führung hat immer wieder versucht, Kuba auf der politischen Agenda zu platzieren und internationale Aufmerksamkeit für die Anliegen der demokratischen Opposition zu mobilisieren. Eingebettet ist dies nicht zuletzt in die Auseinandersetzung mit einem erstarkten Links-Populismus in Lateinamerika unter Führung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, der sich am Leitbild seines Freundes Fidel Castro orientiert.

Herzstück für die Arbeit und Kooperation der Konrad-Adenauer-Stiftung sind die Initiativen von Oswaldo Payá auf Kuba selbst. Mit seiner Unterschriftensammlung für ein Verfassungsreferendum (*Proyecto Varela*) und Initiativen wie *„Todos Cubanos“* zur Sammlung der kubanischen Opposition und Vorbereitung gemein-

samer Standpunkte zur Demokratisierung des Landes trägt er der Einschätzung Rechnung, dass eine Veränderung nur aus Kuba selbst kommen kann und die Kubaner auf der Insel die zentralen Träger eines solchen Prozesses zu sein haben. Mit Oswaldo Payá setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung zudem auf eine persönlich integre und glaubwürdige Führungsfigur, die sich klar zu christlich-demokratischen Grundsätzen bekennt. Die Unterschriftenaktionen haben zudem zu einer gewissen Datenbasis geführt, auf die sich im Falle der Möglichkeit offener Parteiarbeit zurückgreifen lässt, um eine Parteiorganisation aufzubauen, die so als solche derzeit nicht existiert.

Zentrale Bedeutung hat für die Konrad-Adenauer-Stiftung aber auch die Informations- und Lobbyarbeit zugunsten der Demokratisierung auf Kuba. Dies begegnet traditionell der Schwierigkeit einer öffentlichen Meinung, die aus unterschiedlichsten Motiven nach wie vor eine positive Grundeinstellung zur kubanischen Revolution und zur Person von Fidel Castro selbst bewahrt hat. Dies gilt nicht zuletzt für Journalisten- und Intellektuellenkreise. Zu der auch in Europa und der EU anzutreffenden Tendenz, gute Beziehungen und vor allem Wirtschaftskontakte nicht von „lästigen Menschenrechtsfragen“ belasten zu lassen, kommt ein gewisser Werterelativismus und die Neigung, Links-Diktaturen anders zu sehen und zu behandeln als solche von rechts. Umso wichtiger ist Aufklärungsarbeit und Unterstützung von kubanischen Demokraten, die durch internationale Aufmerksamkeit zusätzlich einen gewissen Schutz vor staatlichen Übergriffen erfahren. Dies gilt gerade für weniger bekannte und junge Dissidenten.

In dieser Arbeit hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in der zurückliegenden Zeit wichtige Zeichen gesetzt. Herausragend war die Verbreitung der Initiativen des „Varela-Projekts“ und „*Todos Cubanos*“, auch mit entsprechenden Übersetzungen. Internationale Kongresse und Seminare, wie zuletzt die Veranstaltung in Berlin, werden inner- und außerhalb Kubas bei den Demokraten als überaus hilfreich empfunden. Die Lobby-Arbeit gegen eine weitere Aufweichung der EU-Menschenrechtsposition gegenüber Kuba kommt hinzu.

Die Kooperation mit den kubanischen Parteien wird seitens der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Büro in Mexiko koordiniert. Allerdings gibt es weitere wichtige Initiativen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, wobei die Kuba-Arbeit des KAS-Partners CADAL (*Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina*) in Argentinien besondere Erwähnung verdient.

Eingebettet ist die Arbeit der KAS auch in internationale Kooperationen mit Kuba- und Menschenrechtsinitiativen, nicht zuletzt in die mit der tschechischen Organisation *People in Need* oder mit dem internationalen Zentrum der schwedischen Christdemokraten, das regelmäßig eine exzellente Kuba-Zeitung publiziert.

Zukünftig wird es für die KAS darum gehen, den Transitionsprozess auf Kuba weiterhin aufmerksam zu beobachten, die direkten Verbindungen zu den Demokraten auf der Insel und speziell den dortigen Christdemokraten zu stärken und auszubauen sowie, im Rahmen der Möglichkeiten, Vorbereitungen für eine Arbeit auf Kuba selbst zu treffen. Diese wird, im Falle einer wirklichen Öffnung, wirkungsvoll dann nur mit einem Büro vor Ort zu leisten sein. Momentan ist allerdings nicht absehbar, wann dies der Fall sein könnte.

Der weitere Verlauf der offenkundigen Transitionsphase und die Vorbereitung auf eine Nach-Castro-Ära (was sowohl Fidel als auch Raúl einschließt) ist unübersichtlich. Szenarien schwanken von einem „chinesischen Modell“ wirtschaftlicher Öffnung und später schrittweise folgender gesellschaftlicher Öffnung bis hin zur Erwartung eines Zusammenbruchs. Die zurückliegenden Monate haben allerdings gezeigt, dass die Lage trotz der physischen Abwesenheit Fidel Castros stabil geblieben ist. Eine verbesserte Wirtschaftslage Kubas und massive Unterstützung von außen, insbesondere aus Venezuela, haben dazu einen Beitrag geleistet.

Auch darf nicht unterschätzt werden, dass viel mittelständisches Demokratiepotezial in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten die Insel verlassen hat und der Exodus weiter anhält. Die „Zurückgebliebenen“ eint auch eine gewisse Angst vor dem Neuen, vor dem „eiskalten Hauch der Globalisierung“, vor Rückgabeforderungen verstaatlichten Eigentums seitens eventueller Rückkehrer, gar vor Strafverfolgung. Die kubanischen Eliten, inklusive des Militärs, fürchten den Verlust von Privilegien. Gleichzeitig ist die offene kubanische Opposition schwach und wenig organisiert. Anrainerstaaten wie die USA, Mexiko und verschiedene Karibik-Staaten fürchten neue Wellen von Massenflicht von der Insel, was ihr Interesse an stabilen Verhältnissen untermauert. Lohnend scheint es angesichts dieser Perzeptionen daher vor allem zu sein, Beispiele von Versöhnungsprozessen nach Transitionsphasen in anderen Weltgegenden als Anschauungsmaterial anzubieten: Fälle wie Chile, Südafrika, Spanien nach Franco, mitteleuropäische Beispiele oder auch der Prozess der deutschen Wiedervereinigung

bieten sich in all ihren Facetten, nicht zuletzt den juristischen und den wirtschaftlichen, an.

Frank Priess
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Mexiko

12. MEXIKO

Politische Rahmenbedingungen

Mexiko hat ein Präsidialsystem mit einer immer stärker ausgeprägten Funktion des Zweikammer-Parlaments aus Abgeordnetenhaus und Senat. Zu Zeiten der rund siebzugjährigen Quasi-Einparteien-Herrschaft des PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) war der Präsident deshalb stark, weil er für sechs Jahre gleichzeitig der unbestrittene Führer einer korporativ aufgebauten Partei war, die seine Wünsche weitgehend auf allen legislativen Ebenen exekutierte. Seit 2000 und der Amtsübernahme von Vicente Fox Quesada vom PAN (*Partido Acción Nacional*) ist dieses System aufgebrochen und die institutionelle Schwäche der Präsidentschaft ans Licht gekommen: Wenn er im Parlament über keine eigene Mehrheit verfügt, drohen wirkungsvolle Blockaden. Sein Veto gegen Kongress-Initiativen kann von diesem mit Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmt werden.

Der Präsident wird in Mexiko auf sechs Jahre gewählt. Ebenso wie die ebenfalls auf sechs Jahre gewählten Senatoren kann er nicht wiedergewählt werden. Die Abgeordneten werden auf jeweils drei Jahre gewählt – hier ist „nur“ eine direkte Wiederwahl ausgeschlossen (ebenso übrigens wie bei den Bürgermeister und Stadträten – die institutionell starken Gouverneure der 32 Bundesstaaten inkl. des Bundesdistrikts D.F. werden ebenfalls ohne Wiederwahlmöglichkeit auf sechs Jahre gewählt). Bei den Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen gewinnt, unabhängig von der Wahlbeteiligung, dem absoluten Wahlergebnis und dem Verhältnis zu den nachfolgend platzierten Kandidaten derjenige, der die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Eine Stichwahl ist nicht vorgesehen.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Senat gibt es ein Mischsystem aus Direkt- und Listenkandidaten. Auf die Aufstellung der Listen haben die nationalen Parteiführungen einen starken Einfluss – teilweise stehen ihr auf bundesstaatlichen Listen exklusive vordere Plätze zur Besetzung zur Verfügung. Gerade das Prinzip der Nicht-Wiederwahl stärkt die Parteiführungen: Parlamentarier müssen sich eher um ein gu-

tes *standing* in der Partei und gegenüber der jeweiligen Führung bemühen als um eine besondere Wertschätzung bei ihren Wählern. Auch verhindert dieses Prinzip eine stärkere Professionalisierung und Spezialisierung der Parlamentsarbeit.

Mexiko verfügt über ein unabhängiges Wahlinstitut, das sogenannte IFE (*Instituto Federal de Elecciones*), das für Wahldurchführung, Wahlregeln und Wahlkontrolle zuständig ist. Als Appellationsinstanz gibt es das nationale Wahlgericht *Tribunal Electoral del Poder Judicial de la Federación* (TRIFE). Festgeschrieben ist eine überaus großzügige Parteienfinanzierung, die relativ frei eingesetzt werden kann. In Wahlkämpfen floss bisher das Gros davon in Fernsehwerbung. Eine neue Reformgesetzgebung verbietet Parteien künftig den Kauf von Werbezeit in Hörfunk und Fernsehen – sie sind künftig auf die sogenannte „Staatszeit“ angewiesen, die vom IFE verwaltet und nach einem bestimmten Schlüssel auf die Parteien verteilt wird.

Parteiensystem

Auf nationaler Ebene gibt es ein vergleichsweise konsolidiertes Drei-Parteien-System aus PAN, PRI und PRD (*Partido de la Revolución Democrática*). Verschiedene kleinere Parteien, von denen die Grünen, der der Lehrgewerkschaft nahestehende PANAL (*Partido Nueva Alianza*) und die Sozialdemokratische Allianz (*Partido Alianza Social*, PAS) die relevantesten sind, ergänzen das Bild. Daneben sind die Arbeiterpartei *Partido del Trabajo* (PT) und die Partei *Convergencia* dem PRD im sogenannten *Frente Amplio Progresista* verbunden, einer Fortschreibung einer entsprechenden Wahlallianz des Jahres 2006.

Der PRI ist dabei nach wie vor eine korporativ strukturierte *catch all-party* ohne klare ideologische Ausrichtungen, sieht man einmal vom nationalistisch motivierten Rekurs auf die Errungenschaften der mexikanischen Revolution ab. Da nach dem Verlust der Präsidentschaft ein klares Machtzentrum fehlt, ist die Partei eher auf den Status einer Koalition lokaler Machtakteure zurückgefallen, in der die Gouverneure eine zentrale Rolle spielen. Derzeit schlachtet sie die Kooperationsnotwendigkeit der PAN-Bundesregierung nach Kräften, erfolgreich und pragmatisch aus. Dies könnte sich ändern, sobald sich die Zwischenwahlen 2009 und die Weichenstellungen für die Präsidentschaftskandidatur 2012 nähern. Bei den Regionalwahlen 2006 und 2007 machte sich die Kooperationsstrategie für die Partei jedenfalls bezahlt.

Der PRI ist Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI), gleichzeitig aber auch Protagonist des linksorien-

tierten lateinamerikanischen Parteienbündnisses *Conferencia de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL), das in den zurückliegenden Jahren allerdings an Bedeutung verloren hat. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Kooperation mit dem PRI eingestellt und konzentriert sich mittlerweile auf Teile des PRD, der ebenfalls Mitglied der SI und der COPPAL ist. Das Ziel dabei: Weiterentwicklung des PRD zu einer modernen sozialdemokratischen Partei. Diese Strategie allerdings erleidet derzeit heftige Rückschläge. Der PRD – traditionell ein bunt schillerndes Bündnis diverser Organisationen und Verbände des linken Spektrums und PRI-abtrünniger Persönlichkeiten – ist in heftige interne Machtkämpfe verstrickt und hat nach den eigentlich erfolgreichen Wahlen 2006 schwere Rückschläge erlitten. Dies ist nicht zuletzt auf das Verhalten des ehemaligen Spitzenkandidaten Andrés Manuel López Obrador zurückzuführen, der den PRD in eine Fundamentalopposition zwingen will und gleichzeitig auf persönlichen Loyalitäten basierte Parallelstrukturen aufbaut. Der PRD wird sich entscheiden müssen, ob er eine echte Partei mit Machtanspruch werden oder eher eine soziale Bewegung mit punktuellen Wahlerfolgen bleiben will. Bisher jedenfalls ist von einer erfolgreichen Doppelstrategie von Parlamentsarbeit einerseits und Massenbewegung auf der Straße wenig zu sehen. Erwähnenswert noch, dass die Friedrich Naumann-Stiftung auf eine Kooperation mit dem *Partido Nueva Alianza* (PANAL) setzt. Wirklich liberale Elemente sind dort allerdings für den unabhängigen Beobachter nur schwer erkennbar. Die beiden anderen deutschen politischen Stiftungen mit Präsenz in Mexiko – die Heinrich Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung – verfügen über punktuell thematisch Ansatzpunkte mit Gruppen aus dem PRD-Spektrum und setzen auf die sogenannte Zivilgesellschaft.

Bei den Wahlen am 2. Juli 2006 behauptete der PAN die Präsidentschaft des Landes und wurde mit rund 40 Prozent der Sitze erstmals stärkste Kraft in beiden Parlamentskammern. Der PRD erreichte sein bisher bestes Ergebnis und wurde im Abgeordnetenhaus zweitstärkste und im Senat knapp hinter dem PRI drittstärkste Fraktion. Ein Debakel erlebte der PRI, der sich im Senat nur als zweitstärkste und im Abgeordnetenhaus als drittstärkste Kraft behaupten konnte. Auf regionaler Ebene sieht das Bild anders aus: hier stellt der PRI nach wie vor die meisten Gouverneure und Bürgermeister, gefolgt von PAN und PRD. Dem PRD gelang es immerhin, den wichtigen Bürgermeisterposten der Hauptstadt mit rund 50 Prozent der abgegebenen Stimmen zu verteidigen. Augenfällig ist eine gewisse Spaltung des Landes: Während vor allem der entwickeltere Norden PAN-nah wählt, sind der Süden und Südosten eine Bastion von PRI und PRD.

Partnerpartei

Partnerpartei der Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit Jahrzehnten der PAN. Die Partei wurde 1939 gegründet und steht derzeit glänzend da – zumindest, was die aktuellen Wahlergebnisse angeht. Sie hat die nationale Präsidentschaft verteidigt – 2000 gewann mit Vicente Fox Quesada nach sieben Jahrzehnten PRI-Herrschaft erstmals ein PAN-Politiker, der Erfolg wurde 2006 von Felipe Calderón Hinojosa verteidigt – und regiert neun Bundesländer (PRI 17, PRD 6 inkl. Hauptstadt distrikt D.F.). In Senat und Abgeordnetenhaus stellt sie jeweils die mit Abstand stärkste Fraktion (52 Sitze von 128 im Senat und 206 von 500 im Abgeordnetenhaus). Gleichwohl braucht sie Bündnispartner im Parlament, um aktiv Politik durchsetzen zu können. Ihre Stimmen reichen umgekehrt aus, um zusammen mit dem Präsidenten-Veto alle ihr nicht-genehmen Gesetzesinitiativen zu blockieren.

Die Partei hat derzeit rund eine Million Mitglieder (bei den internen Wahlen des Präsidentschaftskandidaten am 11. September und am 3. Oktober 2005 beteiligten sich aktiv 311.825 von ihnen). Programatisch vereint sie christlich-soziale Elemente mit konservativen und liberalen Aspekten. Hier ähnelt sie durchaus der CDU. Der Terminus „Soziale Marktwirtschaft“ wird auch vom PAN für die Beschreibung der Wirtschaftsordnung verwendet, die man für Mexiko anstrebt. Bei Themen wie Familie, Rolle der Frau, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Abtreibung oder Sterbehilfe finden sich fast analoge interne Debatten entlang der Grundfrage: was gehört zum grundsätzlichen Traditionsbestand der Partei, zu ihrer Wertebasis, und wie passt dies zur Entwicklung einer modernen, mobilen, arbeitsteiligen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft?

Die generöse staatliche Parteienfinanzierung – sie liegt deutlich über deutschen Verhältnissen – ermöglicht der Partei eine hervorragende Organisationsstruktur mit einer schlagkräftigen Bundesgeschäftsstelle und professioneller Wahlkampfführung auf allen Ebenen. Dem Parteivorstand stehen sogenannte *secretarios* hauptamtlich für alle wesentlichen Aspekte des Parteilebens zur Verfügung.

Seit 1998 gehört der PAN der Regionalorganisation ODCA und der IDC an. Lange gab es hier Probleme, nicht zuletzt mit der Bezeichnung „christlich-demokratisch“, die in Mexiko „kirchlich“ interpretiert wird und seit den Zeiten der Mexikanischen Revolution eine problematische Konnotation aufweist. Schon vor der formalen Mitgliedschaft aber gab es enge Beziehungen nicht zuletzt nach Deutschland, gefördert vor allem

vom damaligen PAN-Präsidenten und Vordenker Carlos Castillo Peraza. Fast seit Beginn der Mitgliedschaft hat der PAN mit Felipe Calderón und Luis Felipe Bravo Mena Vizepräsidenten der ODCA gestellt, seit November 2006 stellt er mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Manuel Espino Barrientos auch den ODCA-Präsidenten. Dieser Wahl waren allerdings heftige interne Turbulenzen vorausgegangen, die von einigen der Beteiligten als politischer Richtungsstreit interpretiert werden: klassische Christdemokratie vs. Rechtsverschiebung Richtung „Zentrum- und Volkspartei-Prinzip“. Beim IDC-Kongress in Rom wurde im Herbst 2007 zudem der mexikanische Ex-Präsident Vicente Fox Quesada zum Ko-Präsidenten der Organisation gewählt.

Konflikte gibt es aktuell in der Partei, die sich aber eher personal- und interessenpolitisch festmachen lassen, als dass sie Grundsätzliches berühren. Sie führten dazu, dass die Vorstandswahlen des PAN, ursprünglich für März 2008 vorgesehen, auf Dezember 2007 vorgezogen wurden. Gewählt wurde der bisherige Minister für öffentliche Angelegenheiten, Germán Martínez. Einige Konflikte haben ihren Ursprung in der Tatsache, dass sich die Partei nach sieben Jahrzehnten Opposition immer noch nicht vollkommen in der Rolle als Regierungspartei eingewöhnt hat. Viele Parteimitglieder sind einerseits frustriert darüber, wie wenig sich in ihren Augen von den Grundpositionen der Partei in konkretes Regierungshandeln übersetzen lässt – eine Frustration, die sich bis zu Gedankenspielen zur Gründung einer neuen Partei erstreckt. Da Parteivorsitz und Präsidentschaft des Landes bzw. die Rolle des Regierungschefs (im mexikanischen System ist der Präsident beides) nicht in einer Hand liegen, wird ein einheitliches öffentliches Erscheinungsbild zusätzlich erschwert. Bisher hat dies allerdings in keinem Fall dazu geführt, dass Partei und Parlamentsfraktionen dem Präsidenten bei Abstimmungen die Gefolgschaft verweigert hätten. Insgesamt muss nach wie vor von einer hohen Parteidisziplin gesprochen werden.

Die Politische Bildung und Weiterbildung nimmt in der Partei einen hohen Stellenwert ein. Getragen wird sie von der *Fundación Rafael Preciado Hernández* (FRPH), aber auch von den Stiftungen der Senats- und der Parlamentsfraktion der Partei. In den Bundesstaaten gibt es weitere politische Stiftungen mit sehr unterschiedlichem Gewicht. Gerade dort, wo der PAN bei den Wahlen schlecht abschneidet, sind auch Strukturen der Partei selbst und ihre Vorfeldorganisationen schwach. Hier wird von der nationalen Ebene aus zu wenig investiert – abgestimmte Strategien, wie die Lage zu verbessern wäre, fehlen. Aktuell ist der Leiter der Stiftung FRPH auch *secretario* des PAN für Aus-

und Weiterbildung – die Stiftung selbst ist Teil der Parteistruktur.

Kooperation mit der KAS

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet seit vielen Jahren eng mit der PAN auf allen Ebenen zusammen, vor allem mit den PAN-Stiftungen. Die Abstimmung erfolgt im Grundsätzlichen direkt mit der Parteiführung, vor allem mit dem Parteivorsitzenden. Es gibt regelmäßige Koordinierungstreffen. Auch zu den Hauptamtlichen in der Parteiführung bestehen enge und gute Beziehungen, nicht zuletzt mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Wahlkampf – so gibt es im Bereich der politischen Kommunikation gemeinsame Projekte mit der KAS in Mexiko, aber auch dem Regionalprogramm Medien der KAS und jüngst mit dem Programm zur politischen Partizipation der *indígenas* (PPI-Programm) – sowie der *secretaria* für die Verbindungen zur Zivilgesellschaft. Erweitert hat sich die Kooperation auf die bundesstaatliche Ebene, jüngst etwa bei der Mitwirkung an der Erarbeitung der wirtschaftspolitischen Inhalte für das Wahlprogramm der Partei im Bundesstaat Hidalgo.

Verstärkt werden könnte die Zusammenarbeit noch – dies wurde oben bereits angedeutet – wo es um das Zusammenspiel zwischen Partei, Stiftungen und politischen Vorfeldorganisationen gerade dort geht, wo der PAN schwach ist, sowohl geographisch als auch zielgruppenspezifisch. Hier sind die Erfahrungen der Konrad-Adenauer-Stiftung sicher noch besser anwendbar, etwa wenn man an Initiativen in Deutschland wie die Kulturarbeit, die Journalistische Nachwuchsförderung, den Preis Soziale Marktwirtschaft oder den Lokaljournalistenpreis denkt. Auch in Mexiko hat eine christlich-demokratisch-konservativ orientierte Partei Schwierigkeiten beim Zugang gerade zu intellektuellen Milieus. Die Stiftungsarbeit kann hier Brücken bauen und helfen, Vorbehalte auf beiden Seiten zu reduzieren. Auch für den PAN muss es weiter darum gehen, junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren, aber auch bisher eher marginalisierte Gruppen für aktive Partizipation zu gewinnen.

Von den Parlamentsfraktionen bzw. einzelnen Abgeordneten und Senatoren wird die KAS konkret für punktuelle Politikvorhaben nachgefragt. Eine ganz wichtige Rolle dabei spielt das regionale Rechtsstaatsprogramm der KAS, das einen wesentlichen Teil seiner Arbeit auf Mexiko konzentriert. Zu erwähnen ist hier etwa der Aspekt der im Land hochkontroversen Medienpolitik mit den dazugehörigen medienrechtlichen Grundlagen. Bei aktuellen Aspekten von Wahlrechts- und Politikreform gilt dies analog.

Austauschprogramme mit Deutschland gehörten in den vergangenen Jahren regelmäßig zum Kooperationsprogramm. Im Frühjahr 2007 waren kommunalpolitisch orientierte Senatoren der Partei in Deutschland, im Oktober 2007 wurde ein Parlamentarierprogramm zu außenpolitischen Themen in Berlin und Straßburg realisiert. Der bis Ende 2007 amtierende Parteivorsitzende Manuel Espino war zuletzt zu einem Besuchsprogramm im Herbst 2006 in Deutschland und hat 2007 an der Kuba-Konferenz der Stiftung in Berlin teilgenommen. Präsident Calderón hat Deutschland im Verlauf des Jahres 2007 bereits zweimal besucht. Regelmäßig gab es mexikanische Teilnehmer an den *Summer School*-Aktivitäten der KAS: dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer sehr engen Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation des PAN, *Acción Juvenil*. Die Nachwuchsförderung nimmt in der Kooperation KAS-PAN-FRPH eine besondere Stellung ein.

Nicht zu trennen von der Kooperation mit dem PAN ist in Mexiko derzeit die Kooperation mit der ODCA. Auch übernehmen PAN-*secretarías* und FRPH explizit Funktionen in der ODCA-Arbeit, z.B. jüngst bei der Realisierung des ODCA-*diplomados*. Bei der Zusammenarbeit mit der ODCA kommt es für die KAS darauf an, von keiner Seite bei internen Macht- und Positionskämpfen vereinnahmt zu werden und deutlich zu machen, dass die Kooperation institutionell und nicht rein persönlich fundiert ist.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Kooperation in struktureller Hinsicht kaum verbesserungsfähig ist. Die KAS verfügt mit dem PAN und seinen Institutionen in Mexiko über einen leistungsfähigen und einflussreichen politischen Partner, der zudem an einer engen Kooperation mit der Stiftung (und der CDU) überaus interessiert ist. So gesehen bestehen auch keinerlei Zugangsprobleme, um Anliegen und Beratungsinitiativen an der richtigen Stelle zu platzieren. Der Schwerpunkt liegt dabei eindeutig auf Dialog und Erfahrungsaustausch, weniger auf Wissensvermittlung: die Partei hat auf vielen Feldern ein professionelles Niveau, das dem in Deutschland nicht nachsteht. So ist eine Beziehung auf Augenhöhe möglich, die sich über Mexiko hinaus nutzbringend gestalten lässt.

Frank Priess
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Mexiko

13. NICARAGUA

Politische Rahmenbedingungen

Nach der Unabhängigkeit 1838 wurde die politische Entwicklung des Landes vom Kampf zwischen liberalen und konservativen Parteibewegungen bestimmt, den die USA im 19. Jahrhundert durch militärisches Eingreifen zugunsten der liberalen Partei entschieden. In den 1930er Jahren kam es zum Bürgerkrieg, in dessen Verlauf der General Augusto Sandino die amerikanischen Truppen zwang, das Land zu verlassen.

1937 übernahm Anastasio Somoza García aus der liberalen Partei die Macht und baute sie aus zu einer Militärdiktatur. Nach seiner Ermordung 1956 trat sein Sohn Anastasio Somoza Debayle die Präsidentschaft an und führte die Diktatur fort.

Unter der Führung des bereits 1961 gegründeten *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) kam es schließlich zu einem kurzlebigen bewaffneten Volksaufstand gegen die Somoza-Diktatur und zur Machtübernahme der Sandinisten 1979. Vorausgegangen war eine Solidarisierung bürgerlicher Kräfte mit dem FSLN nachdem die Familie Somoza den überwiegenden Teil der internationalen Hilfe anlässlich des verheerenden Erdbebens von 1976 vereinnahmt und die Ermordung des einflussreichen Zeitungsbesitzers Pedro Joaquín Chamorro im Jahre 1978 zu verantworten hatte.

Der FSLN kontrollierte das politische Geschehen bis 1990 mit Daniel Ortega als Präsidenten. In dieser Zeit wurden umfangreiche Reformen nach dem sozialistischen Gesellschaftsmodell durchgeführt. Das innenpolitische Klima wurde von der Weigerung des FSLN geprägt, vereinbarungsgemäß im Jahre 1980 freie Wahlen durchzuführen. Dadurch wurde der Konsens mit den bürgerlichen Kräften gebrochen und die Sandinisten begannen unter gravierenden Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten ein Hegemonialparteienregime zu errichten. Entscheidend beeinflusst wurde die sich vollziehende innenpolitische Entwicklung zudem durch den anti-sandinistischen Kurs der USA („Contra-Krieg“) in den Jahren 1981 bis 1990. Ein von Europa unterstützter Friedensplan (Esquipulas-Abkommen) ermöglichte schließlich Verhandlungen und einen friedlichen Wandel durch Wahlen.

In international überwachten Wahlen gewann 1990 ein breites oppositionelles Bündnis, *Unión Nacional Opositora* (UNO), unter Violetta Chamorro. Sie been-

dete noch im gleichen Jahr den Contra-Krieg und versuchte die direkte Konfrontation mit der sandinistischen Opposition zu vermeiden. Auch führte der Regierungswechsel zur Normalisierung der Beziehungen zu den USA, doch stand die Regierung Chamorro unter massivem Druck, die Wirtschaft zu privatisieren und Ländereien zurückzugeben. Insgesamt nahm die Polarisierung zwischen Sandinisten und Anti-Sandinisten zu und bestimmte die politische Entwicklung ab den 1990er Jahren.

1995 wurde die sandinistische Verfassung von 1987 dahingehend geändert, dass das Parlament gegenüber den Präsidenten mehr Rechte bekam. Im Jahre 2000 kam es zu weiteren partiellen Verfassungsreformen und Änderungen der politischen Rahmengesetzgebungen (wie z.B. des Wahl- und Parteiengesetzes), die dazu führten, dass die demokratische Gewaltenteilung geschwächt und die staatliche Institutionalität politisiert wurde. Ausgangspunkt war der sogenannte „politische Pakt“ (*Pacto Político*) zwischen der Liberalen Partei und dem FSLN zur Sicherung der politischen Hegemonie beider Parteien. Er gipfelte in Verfassungsänderungen, die die personelle Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes, des Rechnungshofes sowie des Obersten Wahlrates um Vertreter beider Parteien in einer Form erweitert haben, dass diese Institutionen de facto vom PLC und dem FSLN kontrolliert werden.

Im Jahre 2005 wurden weitere Verfassungsreformen verabschiedet, die allerdings erst mit der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten werden. Diese nehmen dem Präsidenten als Spitze des Staates und der Regierung wichtige Exekutivfunktionen, wie Ernennung der Minister, der Botschafter, Leiter staatlicher Spitzeninstitutionen etc. und legen sie in die Hand des von den „Paktparteien“ beherrschten Parlaments. Durch die partiellen Verfassungsreformen, die allerdings den Kern der bis dahin geltenden Verfassung von 1995 veränderten, vermieden es die beiden „Paktparteien“, die Macht an eine Verfassungsgebende Versammlung mit allen ihren politischen Unwägbarkeiten abzugeben.

Nicaragua ist trotzdem laut Verfassung weiterhin eine Präsidialdemokratie auf der Grundlage einer schwach ausgeprägten demokratischen Kultur. Der Präsident wird für eine fünfjährige Amtszeit gewählt, eine direkte Wiederwahl ist nicht möglich.

Administrativ ist das Land in 15 Departments, zwei autonome Regionen und 153 Gemeinden aufgeteilt. Die beiden autonomen Regionen verfügen über eine indigene Selbstverwaltung auf der Grundlage separater Regionalwahlen.

Die Legislative (Nationalversammlung) umfasst mindestens 90 Abgeordnete (zusätzliche Sitze erhalten der aus dem Amt scheidende Präsident sowie der bei den Präsidentschaftswahlen unterlegene stimmenstärkste Gegenkandidat), die nach direkter Wahl nach dem Verhältniswahlrecht für fünf Jahre ihr Mandat ausüben und wiedergewählt werden können. Der Oberste Gerichtshof steht an der Spitze der Judikative. Seine 16 Magistrate werden von der Nationalversammlung für eine siebenjährige Amtsperiode gewählt. Neben diesen drei traditionellen Gewalten gibt es noch als vierte Gewalt den Obersten Wahlgerichtshof, dessen fünf Magistrate für eine Amtsperiode von fünf Jahren ebenfalls von der Nationalversammlung gewählt werden. Der Gerichtshof überwacht die Einhaltung der Normen der Parteiengesetzgebung einschließlich der Parteienfinanzierung sowie den Wahlprozess.

Die Wahlgesetzgebung ist sehr kompliziert und auf die Bedürfnisse der beiden „Paktparteien“ ausgerichtet. Sie sieht gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (einschließlich des zentralamerikanischen Parlaments) sowie davon zeitlich getrennte Kommunal- und Regionalwahlen vor:

- Bei den Präsidentschaftswahlen siegt derjenige Kandidat mit den meisten Stimmen, wobei als Untergrenze ein Stimmenanteil von 40% gilt. Wird diese Grenze unterschritten, gilt der stimmenstärkste Kandidat als gewählt, wenn er mindestens 35% der Stimmen erreicht und ein Abstand von mindestens 5% zum nächstfolgenden Kandidaten besteht. Ist dies nicht gegeben, kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten.
- Bei den Parlamentswahlen gilt für 70 Abgeordnete das kombinierte Verhältnis- und Listenwahlrecht, wobei die Plätze auf den jeweiligen departementalen Parteilisten, in der Regel durch interne Vorwahlen, entschieden werden. Weitere 20 Mandate werden über nationalen Listen vergeben. Diese berechnen sich durch die Division der Gesamtzahl der Stimmen einer Partei durch den Wahlkoeffizienten (Gesamtzahl der gültigen Stimmen durch zwanzig zu vergebenden Sitze).
- Die Gemeindewahlen werden alle vier Jahre durchgeführt. Nicaragua ist in 153 Gemeinden unterteilt. In den Gemeindewahlen werden die Bürgermeister direkt gewählt; die Gemeinde- und Stadträte nach Listen.

- Ferner finden ebenfalls nach Listen alle vier Jahre Regionalwahlen statt, die die Repräsentanten für die beiden autonomen indigenen Selbstverwaltungsgebiete bestimmen.

Gesetzlich verankert ist das Recht der Parteien, staatliche und auch private Finanzierungen zu erhalten. Staatliche Finanzierung erhalten Parteien, wenn sie in den Wahlen mindestens 4% der Stimmen erreichen. Private Spenden sind steuerfrei, müssen allerdings auf

spezielle Parteikonten eingezahlt werden. Die Auszüge dieser Konten sind von der Partei dem Obersten Wahlrat (*Consejo Supremo Electoral* – CSE) vorzulegen. In Wahlkampfzeiten erhalten die Parteien Sendezeiten im Fernsehen und Radio sowie Inseratsstellen in Zeitungen, die jedoch von der Partei bezahlt werden müssen. Internationale Organisationen dürfen die politischen Parteien mit technischer Beratung und Weiterbildung unterstützen.

Tabelle 13.1: Übersicht über die staatliche Wahlkampffinanzierung 2006

Partei	Gesamtkosten Wahlkampf (in US-Dollar)	Staatliche Erstattung (in US-Dollar)
Alianza Liberal Nicaragüense - Partido Conservador (ALN-PC)	4.633.000,-	2.605.000,-
Gran Alianza Nicaragua Triunfa (u.a. mit FSLN)	6.270.000,-	3.498.000,-
Partido Liberal Constitucional (PLC)	5.551.000,-	2.496.000,-
Alianza Movimiento Renovador Sandinista (MRS)	1.341.000,-	580.000,-
Alternativa por el Cambio (AC)	445.000,-	,-
Gesamt	18.240.000,-	9.179.000,-

Quelle: *Etica y Transparencia*

Die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fanden am 5. November 2006 statt. Der FSLN ging daraus mit der *Gran Alianza Nicaragua Triunfa* als Sieger hervor und stellt den Präsidenten Daniel Ortega Saavedra (2007 bis 2012). In der Nationalversammlung sind vier Parteien bzw. Parteienallianzen vertreten: *Alianza Liberal Nicaragüense-Partido Conservador* (ALN-PC), *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC), *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN), sowie *Movimiento Renovador Sandinista* (MRS). Die sich ebenfalls zur Wahl gestellte *Alianza por el Cambio* (AC) des ehemaligen Guerrilla-Kommandanten der Sandinisten und Contras, Edén Pastora, erreichte nicht die zum Erhalt der Rechtspersönlichkeit erforderlichen 4% der Stimmen.

Parteiensystem

Das Parteiensystem wird seit den Wahlen 1989 und der anschließenden Rückkehr zur Demokratie von zwei Lagern bestimmt: den Sandinisten und den Anti-Sandinisten, wobei letztere eine strukturelle Mehrheit in der Wählerschaft besitzen. In den Wahlgängen 1989, 1996 und 2001 gewannen deshalb anti-sandinistische Allianzen, wie 1989 die *Unión Nacional de Opositores* (UNO) und 1996 sowie 2001 der *Partido Liberal Constitucional* (PLC) die Wahlen auf allen Ebenen. Im Jahre 2002 wurde dann Ex-Präsident Arnoldo Alemán (1997 bis 2002) wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das führte zu einer Spaltung der anti-sandinistischen Allianz und einer Neuformierung der Parteienlandschaft, die letztendlich den Erfolg des FSLN bei den Kommunalwahlen 2004 und den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006 ermöglichte.

Tabelle 13.2: Ergebnisse der Parlamentswahlen 2001 und 2006

Partei bzw. Parteienallianz	Sitzverteilung 2002-2006 nach Wahlen	Sitzverteilung nach Neuformierung am Ende der Legislaturperiode 2006	Sitzverteilung 2007-2012 nach Wahlen	Sitzverteilung nach Neuformierung innerhalb der laufenden Legislaturperiode
Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)	43	40	38	42
Partido Liberal Constitucional (PLC)	47	42	25	25
Alianza Liberal Nacional - Partido Conservador (ALN-PC)		5	24	22
Movimiento Renovador Sandinista (MRS)			5	3
Alianza por el Cambio (AC)				
Bancada Azul y Blanco*		4		
Partido Conservador (PCN)	2			
Gesamt	92	91**	92	92

Quelle: Oberster Wahlrat und Zeitungsmeldungen.

* 2002 gründete sich die Bancada Azul y Blanco zur parlamentarischen Unterstützung der Regierung Bolaños.

** 2002 verlor Ex-Präsident Alemán sein Mandat.

So spaltete sich der bis dahin von Alemán dominierte PLC in einen „Alemán-Flügel“ und einen „Anti-Alemán-Flügel“, der sich rasch vom PLC distanzierte und neue Organisationsformen suchte. Angesichts der restriktiven Ausgestaltung des Parteiengesetzes für Parteigründungen (eine neue Partei muss in sämtlichen Gemeinden und Regionen über Parteiorganisationen verfügen) wurden zunächst Allianzen mit existierenden Parteien gebildet, die auch bei den Kommunalwahlen 2004 antraten. Im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006 kam es dann zu Fusionen und es bildete sich schließlich die *Alianza*

Liberal Nicaragüense-Partido Conservador (ALN-PC) als neue Wahloption. Seither besteht das Parteiensystem auf nationaler Ebene aus vier Parteien mit parlamentarischer Präsenz.

Die Wahlen zum Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN), die zeitgleich mit den Parlamentswahlen abgehalten wurden, ergaben für ALN-PC fünf Mandate, für den PLC sechs, für den FSLN acht Mandate und für den MRS ein Mandat. Traditionell entsenden die Mitgliedstaaten des PARLACEN je 20 Abgeordnete.

Tabelle 13.3: Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen 2001 und 2004

Partei	Wahlen 2000	Wahlen 2004
Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)	52	87
Partido Liberal Constitucionalista (PLC)	94	57
Alianza por la República / Partido Conservador (APRE*)	5	7
Andere Parteien**		1
Gesamt	151	152

Quelle: Oberster Wahlrat.

* APRE spaltete sich 2004 vom PLC ab und ging eine Allianz mit dem PC ein.

** Partido de Resistencia Nacional (PRN), Camino Cristiano (CC) sowie verschiedene Regionalparteien.

Kurzprofil der Parteien

Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN): Der FSLN entstand 1961 im Sog des Erfolgs der Guerrilla-Bewegung Fidel Castros auf Kuba als linksorientierte Sammlungsbewegung gegen die Diktatur der Somoza-Familie. Die Partei benannte sich nach Augusto Sandino, der in einem Guerrilla-Krieg gegen die amerikanische Besetzung des Landes in den 1930er Jahren erfolgreich war und sie zum Abzug zwang. Nachdem es dem FSLN gelungen war, weite Teile der katholischen Kirche und der bürgerlichen Bewegung zu integrieren, wurde das Regime Somoza 1979 gestürzt und es entstand der FSLN als politische Staatspartei nach sozialistischem Muster in Programmatik und Organisation.

Nachdem der FSLN bis 1996 keine der Wahlen gewinnen konnte, wurde für die Kommunalwahlen 2000 die Wahlallianz *Convergencia Nacional* aus verschiedenen kleineren Parteien, darunter die christlich-demokratische *Unión Demócrata Cristiana* (UDC), gegründet, die bis zum heutigen Tag besteht. Für die Wahlgänge 2006 wurde die *Gran Alianza Nicaragua Triunfa* unter Einschluß der *Convergencia* geschaffen.

International ist der FSLN der Sozialistischen Internationalen (SI) sowie der linksorientierten *Conferencia de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL) angeschlossen.

Tabelle 13.4: Ergebnisse der Wahlen in den autonomen Regionen 2002 und 2006

Partei	Sitzverteilung Wahlen 2002		Sitzverteilung Wahlen 2006	
	Autonome Region Nordatlantik (RAAN)	Autonome Region Südatlantik (RAAS)	Autonome Region Nordatlantik (RAAN)	Autonome Region Südatlantik (RAAS)
Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)	15	14	16	11
Partido Liberal Constitucional (PLC)	18	29	16	22
YATAMA*	11	2	13	6
Partido Movimiento Unidad Costeña (PAMUC)*	1			
Alianza Liberal Nacional – Partido Conservador (ALN-PC)				6
Gesamt	45	45	45	45

Quelle: Oberster Wahlrat.

* Yatama und PAMUC sind lokale Parteien der Karibikküste indigenen Ursprungs.

Partido Liberal Constitucionalista (PLC): Der PLC wurde von Ex-Präsident Arnoldo Alemán im Vorfeld der Wahlen 1996 als Caudillo-Partei gegründet und wird noch heute von ihm dominiert, obwohl er formal nach seiner Verurteilung kein politisches Amt ausüben darf. Der PLC hat seine Wählerbasis auf dem Lande. Seine Wurzeln reichen bis in die Gründungsphase der Republik zurück, als sich die liberale Bewegung mit Schwerpunkt um die Stadt León im Norden und die konservative Bewegung um die Stadt Granada formierte und in einem Bürgerkrieg um die politische Vorherrschaft kämpfte. In der Somoza-Diktatur (1937-1979) verkam diese Partei zum politischen Vehikel der Somoza-Familie.

Programmatisch ist der PLC rechts der politischen Mitte einzuordnen, er weist jedoch kein klares Profil auf. Sein politischer Einfluss dient Arnoldo Alemán als politisches Faustpfand zur Verbesserung seiner persönlichen Situation.

Zu den National- und Regionalwahlen 2006 bildete der PLC eine Allianz mit kleineren Parteien, darunter die *Camino Cristiano Nicaragüense* (CCN), eine von der protestantischen Bewegung unterstützten Partei.

Bis zum Jahre 2005 war der PLC Mitglied der Liberalen Internationalen (LI), wurde jedoch aufgrund der führenden parteipolitischen Rolle von Arnoldo Alemán ausgeschlossen.

Alianza Liberal Nicaragüense – Partido Conservador (ALN): Die ALN wurde 2006 von ihrem Präsidentschaftskandidaten Eduardo Montealegre mit Dissidenten aus dem PLC gegründet. Ausgangspunkt war der Widerstand gegen die trotz seiner Verurteilung weiterhin ausgeübte politische Kontrolle des PLC durch Arnoldo Alemán und den Auswirkungen des „politischen Paktes“ zwischen PLC und FSLN.

Die programmatischen Vorstellungen der ALN werden vom politischen und wirtschaftlichen Liberalismus bestimmt. Ihre Wählerbasis ist stärker in den urbanen Zentren vertreten und ein Teil der Unternehmer unterstützt die ALN. International gibt es enge Beziehungen zur Liberalen Internationalen (LI), bei der sie Beobachterstatus besitzt.

Zu den Wahlen 2006 auf nationaler und regionaler Ebene bildete die ALN eine Allianz mit dem PC und weiteren kleineren Parteien, darunter auch der christlich-demokratische *Partido Social Cristiano* (PSC). Gemeinsam traten sie als *Alianza Liberal Nacional-Partido Conservador* (ALN-PC) an, die auch als Fraktionsgemeinschaft im Parlament weitergeführt wird. *Partido Conservador* (PC): Der PC ist die älteste Partei des Landes. Ihre Anfänge, wie die des PLC, gehen auf die Gründungszeit des Landes zurück. Mit der Somoza-Diktatur, die sich vor allem auf die liberale Bewegung stützte, verlor der PC seinen politischen Einfluss, den er auch nach der Rückkehr zur Demokratie 1989 nicht wiedererlangte. Der PC blieb nach der PLC und der FSLN abgeschlagen die dritte politische Kraft. Als national-konservative Partei politisch rechts von der Mitte angesiedelt, hat der PC seine traditionelle Basis vor allem in Granada sowie im ländlichen Raum. Die Partei ist programmatisch und organisatorisch gut aufgestellt und bildet im Parlament eine Fraktionsgemeinschaft mit der ALN.

International gehört der PC der konservativen *Unión de Partidos de América Latina* (UPLA) sowie der Internationalen Demokratischen Union (IDU) an.

Movimiento Renovador Sandinista (MRS): Der MRS ist von Parteimitgliedern der Sandinisten unter dem ehemaligen Vizepräsidenten Sergio Ramírez 1996 gegründet worden. Sein Anliegen war die Demokratisierung der Parteistrukturen des FSLN. Er vereint heute die intellektuelle linksgerichtete Elite des Landes (darunter z.B. die Schriftsteller Gioconda Belli und Ernesto Cardenal). Bis 2005 stellte der MRS aber eine unbedeutende politische Kraft dar. Erst das Engagement des ehemaligen populären Bürgermeisters von Managua und Präsidentschaftskandidaten Herty Lewites ließ sie zu einer erfolversprechenden politischen Option

werden. Einer entsprechenden Wahlallianz schlossen sich Dissidenten der christlich-demokratischen Partei (PSC) an. Durch den unerwarteten Tod Lewites im Juli 2006, wenige Monate vor den entscheidenden Wahlen, sank die Bedeutung der Partei, die heute die vierte politische Kraft des Landes darstellt.

Ihr Programm beruht auf sozialdemokratischen Vorstellungen und ist im Parteienspektrum links der Mitte angesiedelt. Auf internationaler Ebene ist der MRS keiner Parteienvereinigung angeschlossen.

Christlich-demokratische Parteienlandschaft⁴

Nachdem die christlich-demokratische Bewegung bei der Rückkehr zur Demokratie 1989 eine bedeutende Rolle gespielt hat, führten interne Auseinandersetzungen zu ihrer Aufsplitterung. Parteipolitische Organisationen der Christdemokratie entstanden jedoch bereits 1957. In den 1960er Jahren dominierten sie die studentische Bewegung. In der Zeit von 1978 bis 1996 entstanden fünf christlich-demokratische Parteien auf der Grundlage unterschiedlicher politischer Strategien: der *Partido Popular Social Cristiano* (PPSC), der *Partido Democrático de Confianza Nacional* (PDCN), die *Unión Demócrata Cristiana* (UDC), der *Partido Acción Nacional* (PAN) und der traditionelle *Partido Social Cristiano* (PSC).

Nominell gibt es zwar immer noch einige dieser christlich-demokratischen und sozialchristlichen Parteien, die jedoch für sich alleine kein politisches Gewicht mehr besitzen. Hervorzuheben sind jedoch der *Partido Unión Demócrata Cristiana* (UDC), die einzige christlich-demokratische Partei, die eine gültige Rechtspersönlichkeit besitzt sowie einzelne Splittergruppen des *Partido Social Cristiano* (PSC), dessen Vorsitzender José Esteban González ist. Die UDC ist, wie bereits erwähnt, mit dem FSLN alliiert. Hauptakteur ist Agustín Jarquín, der sowohl Abgeordneter des FSLN ist als auch das Amt des Generalsekretärs der UDC innehat. Weder die UDC noch der PSC sind einer internationalen Parteienvereinigung angeschlossen. Aus diesen Gründen kooperiert die KAS mit keiner der dieser Parteien in direkter Form. Bildungsseminare finden über das *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos* (INCEP) in Guatemala statt. Verschiedene Versuche, eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten, blieben angesichts der politisch-strategischen Differenzen zwischen den Akteuren bisher erfolglos.

Kooperation der KAS

Die Parteienkooperation der KAS erfolgt derzeit ausschließlich über das INCEP, das in speziellen Themen-

bereichen Maßnahmen der politischen Bildung und Beratung für die PSC und die ALN-PC anbietet und bestrebt ist, sie in das Netzwerk der zentralamerikanischen Parteien der politischen Mitte einzubeziehen.

Kerstin von Bremen
Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Costa Rica und Nicaragua

Reinhard Willig
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Team Lateinamerika, Berlin

14. PANAMA

Politische Rahmenbedingungen

Panama ist eine Präsidialdemokratie. Der Präsident steht sowohl an der Spitze des Staates als auch der Regierung. Mit der militärischen Intervention der USA und dem damit verbundenen Sturz des Militärregimes unter Manuel Noriega im Dezember 1989 gestaltete sich die gesellschaftspolitische Entwicklung des Landes weitgehend stabil. Der Präsident, die beiden Vizepräsidenten und die 78 Abgeordneten des Ein-Kammer-Parlaments werden vom Volk in freien, unmittelbaren und geheimen Wahlen jeweils für fünf Jahre gewählt. Die Abgeordnetenwahl erfolgt in 40 Wahlkreisen, von denen 26 plurinominal ausgerichtet sind, d.h. mehrere Abgeordnete nach einem gemischten Mehrheits- und Listenwahlsystem (Quotient, Sub-Quotient, Residuen) gewählt werden. Obwohl Wahlpflicht herrscht, sind keine Sanktionen vorgesehen. Die letzten Wahlen fanden am 2. Mai 2004 statt. Der Parlamentspräsident wird jedes Jahr im September von den Abgeordneten neu gewählt. Die auf Listen gewählten Vertreter der kommunalen Gebietseinheiten bilden in 74 Distrikten die Gemeinderäte. Die Bürgermeister werden direkt gewählt.

Als Kopf der Exekutive ernennt der Präsident die Minister und Gouverneure der neun Provinzen. Darüber hinaus existieren fünf Selbstverwaltungsbezirke indigener Völker. Legislative, Exekutive und Judikative sind voneinander unabhängig. Daneben wacht ein unabhängiger Wahlgerichtshof (*Tribunal Electoral*) über die Einhaltung des Parteiengesetzes sowie über Abläufe von Wahlen und Referenden. Der Wahlgerichtshof ist zudem für die Parteienfinanzierung zuständig.

Staatliche Finanzierung erhalten die Parteien wenn sie mindestens 4% der Stimmen in einer Präsidentschafts-, Parlaments- oder Kommunalwahl erzielen konnten. Es gibt eine direkte – auf den Wahlkampf be-

zogene – Komponente sowie eine indirekte – auf die Stärkung der Institutionalisierung der Partei zwischen den Wahlen – gerichtete Parteienfinanzierung. Zur Verfügung steht dafür ein Fonds in Höhe von 1% der Staatseinnahmen des dem Wahljahr vorhergehenden Jahres. Für 2004 standen somit rd. 20 Millionen US-Dollar zur Verfügung, die zu 40% in die direkte und 60% in die indirekte Finanzierungskomponente für die Parteien flossen.

Parteiensystem

In der jüngsten politischen Geschichte des Landes dominierten die beiden Parteien *Partido Revolucionario Democrático* (PRD) und der *Partido Panameñista* (vormals *Partido Arnulfista*, PA). Beide Parteien wurden von charismatischen Persönlichkeiten gegründet: der PRD durch Omar Torrijos, dem legendären Diktator, und der PA durch Arnulfo Arias. Ihr Werk wurde von fortgesetzt von Martin Torrijos, dem gegenwärtigen Präsidenten und Sohn des Diktators, sowie von Mireya Moscoso, vorangegangene Präsidentin und Witwe von Arnulfo Arias. Nach der Wiedereinführung der Demokratie 1990 wechselten sich beide Parteien in der Präsidentschaft des Landes ab. Gegenwärtig ist der PRD Regierungspartei und der *Partido Panameñista* stärkste Oppositionspartei.

Zur offiziellen Anerkennung als Partei wird eine im Wahlgerichtshof eingetragene Anhängerschaft von 4% der bei den Präsidentschaftswahlen abgegebenen gültigen Stimmen benötigt. Das sind gegenwärtig rd. 60.000 Mitglieder. Ausgenommen von dieser Regel sind die vor dem Wahlgang 1984 gegründeten Parteien, die lediglich 30.000 eingeschriebene Mitglieder nachweisen müssen.

Tabelle 14.1: Eingeschriebene Mitglieder der offiziell anerkannten Parteien 2004-2007

Partei bzw. Parteienbündnis	2004	2005	2006	2007
Partido Revolucionario Democrático (PRD)	429.000	460.000	462.000	552.000
Partido Popular (PP)	50.000	49.000	45.000	42.000
Movimiento Liberal Republicano Nacionalista (MOLIRENA)	104.000	91.000	82.000	73.000
Partido Panameñista (PP) vormals Partido Arnulfista (PA)	188.000	164.000	190.000	194.000
Unión Patriótica (UP) aus Partido Solidaridad und Partido Liberal Nacional (PLN)				119.000
Partido Solidaridad	72.000	67.000	60.000	
Partido Liberal Nacional (PLN)	77.000	71.000	66.000	
Cambio Democrático (CD)	56.000	53.000	65.000	87.000
Partido Liberal (PL)	49.000	46.000	39.000	31.000
<i>Gesamt</i>	<i>1.025.000</i>	<i>1.001.000</i>	<i>1.009.000</i>	<i>1.098.000</i>

Quelle: Wahlgerichtshof (Tribunal Electoral)

Im Parlament sind derzeit insgesamt sechs Parteien vertreten. Der sozialdemokratische *Partido Revolucionario Democrático* (PRD) und der christlich-demokratische *Partido Popular* (PP) bildeten zu den Wahlen 2004 eine Koalition *Patria Nueva* und gewannen damit nicht nur die Präsidentschaftswahlen, sondern errangen auch die absolute Mehrheit im Parlament. Oppositionsparteien sind der *Partido Panameñista* (bis 2005 *Partida Arnulfista*), die *Unión Patriótica* (Zusammenschluss von *Partido Liberal Nacional* und *Partido Solidaridad* im Jahre 2007), *Movimiento Liberal Republicano Nacionalista* (MOLIRENA) und *Cambio Democrático*.

Tabelle 14.2: Ergebnisse der Parlamentswahlen 1999 und 2004 im Vergleich

Partei	1999	2004
Partido Revolucionario Democrático (PRD)	34	41
Partido Arnulfista (PA)	18	17
Partido Solidaridad (SOL)	4	9
Movimiento Liberal Republicano Nacionalista (MOLIRENA)	3	4
Cambio Democrático (CD)	2	3
Partido Popular (PP)	5	1
Partido Liberal Nacional (PLN)	3	3
Partido Renovación Civilista (PRC)	1	-
Movimiento de Restauración Nacional (MORENA)	1	-
Gesamt	71	78

Quelle: Wahlgerichtshof Panamá

Parteien im Kurzprofil

Partido Revolucionario Democrático (PRD): Der PRD ist die stärkste und am straffsten organisierte Partei in Panama. Sie kann als sozialdemokratisch angesehen werden und hat ihre Wählerbasis in der beruflichen Elite der Hauptstadt sowie in der Arbeiterschaft. Gegründet nach dem Militärputsch von 1968 zur Sicherung des politischen Erbes von Omar Torrijos, hängen der Partei ihre Wurzeln im Militärregime noch heute an, obwohl sie – besonders nach der Wahlniederlage 1999 – unter der Führung von Martín Torrijos große Anstrengungen bei der Modernisierung und Demokratisierung der Parteistrukturen unternommen hat. So werden heute sämtliche Kandidaten in Urwahlen bestimmt. Parteivorsitzender ist Hugo Guiraud. Gegenwärtig stellt der PRD mit Martín Torrijos den Präsidenten. International ist der PRD Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI) und gehört der linksorientierten *Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL) an.

Partido Panameñista (vormals *Partido Arnulfista*): Die Wurzeln dieser Partei reichen bis in die 1930er Jahre zurück. Kernpunkt der Parteipolitik ist das nationalistische Konzept des „Panamanismus“ mit einer umfassenden Rolle des Staates. Ihr langjähriger Parteiführer Arnulfo Arias wurde drei Mal zum Präsidenten gewählt und jedes Mal vom Militär gestürzt. Die Partei bildete neben den Christlichen Demokraten das Zentrum des Widerstandes gegen den Diktator Manuel Antonio Noriega. Der überwältigende Sieg der Oppositionsallianz bei den Wahlen 1989 wurde vom Militärregime annulliert. Im Vorfeld der Wahlen war Arnulfo Arias gestorben. Obwohl seine Witwe Mireya Moscoso die Führung der Partei übernahm, wurde Endara Präsidentschaftskandidat und übernahm das Amt nach dem Sturz Noriegas. Im Jahre 1990 änderte die Partei ihren Namen in *Partido Arnulfista*, um dann 2005 wieder – nach umfassenden parteiinternen Umstrukturierungen – zum alten Namen zurückzukehren. Im Parlament ist sie stärkste Oppositionspartei und politisch dem rechtskonservativen Lager zuzuordnen. Der *Partido Panameñista* ist keiner internationalen Parteiengruppierung angeschlossen.

Partido Solidaridad (SOL): Die Partei entstand kurz vor den Wahlen 2004 als Plattform für den Präsidentschaftskandidaten und Ex-Präsidenten Guillermo Endara. Ihre Basis ist die Wirtschaftselite des Landes. Sie zog als drittgrößte Partei in das Parlament ein und schloß sich 2007 mit dem *Partido Nacional Liberal* (PNL) zur *Unión Patriótica* (UP), die sich gegenwärtig in der formalen Gründungsphase gegenüber dem Wahlgerichtshof befindet, zusammen. Die UP besitzt

keine ausgeprägten Parteistrukturen, ist der politischen Mitte zuzurechnen und gehört international keinem Parteibündnis an.

Movimiento Liberal Republicano Nacionalista (MOLIRENA): Gegründet im Jahre 1982 wurde MOLIRENA bei den Wahlen von 2004 viertgrößte Partei im Parlament. Sie ist intern durch personenbezogene Strömungen stark über ihre zukünftige politische Ausrichtung zerstritten.

Cambio Democrático (CD): Die Partei wurde 1998 von dem Unternehmer Ricardo Martinelli gegründet und ist rechts von der politischen Mitte angesiedelt. Sie wird vom Wirtschaftsliberalismus getragen und von ihrem Gründer und Vorsitzenden Ricardo Martinelli dominiert. Sie ist im Parlament fünftgrößte Partei, konnte allerdings in den letzten Wahlumfragen starken Zuwachs verzeichnen.

Partido Liberal Nacional (PLN): Der PLN ist eine junge Partei. Sie wurde 1997 gegründet. Die Partei weist kein klares politisches Profil auf, versteht sich aber als liberale Partei gehört der Liberalen Internationalen (IL) an. Im Parlament ist sie neben dem CD fünftgrößte Partei und schloß sich 2007 mit der *Partido Solidaridad* zur neugegründeten *Unión Patriótica* (UP) zusammen. Die UP bildet damit die drittgrößte Fraktion im Parlament.

Partnerpartei

Partnerpartei der KAS in Panama ist der *Partido Popular* (PP). Der PP basiert auf christlich-demokratischen bzw. sozialchristlichen Werten, vertritt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und ist der politischen Mitte zuzuordnen. Vorläufer des PP war die *Unión Cívica Nacional* (1956), die sich ab 1960 in *Partido Demócrata Cristiano de Panamá* (PDC) umbenannte und erstmals 1964 an Wahlen teilnahm. 1968 wurde sie vom damaligen gewählten Präsidenten Arnulfo Arias zur Beteiligung an der Regierungsbildung eingeladen, wozu es jedoch aufgrund eines Militärputsches nicht mehr kam. Nachdem sie zwischenzeitlich ihre Rechtspersönlichkeit verloren hatte, stellte sie sich 1980 erneut zur Wahl und zog mit 21% der Wählerstimmen und zwei Abgeordneten ins Parlament. 1984 erzielten sie bei den Parlamentswahlen fünf Mandate.

Zu den Wahlen 1989 bildete der PDC mit anderen bürgerlichen Parteien das Oppositionsbündnis *Alianza Democrática de Oposición Civilista* (ADOC), deren überwältigender Wahlsieg durch das Militärregime annulliert wurde. Nach der Invasion und dem Sturz Noriegas ergab die Nachzählung der Stimmen einen

Anteil von 36% für den PDC, mit der Folge, dass 27 PDC-Kandidaten in das Parlament einzogen und der PDC in die Regierung eintrat. Allerdings trennte sich Präsident Endara noch vor Ende seiner Amtszeit wieder vom PDC.

Vor den folgenden Wahlen 1994 musste der populäre und aussichtsreiche PDC-Spitzenkandidat Ricardo Arias seine Kandidatur aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Der PDC stürzte daraufhin in der Wählergunst auf 2,5% der Stimmen ab und konnte lediglich einen Abgeordneten in das Parlament entsenden. Die Partei erholte sich jedoch rasch und kam bei den darauffolgenden Wahlen von 1999 auf einen Stimmenanteil von 11% und zog mit fünf Abgeordneten ins Parlament ein.

Im Jahr 2000 unterzeichnete der PDC mit dem PRD die parlamentarische Allianz *Modernización y Transformación de la Asamblea* (META). Dies war das erste Mal, dass ein formelles Bündnis mit dem PRD eingegangen wurde. 2001 ändert der PDC seinen Namen in *Partido Popular* (PP), um sich für eine politisch und sozial weiter gefächerte Wählerschaft zu öffnen. Für die Wahlen 2004 ging der PP ein Wahlbündnis mit dem PRD ein. Nach den Wahlen, aus denen das Bündnis als Sieger hervorging, kam es zu einer formalen Regierungskoalition zwischen PP und PRD.

Der PP ist Mitglied sowohl des lateinamerikanischen Zusammenschlusses christlich-demokratischer Parteien ODCA als auch der *Internacional Demócrata Cristiana* (IDC-CDI). Beide Bündnisse sind allerdings auf nationaler Ebene weitgehend unbekannt.

Interne Struktur

Der Nationalkongress ist das höchste Organ der Partei. Seine Entscheidungen sind für die Parteigremien bindend. Normalerweise wird er alle drei Jahre einberufen. Nur im Nationalkongress können Statuten reformiert, generelle Richtungsweisungen für die Partei verabschiedet, der Präsidentschaftskandidat der Partei oder der Parteivorstand gewählt werden. Das *Directorio Nacional* (Nationalrat) ist die höchste Autorität zwischen den Tagungen des Nationalkongresses. Sitzungen des Nationalrates finden in der Regel alle drei Monate statt.

Das *Comité Político Nacional* (Nationales Politikkomitee) ist das geschäftsführende Organ der Partei unter Führung des Parteivorsitzenden, der gegenwärtig René A. Orillac Jiménez ist. Seine Entscheidungen sind ebenfalls für alle Mitglieder und anderen Organe der Partei verbindlich. Es setzt sich zusammen aus vier

Vize-Präsidenten, dem Generalsekretär, den Fraktionsvorsitzenden im nationalen und dem zentralamerikanischen Parlament, sowie den Generalsekretären der Regionalgliederungen der Partei und 22 vom Nationalkongress gewählten Vertretern.

Die Kandidaten für politische Wahlämter benennt das *Comité Político Nacional*, was das zentralistische Führungsmodell der Partei unterstreicht.

Programmatische Positionen und Dokumente

Der PP verfügt mit der *Carta Ideológica del Partido Popular* über ein Grundlagendokument mit christlich-humanistischen Prinzipien, das unter Beteiligung sämtlicher Parteiinstanzen erarbeitet und auf einem Kongress im Jahre 2005 verabschiedet wurde. In programmatischer Hinsicht wurde im Zuge der Koalition mit dem PRD ein konsensfähiges Programm erarbeitet, das die Basis der Regierungsarbeit darstellt.

Wahlentwicklung

Aus den Wahlen im Jahr 2004 ging die Partei relativ geschwächt hervor. Sie konnte nur 4,15% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen auf sich vereinen und ist nur mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten. Sie sicherte sich damit nur knapp den Zugang zur staatlichen Parteienfinanzierung. Das Ergebnis kann zum einem der frühen Festlegung auf das Wahlbündnis mit dem PRD, zum anderen auch dem Namenswechsel angelastet werden, der den Wählern nicht ausreichend kommuniziert werden konnte. Innerhalb der Koalition mit dem PRD kann der PP kein großes Gewicht einnehmen. Die Partei stellt mit Rubén Arosemena den zweiten Vize-Präsidenten, der gleichzeitig die einflussreiche *Autoridad Marítima* leitet, zu deren Aufgabenbereich das Schifffahrtsregister sowie die Entwicklung der Häfen (ohne die Kanalzone) gehört. Daneben wurden PP-Mitglieder in politischen Schlüsselstellen im Präsidentschaftsamt, Regierung und Verwaltung ernannt. Weiterhin entsendet der PP einen Abgeordneten in das zentralamerikanische Parlament PARLACEN.

Parteiinterne Kohäsion

Die Regierungskoalition mit dem PRD (und damit mit dem ehemaligen politischen Gegner aus der Zeit der Militärdiktatur) hat zu internen Auseinandersetzungen und Austritten von Mitgliedern und Funktionären geführt. Darüber hinaus sind viele – vor allem junge – Leistungsträger der Partei zur Sicherung ihrer politischen Zukunft zum PRD übergetreten. Sie wollen eher „beim Original dabei sein, als der unbedeutenden

Kopie anzugehören". Die Partei läuft daher Gefahr, von dem größeren Koalitionspartner über kurz oder lang „aufgesaugt“ zu werden.

Stellenwert der politischen Bildung und Beratung

Politische Bildung hat für die Partei einen hohen Stellenwert. Zum einen bietet das Bildungssekretariat der Partei selbst eine Grundlage für politische Bildung an. Zum anderen nutzt die Partei intensiv das politische Bildungsinstitut IPEC (*Instituto Panameño de Estudios Comunitarios*), das politische Bildung in speziellen Themenbereichen für die Partei durchführt.

Kooperation der KAS

Über das politische Bildungsinstitut IPEC kooperieren die KAS und das *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos* (INCEP) auf vielen Themenfeldern der politischen Bildung und Beratung. Zudem ist das IPEC Teil des Netzwerkes politischer Bildungs- und Beratungsinstanzen der Parteien der politischen Mitte in Zentralamerika. Schwerpunktthemen der Zusammenarbeit sind neben Konzepten zu aktuellen Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung, wie Transport-, Energie- und Bildungspolitik auch die Stärkung der parteipolitischen Rolle des PP (vor allem gegenüber dem PRD) durch Beratungsmaßnahmen der politischen Kommunikation, Nachwuchsförderung und strategischer Planung. Einbezogen werden aufgrund der bestehenden Regierungskoalition auch Angehörige des PRD.

Kerstin von Bremen

Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung für Costa Rica und Nicaragua

Reinhard Willig

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit, Team Lateinamerika, Berlin

15. PERU

Politische Rahmenbedingungen

Peru ist eine Republik mit Präsidialsystem. Alle fünf Jahre wird der Präsident demokratisch gewählt. Er ist die oberste Autorität der exekutiven Staatsgewalt. Gleichzeitig werden 120 Parlamentsabgeordnete für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Das peruanische Parlament besteht aus nur einer Kammer. Die Aufteilung in Unter- und Oberhaus (*Diputados* und *Senado-*

res) wurde vom Ex-Präsidenten Alberto Fujimori im Rahmen der neuen Verfassung 1993 abgeschafft.

Die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April 2006 konnte Alan García von der *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA) für sich entscheiden. APRA verfügt jedoch nicht über die absolute Mehrheit im Parlament. Die Regierbarkeit wird jedoch durch eine durchaus kooperative Haltung der Opposition im Parlament und die Zusammenarbeit mit unabhängigen Ministern gewährleistet.

Perus Geschichte ist von autoritären Regierungen geprägt. Die letzten Militärregierungen, 1968 bis 1975 und 1975 bis 1979, führten die Generäle Juan Velasco und später Francisco Morales Bermudes an. In der demokratischen Zeit, von 1980 bis 1990, etablierte sich ein Vier-Parteiensystem. Dieses bestand aus der APRA, der Mitte-Rechts-Partei *Acción Popular* (AP), dem christlich-demokratischen *Partido Popular Cristiano* (PPC) und der linken Partei *Izquierda Unida* (IU). APRA, PPC und AP sind heute noch als politische Parteien etabliert, die IU löste sich in zahlreiche politische Bewegungen auf, die nicht in der Lage sind, ihre Programmatik zu transportieren.

Im Jahre 2003 trat ein neues Parteiengesetz in Kraft. Darin wurde festgelegt, dass Parteien, die im Parlament vertreten sind, auch direkte staatliche Mittel erhalten sollen. Diese Mittel werden den Parteien für die gesamte Legislaturperiode gewährt. Sie sollen für Bildungsmaßnahmen und administrative Kosten verwendet werden. In der Praxis haben die Parteien bisher aber noch keine Zuschüsse vom Staat erhalten.

Die Parteien dürfen laut Gesetz auch private Spenden erhalten. Die Summe ist allerdings auf eine Obergrenze pro Spender beschränkt. Die Parteien sind aufgefordert, alle Spenden öffentlich zu deklarieren. Während des letzten Wahlkampfes im Jahre 2006 geschah dies aber nur unzureichend. Viele Parteien und Kandidaten legten ihre Finanzen spät oder gar nicht vor.

Alle amtlich eingetragenen Parteien dürfen Bündnisse mit anderen Parteien für Wahlzwecke schließen. Für Regional- und Lokalwahlen ist es möglich, kleine politische Bewegungen offiziell im Wahlregister einzutragen. Die politischen Parteien sind gesetzlich auch dazu verpflichtet, Parteiämter auf demokratischem Wege zu vergeben. Auch die Wahlwerbung wurde im neuen Gesetz reglementiert. Alle Parteien dürfen 30 Tage vor der Wahl im staatlichen Rundfunk und Fernsehen kostenlos eine gewisse Anzahl an Werbespots ausstrahlen.

Parteiensystem

Nach den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 9. April 2006 (Stichwahl zwischen Humala und García am 4. Juni 2006), die Alan García von der APRA gegen Ollanta Humala von der *Unión Por el Perú* (UPP) knapp gewann, sah die Sitzverteilung im Parlament folgendermaßen aus:

Tabelle 15.1:
Sitzverteilung im peruanischen Parlament

Partei	Mandate
UPP	45
APRA	36
Unidad Nacional	17
Alianza por el Futuro	13
Frente de Centro	5
Peru Posible	2
Restauracion Nacional	2

Kurzprofil der Parteien

- **APRA:** Die Regierungspartei APRA, die als sozialdemokratisch eingestuft werden kann, obwohl sie in ihren Ursprüngen eher eine einheimisch-revolutionäre, indoamerikanische Programmatik verfolgte, ist eine der ältesten und zugleich die größte Partei Perus. Sie wurde 1924 von Victor Raúl Haya de la Torre gegründet. Das Motto „*Ni con Washington ni con Moscú*“ („Weder mit Washington noch mit Moskau“) galt in den 1950er Jahren als politisches Leitkonzept. Alan García war schon zwischen 1985 und 1990 Präsident, ließ das Land aber in einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation zurück. Die zweite Amtsperiode von García (seit 2006) kann wirtschafts- und sozialpolitisch als liberal bezeichnet werden. International gehört die APRA der Sozialistischen Internationale (SI) sowie der COPPAL (*Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina*) an.
 - **Unión Por el Perú (UPP)/Partido Nacionalista Peruano (PNP):** Das vom Ex-Leutnant Ollanta Humala geführte Wahlbündnis, das aus dem von ihm selbst gegründeten links-populistischen PNP und der linken UPP besteht, scheiterte in der Stichwahl gegen Alan García nur knapp. Es stellte nach der Wahl die größte Fraktion im Parlament. Kurz nach der Amtseinführung von Präsident García spaltete sich das Wahlbündnis wieder in seine Bestandteile UPP und PNP. Dadurch wurde die APRA wieder stärkste Partei im Parlament. Ideologisch orientiert sich Humala an den Vorbildern Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador. Im Wahlkampf 2006 stellte er sich als „Rächer“ aller Armen und Unterdrückten in Peru dar und setzte sich für die Verstaatlichung des Energiesektors ein. Die Parlamentarier des UPP haben sich bisher eher gemäßigt verhalten, während die des PNP eher auf Konfrontation mit der Regierung gehen.
 - **Unidad Nacional (UN):** Das christlich-demokratische Wahlbündnis mit der Präsidentschaftskandidatin Lourdes Flores Nano an der Spitze setzt sich aus dem *Partido Popular Cristiano* (PPC) und *Solidaridad Nacional* (SN) unter Führung des überaus erfolgreichen Bürgermeisters von Lima Luis Castañeda Lossio zusammen. Es ist zurzeit die drittgrößte Oppositionspartei im Parlament. *Unidad Nacional* ist in Lima sehr stark und in den Provinzen sehr schwach vertreten. Die Abgeordneten von UN sprechen sich in einzelnen Sachfragen mit denen der APRA ab und blockieren somit nicht bestimmte Gesetzesvorhaben der APRA. Von uneingeschränkter Kooperation kann allerdings nicht gesprochen werden. Die UN wahrt generell ihre Stellung als Opposition. Im Jahre 2007 ist es zu einer Distanzierung zwischen PPC und SN gekommen, die das weitere Bestehen des Wahlbündnisses gefährdet.
 - **Alianza por el Futuro:** Dieses Wahlbündnis wurde von Anhängern und ehemaligen Regierungsmitgliedern des Ex-Präsidenten Alberto Fujimori gegründet. Nachdem Fujimori bekanntgab, dass er bei den Wahlen 2006 nicht antreten würde, konzentrierte sich das Bündnis auf die Parlamentswahlen und erreichte ein beachtliches Ergebnis. Zurzeit stellt die *Alianza por el Futuro* 13 Abgeordnete, die die APRA-Regierung bei bestimmten Gesetzesvorlagen im Parlament unterstützen.
- Feste Koalitionen haben sich im peruanischen Parlament nicht gebildet. Eher kann man von Interessensgemeinschaften zwischen den Parteien sprechen.
- Bei den Kommunalwahlen im November 2006 verlor die Regierungspartei APRA deutlich an Zustimmung. Sie konnte lediglich in zwei Regionen gewinnen. Deutlich verloren haben auch die UPP/PNP, die nach dem zweiten Platz bei der Präsidentschaftswahl 2006 lediglich den Bürgermeister der Stadt Arequipa stellt. Das christlich-demokratische Wahlbündnis UN gewann zwar fast alle Distrikte in Lima, war aber außerhalb der Hauptstadt kaum erfolgreich. Gewinner dieser Wahl waren ohne Frage die unabhängigen Kandidaten, die in 21 von insgesamt 25 Regionen Perus die Wahlen für sich entscheiden konnten.

Partnerparteien

In Peru arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem *Partido Popular Cristiano* (PPC) und *Solidaridad Nacional* (SN) zusammen. Seit 2001 rückte die Kooperation mit dem christlich-demokratischen Wahlbündnis *Unidad Nacional* (UN) in den Vordergrund. Vorsitzende des Wahlbündnisses ist Lourdes Flores Nano, Präsidentin der PPC und zweimalige Präsidentschaftskandidatin. Der PPC feierte kürzlich sein 40jähriges Bestehen. SN ist hingegen eine relativ neue Partei, die für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000 gegründet wurde.

Hochburg von PPC und SN ist traditionell die Hauptstadt Lima. Bei letzten Kommunalwahlen konnten beide als Bündnis UN die meisten Distrikte in Lima erobern. Während der PPC über eine landesweite – wenngleich auch eher schwache – Organisation und auch eine national agierende Jugendorganisation (*Juventud Popular*) verfügt, hat SN landesweit nur eine schwache Präsenz. Der Wirkungsgrad der Partei ist eng mit den Tätigkeiten ihres Parteichefs Castañeda Lossio verbunden, der gleichzeitig Bürgermeister von Lima ist.

In beiden Parteien, und folglich auch im Bündnis UN, bestehen zum Teil erhebliche Defizite im Bereich der politischen Kommunikation, sowohl nach innen als auch nach außen. Parteimitglieder, die sich außerhalb Limas engagieren, fühlen sich häufig von der Parteizentrale alleine gelassen. Dies wurde besonders im Wahlkampf 2006 deutlich. UN, und darin besonders der PPC, hatten den Ruf, eine Partei der reichen *Limeños* (Einwohner von Lima) zu sein. Im Präsidentschaftswahlkampf 2006 wurde deutlich, wie hinderlich es für die Kandidatin Lourdes Flores am Ende war, ihre politische Kommunikation alleine von Lima aus zu steuern. Alle Werbespots, Broschüren oder Plakate wurden von der Hauptstadt aus geliefert und kamen oft zu spät in den Provinzen an. Das Hauptproblem aber lag nach Meinung der meisten Nationalsekretäre daran, dass die politische Botschaft viel zu sehr auf Lima konzipiert war und die Zielgruppen in den Regionen nicht erreicht wurden.

UN setzte vor allem auf die Modernisierung des Landes, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch private Investitionen, die Bekämpfung der Armut sowie die Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens. Die meisten Peruaner waren jedoch vor allem an einer radikalen Bekämpfung der Korruption interessiert. Und die versprachen die anderen Parteien, auf besonders populistischer Weise die UPP von Ollanta Humala.

Obwohl PPC und auch UN das Image haben, „Partei der Reichen“ zu sein, leiden beide an Finanzschwäche. In den Provinzen ist es oft schwierig, Parteiarbeit zwischen den Wahlen zu organisieren, weil die finanziellen Mittel fehlen. In das Bündnis UN bringen die Mitglieder des PPC Beiträge ein, die jedoch gering sind. Die Abgeordneten und höheren Funktionäre der Partei haben sich daher bereit erklärt, höhere Beiträge zu zahlen. Private Spenden beschränken sich zwar eher auf die Wahlkampfzeit, sind aber stets ein wichtiges Finanzierungsmittel für die Partei.

Wie für Wahl- und andere Zweckbündnisse nicht unüblich, sind auch bei der UN interne Auseinandersetzungen zu konstatieren. Rafael Rey, der mit seiner Partei *Renovación Nacional*, die UN mit gründete, trat nach dem letzten Wahlkampf 2006 wegen Meinungsverschiedenheiten wieder aus dem Bündnis aus. Er kritisierte den Wahlkampf von Lourdes Flores Nano öffentlich in den Medien, obwohl er zum dem Zeitpunkt noch der UN angehörte. Gegenwärtig ist Rey Produktionsminister in der APRA-Regierung.

Der PPC ist aktives Mitglied der ODCA sowie der UPLA. Die Vorsitzende des PPC, Lourdes Flores, war bis 2006 Vizepräsidentin der ODCA. Derzeit ist der PPC-Politiker Xavier Barron in leitender Stellung für die ODCA tätig. Der Bekanntheitsgrad der ODCA ist jedoch recht gering. Innerhalb des PPC ist die ODCA allerdings aktiv in der politischen Bildung tätig, ebenso in der Jugendarbeit. Viele Bildungsmaßnahmen der KAS werden über die ODCA organisiert.

Kooperation der KAS

Politische Bildung und Beratung spielen in der Zusammenarbeit mit dem PPC und UN eine große Rolle. Hauptträger der Bildungsmaßnahmen ist die KAS in Partnerschaft mit dem Institut IPESM (Peruanisches Institut für soziale Marktwirtschaft) und der ODCA.

In den letzten vier Jahren hat die KAS intensiv mit UN und dem PPC auf höchster Ebene zusammengearbeitet. Ansprech- und Kooperationspartner war dabei Lourdes Flores Nano selbst, sowie einige Abgeordnete des Bündnisses. Das Partnerinstitut in den Bereichen politische Bildung und Beratung war dabei stets das IPESM, das ebenfalls von Lourdes Flores geführt wurde. Darüber hinaus arbeitete die KAS auch intensiv mit dem *Instituto de Estudios Social Cristianos* zusammen.

Die Schwerpunktthemen der Parteienkooperation der KAS in Peru liegen vor allem in den Bereichen der politischen Kommunikation, der allgemeinen politischen

Bildungsarbeit und in der Verbesserung der Partizipation von jungen Politikern. Die Jugendarbeit spielt eine zentrale Rolle. Hierfür hat die KAS das Institut *D-cada Ciudadano* gegründet und Vertreter der Jugendorganisationen von PPC und SN waren eine der wichtigsten Zielgruppen der zahlreichen Workshops und Seminare in ganz Peru. Die KAS legt besonderen Wert darauf, Veranstaltungen außerhalb von Lima zu organisieren, um so die lokale Ebene der Partei zu stärken.

In den letzten Jahren hat sich eine stabile Vertrauensbasis zwischen der KAS, UN und ihren Mitgliedsparteien herausgebildet. Die KAS hat einen großen Anteil daran gehabt, dass die UN als Bündnis bis zum Wahljahr 2006 existierte. Die Seminare und Bildungsmaßnahmen der KAS waren auch eine gute Gelegenheit zum Treffen und zum Meinungs austausch der verschiedenen Akteure in der UN. Viele Mitglieder aus den Provinzen hätten ohne die Hilfe der KAS nicht die Möglichkeit gehabt, mit ihren Kollegen aus der Hauptstadt zusammenzuarbeiten.

Mathias Mäckelmann

Freier Mitarbeiter der KAS in Peru

Olaf Jacob

*Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,
Team Lateinamerika, Berlin*

16. URUGUAY⁵

Politische Rahmenbedingungen

Das politische System Uruguays wird als semi-präsidential oder semi-parlamentarisch eingestuft. Es ist in seinen Grundzügen eine Präsidentschaftsdemokratie, hat aber mehr Bestandteile eines parlamentarischen Regierungssystems als andere lateinamerikanische Präsidentschaftsdemokratien. In den verschiedenen uruguayischen Verfassungen hat es immer wieder Bestrebungen in Richtung parlamentarische Demokratie gegeben, wirklich umgesetzt wurden die entsprechenden Bestimmungen aber nicht. Trotzdem ist es gerade die bedeutende Rolle des aus zwei Kammern bestehenden Parlamentes (Senat mit 30 Sitzen und Abgeordnetenhaus mit 99 Sitzen), die für die Stabilität des politischen Systems mitverantwortlich ist. Dementsprechend wichtig sind auch die politischen Parteien in Uruguay. Das Parteiensystem Uruguays ist stark institutionalisiert und eines der stabilsten in Südamerika.

Eine Besonderheit des uruguayischen Parteiensystems ist die starke Fragmentierung innerhalb einiger Parteien. Parteieloyalität, die wiederum die Stabilität der

Parteien begünstigt, ist ein weiteres Merkmal, das Uruguay von anderen lateinamerikanischen Parteiensystemen unterscheidet.

In Uruguay werden am selben Tag nicht nur der Präsident, sondern auch die Abgeordneten beider Kammern des Parlamentes gewählt. Mit der Verfassungsreform von 1996 wurden Präsidentschaftsvorwahlen eingeführt, so dass pro Partei nur noch ein Kandidat zur Wahl aufgestellt werden kann. Ferner gilt seither eine 50%-Hürde: Wird ein Kandidat in der ersten Runde nicht mit absoluter Mehrheit gewählt, findet eine Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten statt.

Die starke Fragmentierung innerhalb einiger Parteien spiegelt sich im Wahlsystem wider. Jede Partei kann beliebig viele Wahllisten präsentieren. Dadurch kann jede Parteigruppierung eigene Kandidaten aufstellen, ohne in einem innerparteilichen Kampf um Listenplätze unterzugehen. Gleichzeitig profitieren sie so aber auch von dem Gesamtergebnis, das die Partei erzielt, um in das Parlament einzuziehen, indem die erreichte Zahl von Abgeordnetenmandaten anteilig auf die einzelnen parteiinternen Wahllisten verteilt wird.

Finanzielle Unterstützung der Parteien durch den Staat gibt es in Uruguay seit 1928. Parteien haben einen Anspruch auf Unterstützung ihrer Wahlkampagnen (Gesetz Nr. 17.157 vom 20. August 1999). Im Wahlkampf vor den letzten Wahlen im Jahr 2004 erhielten die Parteien vom *Banco de la República* 131 uruguayische Pesos pro erhaltener Stimme in der vorangegangenen Wahl (1999). Zusätzlich konnte ein Kredit von bis zu 50% der erhaltenen Stimmen beantragt werden. Haben die Parteien bei der Wahl dann mehr oder weniger Stimmen als 1999 erhalten, erhielten sie zusätzliche Zahlungen oder mussten die entsprechende Summe rückerstatten. Die erhaltene Unterstützung ging zu 20% an den Präsidentschaftskandidaten und zu jeweils 40% an die Listen für den Senat und das Repräsentantenhaus. Auch Unternehmen unterstützen regelmässig die politischen Parteien während des Wahlkampfes.

Parteiensystem

Die uruguayische Parteienlandschaft besteht aus den beiden großen Traditionsparteien *Partido Nacional* (PN) und *Partido Colorado* (PC) sowie dem Parteienbündnis *Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría* (kurz: *Frente Amplio*). Die ersten beiden sind fast so alt wie das Land selbst, das 1825 unabhängig wurde. Der *Frente Amplio* wurde erst 1971 gegründet. Nach den letzten Wahlen löste diese Allianz zum ersten Mal

die beiden traditionellen Parteien bei der Regierungsbildung ab. Alle drei Parteien gehören international der COPPAL (*Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina*) an. Eine weitere Partei, die im Abgeordnetenhaus mit einem Sitz, aber nicht im Senat vertreten ist, ist der *Partido Independiente* (PI). Auf den PI wird im Folgenden nicht näher eingegangen.

Tabelle 16.1: Wahlergebnisse der im Parlament vertretenen Parteien*

Partei	Wahl ergebnis	Mandate	
		Abgeord- netenhaus	Senat
Frente Amplio	50,45%	52	16
Partido Nacional	34,30%	36	11
Partido Colorado	10,36%	10	3
Partido Independiente	1,84%	1	/

* Wahlen vom 31. Oktober 2004, Regierungübernahme am 1. März 2005

Frente Amplio ist von seiner ideologischen Ausrichtung her eine Mitte-Links-Partei. Die Partei wurde 1971 gegründet, nach dem Putsch 1973 verboten und konnte 1984 wieder an den Wahlen teilnehmen. Der amtierende Präsident Tabaré Vázquez wurde 1989 zum Bürgermeister Montevideos gewählt und konnte innerhalb der Partei zum Parteiführer und Präsidentschaftskandidaten aufsteigen.

Partido Nacional ist eine traditionell konservative Mitte-Rechts-Partei. Sie wurde 1836 gegründet, war seitdem eine der beiden großen Parteien im politischen System Uruguays und hat von 1990 bis 1995 mit Luis Alberto Lacalle zum letzten Mal den Präsidenten gestellt. Der PN hat Beobachterstatus in der ODCA und ist, wie *Frente Amplio*, Mitglied der *Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina* (COPPAL).

Der *Partido Colorado* ist von seiner ideologischen Ausrichtung eine konservativ-liberale Partei. Der PC wurde 1836 gegründet. Nach dem PN zählt der PC zu den großen traditionellen Parteien Uruguays. Zwischen 1865 und 1959 stellte der PC ununterbrochen den Präsidenten. Von 2000 bis 2005 war mit Jorge Luis Batlle zum letzten Mal ein PC-Politiker Präsident des Landes. Auch der PC gehört der COPPAL an.

Uruguay hatte über lange Jahre hinweg ein Zwei-Parteiensystem, das dann mit der Gründung des Parteienbündnisses *Frente Amplio* um eine dritte Komponente erweitert wurde. Seit den Wahlen von 1999 und insbesondere seit 2004 kann wieder eine, allerdings anders geartete, Zweiteilung der politischen Parteien beobachtet werden: auf der einen Seite die traditionellen Parteien *Partido Nacional* und *Partido Colorado* und auf der anderen Seite der *Frente Amplio*, der allein etwa so stark ist wie die anderen beiden Parteien zusammen.

Partnerparteien der KAS

Die KAS arbeitet mit dem christlich-demokratischen *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) zusammen, der seit 2005 als Mitglied des Parteienbündnisses *Frente Amplio* in der Regierung vertreten ist. Die christlich-demokratische Bewegung Uruguays, die Vorläufer des PDC war, hat in der Gründungsphase der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas mitgewirkt. Die zweite Partnerpartei der KAS ist seit 2002 der *Partido Nacional* (PN). Der PN ist mit knapp 35% der Wählerstimmen die größte Oppositionspartei.

Innere Struktur

PDC: Das Parteiführungsorgan ist die *Junta Nacional*. Ferner gibt es einen Parteitag (*Convención Nacional*) mit Beratungsfunktion, der die Mitglieder der *Junta Nacional* wählt. Parteivorsitzender ist derzeit Tourismusminister Dr. Héctor Lescano, Generalsekretär der Abgeordnete Dr. Juan Andrés Roballo.

PN: Das Parteiführungsorgan des PN ist der *Directorio del Partido Nacional* (aktueller Präsident: Parteivorsitzender Dr. Jorge Larrañaga, drei Sekretäre, elf Beisitzer). Der Parteitag (*Convención*) mit nationaler und departamentaler Ebene ist Beratungsgorgan.

Finanzierung

Die Finanzierung der Wahlkampagnen wurde bereits dargestellt. Im Übrigen finanzieren sich die Parteien über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Ferner führen aufgrund eines „Gentlemen's Agreement“ alle Parteimitglieder, die ein Amt in der Partei inne haben, einen Teil ihres Gehalts an die Partei ab.

Programmatische Positionen und Dokumente

PDC: Christlich-humanistische Leitprinzipien; *Documento Doctrinario del Partido Demócrata Cristiano*; PN: Laut Prinzipienklärung sind Leitprinzipien des PN Freiheit und Solidarität, die Verteidigung der na-

tionalen Souveränität und die Betonung der Zugehörigkeit zu Amerika.

Parteiinterne Kohäsion

Der PDC ist eine einheitliche, sehr kleine Partei, die jedoch Politiker hervorbringt, die an einflussreichen Positionen ihren Platz finden. Der PN hingegen ist sehr stark in Untergruppierungen zerklüftet. Die wichtigsten drei Flügel sind *Alianza Nacional* (Mitte), der Parteichef Larrañaga angehört, *Correntada Wilsonista* (Mitte rechts) und *Herrerismo* (rechts).

Wahlentwicklung der letzten fünf Jahre

Im Zeitraum der letzten fünf Jahre hat lediglich die bereits erwähnte Parlaments- und Präsidentschaftswahl am 31. Oktober 2004 stattgefunden. Hier ist der PDC als Teil des seither regierenden Mitte-Links-Bündnisses mit einem Abgeordneten in der *Cámara de Diputados* vertreten (Dr. Juan Andrés Roballo) und stellt mit Dr. Héctor Lescano einen Minister (Tourismus und Sport) im Kabinett des Staatspräsidenten Dr. Tabaré Vázquez. Ein weiterer Christdemokrat an herausgehobener Position ist der Zentralbankpräsident Walter Cancela. Der PDC stellt nur in einer der 19 Provinzen (*departamentos*) den Regierungschef (*intendente*; Ramón Fonticiella, Salto/Nordwesten Uruguays; zugleich einer der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden). Der PN hat als größte Oppositionspartei 36 Abgeordnetensitze in der *Cámara de Diputados* und stellt elf der 30 Senatoren. In zehn *Departamentos* ist der PN führende Kraft und stellt den Regierungschef.

Der PDC ist ODCA-Gründungsmitglied; hier hat die ODCA-Mitgliedschaft also große Tradition. Der Parteivorsitzende Dr. Héctor Lescano ist seit Jahren einer der Vizepräsidenten (Zuständigkeit Südamerika) der ODCA. Der PN hat seit September 2002 ODCA-Beobachterstatus und beabsichtigt grundsätzlich die Aufnahme als Vollmitglied. Hierzu gibt es offenbar derzeit parteiinterne Diskussionen. Bei verschiedenen Veranstaltungen wurde deutlich, dass der Bekanntheitsgrad der ODCA und die Zustimmung, die sie in den Reihen des PN findet, je nach Partisektor unterschiedlich ausgeprägt sind. Beiden Parteien dient die ODCA als Netzwerk für Kontakte zu Mitgliedsparteien in anderen Ländern Lateinamerikas. Auch greifen beide Parteien auf Experten der ODCA zurück.

Stellenwert der politischen Bildung und Beratung

Beim PDC haben Bildung und Beratung seit Jahren einen hohen Stellenwert. Die Zusammenarbeit mit der

KAS über das Bildungsinstitut *Instituto Humanista Cristiano* findet insbesondere im Bereich der Nachwuchsförderung und der Fortbildung mittlerer Parteikader statt. Ansprechpartner sind neben dem jeweiligen Leiter des Instituts (bis Mitte 2007 Alfredo Minchilli, seither Leopoldo Font) Tourismusminister Dr. Héctor Lescano und Dr. Antonio Carámbula, der eine wohl am ehesten einem Staatssekretär vergleichbare Stellung in demselben Ministerium inne hat und Sekretär für Internationale Angelegenheiten des PDC ist.

Der PN, der im Vorfeld der Wahlen 2004 mit der Wahl des Anfang 50-jährigen Dr. Jorge Larrañaga zum Parteivorsitzenden einen Generationswechsel eingeleitet hat, wird sich der Bedeutung von Bildung und Beratung zusehends bewusst. In diesem Zusammenhang begannen Nachwuchsförderung und Fortbildung mittlerer Parteikader mit Unterstützung der KAS zunächst mit der dem *Herrerismo* nahe stehenden *Fundación Crecer Uruguay* unter Senator Gustavo Penadés. Auch in den übrigen Flügeln der nach wie vor von Kommunikations- und Organisationsdefiziten gezeichneten Partei entsteht jedoch zunehmend die Einsicht, dass diesen Problemen nur durch verbesserte Bildung und Beratung in allen Flügeln der Partei beizukommen ist. So wird in diesem Jahr erstmals eine Serie von Workshops für Nachwuchspolitiker mit dem *Centro de Estudios del Partido Nacional* u.a. zum Thema politische Kommunikation durchgeführt. Kontaktpersonen für die Stiftung sind hier insbesondere der Sekretär des PN für internationale Angelegenheiten, der Abgeordnete Dr. Pablo Iturralde, sowie ein Team aus Experten unter Dr. Pablo Landoni, der an der Rechtsfakultät der *Universidad Católica del Uruguay* Dozent ist.

Kooperationen der KAS

Schwerpunktt Themen in der Kooperation mit beiden zuvor genannten Parteien sind die Ausbildung von Nachwuchspolitikern in den Bereichen politische Kommunikation, strategische Planung, Wertevermittlung, Rolle der Parteien in der Demokratie und Kommunalpolitik. Dies geschieht in der Regel in Workshops in Montevideo oder auch im Landesinneren unter Hinzuziehung von nationalen oder aus der Region stammenden Experten, teilweise auch aus dem ODCA-Expertenpool.

Die Beziehungen zum PDC sind traditionell gut, auch wenn es zu einer gewissen Distanzierung gekommen war, nachdem der PDC sich dem Bündnis *Frente Amplio* angeschlossen hatte. So gab es einige Jahre lang keine Kooperation mit der KAS. In den letzten fünf Jahren kam es dann wieder zu einer Annäherung, insbesondere mit dem Bildungsinstitut des PDC, dem *Instituto Humanista Cristiano*.

Die Zusammenarbeit mit dem PN begann, nachdem die Partei im Jahr 2002 als Beobachter in die ODCA aufgenommen worden war. Die bereits erwähnten Kommunikations- und Organisationsdefizite innerhalb des PN und die Zerklüftung in Sektoren werden, zumindest was den Bereich der Bildung und Beratung angeht, inzwischen teilweise überwunden. Entsprechend den Vorgaben aus der KAS-Zentrale wird in Uruguay insgesamt versucht, die politische Rolle beider Parteien, die dem gesellschaftspolitischen Standpunkt der Stiftung nahestehen, zu stärken.

Gisela Elsner

*Leiterin des Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika/
Sitz: Montevideo,
Landesbeauftragte für Uruguay*

17. VENEZUELA

Politische Rahmenbedingungen

Venezuela hat ein Präsidialsystem mit einem Einkammerparlament (Abgeordnetenhaus). Die bis 1999 noch existierende Zweite Kammer, der Senat, wurde mit der Verfassungsänderung von 1999 abgeschafft. Der Präsident wird in Venezuela auf sechs Jahre gewählt, die Gouverneure und die Bürgermeister auf vier Jahre. Ebenso wie die Gouverneure und die Bürgermeister, kann der Präsident einmal wiedergewählt werden. Präsident Chávez ist Ende 2007 mit seinem Versuch gescheitert, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, die die Aufhebung des Wiederwahlverbots für das Präsidentenamt vorsah. Die Abgeordneten werden auf jeweils fünf Jahre gewählt. Bei den Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen gewinnt, unabhängig von Wahlbeteiligung, absolutes Wahlergebnis und Verhältnis zu den nachfolgend platzierten Kandidaten, derjenige, der die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Eine Stichwahl ist nicht vorgesehen.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus gibt es ein Mischsystem. Die Aufstellung der Listen wird durch die nationalen Parteiführungen fast ausschließlich dominiert. Parlamentarier müssen sich eher um ein gutes *standing* in der Partei und gegenüber der jeweiligen Führung, als um eine besondere Wertschätzung bei ihren Wählern bemühen.

Der *Consejo Nacional Electoral* (CNE), die nationale Wahlbehörde, ist neben Legislative, Exekutive, Judikative und Bürgergewalt (Staatsanwaltschaft, Ombudsmann, Rechnungshof) eine der fünf Gewalten in Venezuela. Zu den Aufgaben des CNE gehören die Vorbe-

ereitung, Durchführung und Überwachung der Wahlen, die Bereitstellung aller Mittel, die Ausarbeitung der gesetzlichen Regelungen für jede einzelne Wahl und die Überwachung derselben. Ein oft kritizierter Punkt ist die automatisierte Stimmabgabe. Venezuela ist eines der am weitesten entwickelten Länder, was die Wahl per Computer betrifft. Allerdings schwand in den letzten Jahren aufgrund der fehlenden Transparenz, dem Vorwurf der einseitigen Zusammensetzung und der technischen Möglichkeiten der Manipulation das Vertrauen der Bevölkerung in den CNE.

Festgeschrieben ist, dass im Rahmen der „Parteienfinanzierung“ die Parteien keine öffentlichen Gelder erhalten dürfen. Vor allem die Oppositionsparteien können somit nur durch Spenden, vor allem von Unternehmen, überhaupt noch überleben.

Parteiensystem

Bezeichnend für die Parteienlandschaft in Venezuela ist deren Aufspaltung in zwei große Blöcke: Regierungstreue Pro-Chávez-Parteien und Oppositionsparteien. Der Graben, der zwischen diesen ideologischen Gruppen herrscht, scheint unüberwindbar, wie eine Aussage des Präsidenten verdeutlicht: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“. Charakteristisch für Venezuela ist auch, dass sich diese unversöhnliche Spaltung zwischen den Parteien auch wie ein Graben durch die Gesellschaft gezogen, sich in den Köpfen der Menschen eine Art Schwarz-Weiß-Denken eingebrannt hat – ja sogar viele Familien belastet. Die ideologische Spaltung spiegelt sich auch im Wahlverhalten der einzelnen gesellschaftlichen Schichten wider. Die von Präsident Chávez verteufelte „Oligarchie“, also das Bildungs- und Besitzbürgertum, hat sich in den letzten Jahren mehrheitlich auf die Seite der Opposition gestellt, während der Präsident seine Anhängerschaft noch zu großen Teilen aus den Armenvierteln rekrutiert.

Die Partei des Präsidenten Chávez, der *Movimiento Quinta Republica* (MVR), wurde von ihm selbst 1997 gegründet. Seit der Gründung hat Chávez die Strukturen seines linken Bündnisses beständig ausgebaut, damit die vergangenen Wahlen 1998, 2000, 2005 und die Präsidentschaftswahlen 2006 gewonnen und über das ganze Land ein weitreichendes Netz aus Gefolgsleuten aufgebaut. Vor allem die ländlichen und armen Gebiete sind daher ein treuer Wählerblock. MVR ist auf den „Caudillo“ und Führer Chávez fixiert. In der Gründungsakte wird der MVR als eine politische Bewegung, die „offen und einheitlich die Interessen des Volkes und der venezolanischen Nation verteidigt“, beschrieben.

Einzelnen Parteien wird in Venezuela jedoch keine große Bedeutung zugemessen. Somit steht und fällt die Partei mit ihrem Kandidaten. Im Präsidentschaftswahlkampf 2006 haben sich z.B. 25 Parteien einheitlich darauf geeinigt, Hugo Chávez zu unterstützen. Ideologisch nahestehende Parteien sind z.B. *Patria para todos* (PPT), *Movimiento por la Democracia Social* (PODEMOS) und der *Partido Comunista Venezolano* (PCV). Als Oppositionsparteien hatten sich auf dem Wahlzettel zur Präsidentschaftswahl 2006 44 Parteien zusammengeschlossen. Die beiden wichtigsten traditionellen Parteien Venezuelas, *Acción Democrática* (AD) und *Comité Organización Política Electoral* (COPEI), welche sich seit 1958 jahrelang in der Führung des Landes abgewechselt hatten, befinden sich seit dem Machtwechsel 1998 in den Oppositionsreihen. Beide mussten einen extremen Geltungs- und Vertrauensverlust in der Bevölkerung hinnehmen. Die neuen wichtigen Oppositionsparteien heißen heute *Primero Justicia* (PJ) und *Un Nuevo Tiempo* (UNT).

Primero Justicia wurde 1992 zunächst als bürgerlicher Verein gegründet, seit 2000 dann als Partei. Die öffentliche Ankündigung, gegen die gravierendsten Probleme wie Kriminalität und korrupte Justiz zu kämpfen, bescherte der Partei innerhalb weniger Jahre einen beachtlichen Zustrom an Mitgliedern. Mit ihren relativ jungen Parteiführern, wie z.B. Julio Borges, steht PJ auch dafür, eine gerechte, nachhaltige soziale Entwicklung des Landes zu forcieren. Sowohl *Primero Justicia* als auch COPEI sind dem christdemokratischen bzw. Mitte-Rechts-Spektrum zuzuordnen. *Un Nuevo Tiempo* ist mehr oder weniger die Parteigründung des Oppositionskandidaten Manuel Rosales selbst. Bis zu den Präsidentschaftswahlen 2006 war die Partei nur im Bundesstaat Zulia bekannt, wo Rosales Gouverneur ist. Rosales bezeichnet *Un Nuevo Tiempo* als Sozialdemokratische Partei.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 3. Dezember 2006 behauptete das Wahlbündnis von Chávez mit 63% die Präsidentschaft (Anteil MVR 42%). Das Parteienbündnis von Rosales erhielt 37% (NT 13%, PJ 11%, COPEI 2%, andere 11%). Auf regionaler Ebene sieht das Bild für Chávez fast noch besser aus: von 24 Gouverneuren sind nur noch zwei aus den Oppositionsreihen und von 333 Bürgermeistern können noch ca. 40 den Oppositionsparteien zugerechnet werden.

Partnerparteien

Partnerpartei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Venezuela war über Jahrzehnte COPEI. Die Partei wurde 1948 gegründet. Zwischen 1958, dem Ende der Diktatur, und 1998 konnten mehrere Präsidenten gestellt

werden. Formaler Partner der KAS war das Bildungsinstitut IFEDEC (*Instituto de Formación Democrática Cristiana „Aristides Calvani“*). Anfang dieses Jahrzehnts wurde die Partnerschaft mit IFEDEC beendet. COPEI erreichte bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2006 nur noch etwas mehr als 2% der Stimmen. Bereits in den 1980er Jahren setzte ein Verschleißprozess ein, der vor allem auch durch eine fehlende Reformbereitschaft inhaltlicher, aber auch organisatorischer Art gekennzeichnet war. Genaue aktuelle Mitgliedszahlen existieren nicht, Ende 1999 soll die Partei noch etwa 200.000 Mitglieder gehabt haben. Wenn es heute noch 20.000 sind, dürfte COPEI zufrieden sein. Nach langen Geburtswehen fand Ende 2006, Anfang 2007 ein längst überfälliger Generationswechsel statt. Eduardo Fernandez, über lange Jahre Parteivorsitzender, trat ab. Der neue Hoffnungsträger ist der noch junge Generalsekretär Luis Ignacio Planas. In zäher Kleinarbeit versucht er die Partei vor dem endgültigen Exitus zu retten. Die etwas über 2% bei den Präsidentschaftswahlen 2006 dürfen als Erfolg gewertet werden.

Obwohl der Parteiname *Comité Organización Política Electoral*, vor allem armen Venezolanern, als belastet gilt, wollte man sich jedoch nicht von ihm trennen, fügte allerdings die Wörter „partido popular“ an. Programmatisch bezeichnet sich COPEI nach wie vor als christlich-demokratische Partei. Fragt man nach den wichtigsten programmatischen Eckpunkten, fühlt man sich bei der Antwort an das CDU-Grundsatzprogramm erinnert. Das Problem ist nur, dass zwischen der Überzeugung von COPEI und der Fähigkeit, diese zu vermitteln, eine große Kluft zu beobachten ist. COPEI ist seit über 50 Jahren Mitglied der ODCA. Auch in der Christlich-Demokratischen Internationalen (IDC-CDI) ist die Partei vertreten. Über Jahre hinweg, von 1964 bis 2000 war Caracas der Sitz der ODCA, COPEI eine der dominierenden Parteien. Luis Herrera Campins und Pedro Pablo Aguilar sind manchem politisch Interessierten noch heute als ehemalige ODCA-Vorsitzende bekannt. Heute ist COPEI mit Eduardo Fernandez als Vizepräsidenten für den Andenraum im ODCA-Vorstand vertreten.

Derzeit gibt es im COPEI reichlich Konflikte. Diese lassen sich interessens- aber auch personalpolitisch festmachen und sind auf den schwierigen Generationswechsel zurückzuführen. Was politische Bildung und Beratung betrifft, so werden sie von der Parteiführung als überaus wichtig eingestuft, vor allem junge Nachwuchspolitiker sollen ausgebildet werden. Wenn dies tatsächlich in den verschiedenen Regionen des Landes realisiert werden sollte, wäre es ein wichtiger Schritt, um die Partei evtl. noch zu retten. Die KAS unterstützt

diese Bemühungen, allerdings in weit geringerem Maße als noch in den 1990er Jahren.

Zweite und weit wichtigere Partnerpartei der KAS ist *Primero Justicia* (PJ). Sieben Jahre nachdem aus der ehemaligen NGO eine Partei wurde, hat PJ nach eigenen Angaben 127.000 Mitglieder. Diese kommen vor allem aus COPEI und AD, den zwei ehemals „Großen“. Vor allem jüngere und enttäuschte Ex-*Copeianos* sehen in *Primero Justicia* eine Alternative. PJ bezeichnet sich als Partei des „*centro humanista*“ und vereint christlich-soziale Elemente mit konservativen Aspekten. Freiheit, Solidarität, Subsidiarität wie auch die Soziale Marktwirtschaft werden als zentrale Punkte bzw. Werte angegeben. Bei näherem Hinschauen fällt es schwer, grundlegende inhaltliche Unterschiede zwischen COPEI und PJ zu erkennen. Kennzeichnend für *Primero Justicia* ist, dass sie sich mehr oder weniger als einzige Oppositionspartei darum bemüht, konkrete, alternative Politikvorschläge zu präsentieren und die Bevölkerung davon zu überzeugen. Ein Großteil der Oppositionspolitiker konzentriert sich ansonsten nur auf relativ substanzfreie Angriffe gegen Hugo Chávez.

Primero Justicia hat bei der ODCA den Antrag zur Aufnahme als Beobachter gestellt. Ähnlich wie COPEI verspricht sich PJ von einer evtl. Mitgliedschaft den Zugang zu einem leichteren und effizienteren Meinungsaustausch mit gleichgesinnten Parteien Lateinamerikas. Zentraler Punkt dürfte jedoch sein, dass man sich erhofft, mit der ODCA einen „Alternativen Block“ zum linken Populismus in Lateinamerika aufbauen zu können.

Konflikte innerhalb des PJ gab es Anfang 2007. Einige renommierte Jungpolitiker wie der Generalsekretär Gerardo Blyde und auch Leopoldo López, Bürgermeister von Chacao, wechselten zu *Un Nuevo Tiempo*, Gerardo Blyde sogar in der gleichen Funktion. Der Austritt der genannten Personen hatte einerseits machtpolitische Gründe; es stand die Wahl des Parteivorsitzenden an und Julio Borges, alter und neuer Vorsitzender, wollte nicht kampfflos das Feld räumen. Andererseits war die Trennung alter Freunde auch ein Spiegelbild der programmatischen innerparteilichen Diskussion. Sieben Jahre nach Gründung war eine programmatische Standortbestimmung von PJ überfällig. Es gewann der eher christlich-demokratisch orientierte Flügel. Die eher sozialdemokratisch orientierten Spitzenfunktionäre wechselten zu *Nuevo Tiempo*, der Partei von Manuel Rosales.

Politische Bildung und Weiterbildung nehmen in der Partei einen hohen Stellenwert ein. Getragen werden

sie von der *Fundación Justicia y Democracia*. Verbesserungswürdig ist eine stärkere Verankerung des PJ in den Regionen. Auch der Kontakt mit den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft könnte noch verstärkt werden. Borges und seinen Mitstreitern wird teilweise vorgeworfen, etwas elitär und zu weit weg von der einfachen Bevölkerung zu arbeiten. Die nicht vorhandene bzw. verbotene staatliche Parteienfinanzierung gefährdet ohne Zweifel das Überleben der Oppositionsparteien, so auch das von PJ und COPEI. Deswegen kann auch bei beiden Parteien nicht von einer guten Organisationsstruktur und professioneller Wahlkampf-führung vor allem in den ländlichen Bundesstaaten gesprochen werden. So holte Hugo Chávez in den dünner besiedelten *Estados* stellenweise 80% der Stimmen. PJ und COPEI leben im Wesentlichen von Spenden aus dem Unternehmerbereich. Mitgliedsbeiträge gibt es so gut wie nicht. Und wie sich die hauptamtlichen Funktionäre finanzieren, bei den Parteivorsitzenden und Generalsekretären angefangen, ist nicht bekannt.

Kooperation der KAS

Nachdem die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Vergangenheit jahrzehntelang mit COPEI und dem Bildungsinstitut IFEDEC zusammenarbeitete, ist der Hauptpartner seit einigen Jahren der PJ und deren Parteistiftung *Justicia y Democracia*. Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich direkt mit den Parteistiftungen der beiden Parteien. Es gibt regelmäßige Koordinierungstreffen, auch regelmäßige Gespräche mit den Parteiführern beider Parteien zusammen. Auch zu den Hauptamtlichen in der Parteiführung bestehen enge und gute Beziehungen, nicht zuletzt mit den Verantwortlichen für Kommunikation und dem Vorsitzenden der Stiftung *Justicia y Democracia*.

Schwerpunkthemen in der Zusammenarbeit sind vor allem Bildungs- und Weiterbildungsseminare mit Nachwuchspolitikern, nicht zuletzt auch in den Bundesstaaten, die etwas weiter von Caracas entfernt liegen. Denn diese zum Teil noch relativ jungen Politiker werden das zerrissene Land dereinst wieder aufbauen müssen. Von unserer Seite aus achten wir sehr auf praxisnahe Schulungen. Die Teilnehmer sollten in erster Linie darin geschult werden, Lösungen für ihr Land zu konzipieren und wirkungsvoll kommunizieren zu können.

Ein weiterer wichtiger Punkt für *Primero Justicia* und auch für COPEI ist es, mehr junge Menschen für Politik und Parteiarbeit zu interessieren und dabei die Mitglieder-gewinnung aus bisher eher vergessenen Bevölkerungsgruppen, sprich den Armen in den *Barrios*, nicht

zu vergessen. Ergänzt werden diese Anstrengungen durch Seminare mit verschiedenen Universitäten zu unterschiedlichen Themen, um Studenten generell zu motivieren sich politisch zu engagieren. Austauschprogramme nach Deutschland sind ein weiterer fester Bestandteil des Kooperationsprogramms. Venezolanische Nachwuchspolitiker nehmen auch regelmäßig an den *Summer School*-Aktivitäten der KAS teil.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Kooperation vor allem mit *Primero Justicia* auf einem guten Weg ist, wenn die Regierung von Präsident Chávez diese Kooperation in Zukunft noch zulässt. Erwähnenswert ist auch, dass der Dialog offen und vertrauensvoll ist. Kritik wird geübt und akzeptiert, Ratschlag gesucht und auch berücksichtigt. Bestätigt werden kann jedoch, dass der neue Generalsekretär von COPEI den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der KAS sucht und auch akzeptiert, dass nunmehr die Zusammenarbeit mit dem PJ im Vordergrund steht.

Erklärtes Ziel und auch Potenzial im Bereich der Zusammenarbeit KAS mit PJ und COPEI sollte es sein, für einen mittelfristigen Zusammenschluss der beiden Parteien zu werben. Die Parteienspaltung der politischen Mitte muss beendet werden. Ein weiterer Schritt könnte dann auch die Förderung einer Art venezolanischer „*Concertación*“ sein. Nur so gibt es überhaupt eine Chance, Hugo Chávez demokratisch zu besiegen – bei Wahlen.

Dr. Hubert Gehring
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Venezuela,
seit März 2008 Landesbeauftragter der KAS für die
Tschechische Republik

18. DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND DER ORGANIZACIÓN DEMÓCRATA CRISTIANA DE AMÉRICA (ODCA)

Kooperation zwischen Staaten und internationalen Organisationen muss umfassend sein. Wirtschaftliche Kooperation allein reicht nicht aus. Die adäquate Entwicklung eines Landes erfordert zwar eine gesunde Wirtschaft, aber auch auf die Steigerung des Gemeinwohls hin orientierte Politik und wirksamen sozialen Zusammenhalt.

Dies wird in Lateinamerika ganz offensichtlich: staatliche Funktionsdefizite, unzulänglich funktionierende demokratische Institutionen, schwache Parteien und politische Führungskräfte ohne spezielle staatsbürger-

liche Bildung – all dies führt zu einer Verschlechterung der politischen Ausgangsbedingungen und erschwert die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene. Ein Problem ist häufig jedoch, dass der Schritt von der Theorie zur konkreten Handlung äußerst schwierig ist, vor allen Dingen im Bereich der Politik. Um diese Defizite zu überwinden, ist staatliches Handeln auf allen Ebenen notwendig: über nationale, regionale und lokale Regierungen, auf der Ebene des Parlaments und der politischen Parteien.

Eine wesentliche Komponente der Politik ist der legitime Wettstreit um die Macht zwischen Parteien und politischen Führungskräften. Dies gehört zu jeder Demokratie, ist aber ein Aspekt, der als bedeutendes Element der politischen Kooperation nicht immer leicht zu verstehen und umzusetzen ist. Für Christdemokraten genießt der faire Wettbewerb in der Politik eine hohe Bedeutung. In diesem Sinne ist die zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA) in Lateinamerika aufgebaute Kooperation im eigentlichen Sinne beispielhaft: Zum einen, weil sie die Prinzipien des Wettbewerbs und der Autonomie berücksichtigt hat und zum anderen, weil sie unverzichtbare Elemente für eine effiziente Erfüllung der Aufgaben in diesem Bereich aufweist, nämlich: Kontinuität, Professionalität, Nachbereitung der Aktivitäten, etc.; kurz, weil es sich um eine umfassende Zusammenarbeit handelt.

Bei dieser Zusammenarbeit können folgende Maßnahmen besonders hervorgehoben werden:

- Politische Bildung, die Veranstaltungen mit erstrangigen politischen Führungskräften sowie für ein größeres Publikum konzipierte staatsbürgerliche Bildung umfasst. Dazu kommen elektronisch vermittelte Bildungsprogramme unter Nutzung moderner Medien.
- Stipendien für Postgraduiertenstudien und berufliche Fortbildung, die es Generationen von lateinamerikanischen Führungskräften ermöglicht haben, Magister- und Dokortitel zu erwerben und die eine ganze Generation herausragender Politiker in verschiedenen Ländern geschaffen haben.
- Formulierung programmatischer Aussagen, eine von den Parteien häufig vernachlässigte Aufgabe. Regierungen und Parteien, die über Regierungsprogramme verfügen, sind erfolgreicher in ihrer Arbeit. In diesem Bereich sind neue programmatische Ansätze erforderlich.

- Weiterführung gezielter Programme für die wesentlichen politische Akteure und Hoffnungsträger in der Region, z.B. Jugend, Frauen, Arbeitnehmer und andere.
- Vernetzung von Institutionen, die im Bereich der Bildung und der programmatischen Arbeit tätig sind, sowie der Aufbau von Expertennetzwerken im Bereich der politischen Strategie- und Kommunikationsberatung ragen bei den durchgeführten Aktivitäten besonders heraus. Die Publikationen haben neue Perspektiven eröffnet. Durch sie werden die erarbeiteten Inhalte verbreitet. Über 300 Bibliotheken haben unser veröffentlichtes Material erhalten.

(Wert-)Neutrale politische Kooperation ist das größte Defizit anderer Institutionen, die versucht haben, sich in Lateinamerika im Bereich der politischen Kooperation zu betätigen. Typisch hierbei sind Veranstaltungen, in denen der Pluralismus der Teilnehmer hervorgehoben wird, die aber kaum Ergebnisse erzielen und im Allgemeinen die Rechtfertigung für einen wenig produktiven politischen bzw. „Expertentourismus“ liefern, und darüber hinaus die Beziehung zu Personen und nicht zu Parteien in den Vordergrund stellen, womit sie indirekt die Caudillopolitik stärken, die den Lateinamerikanern so sehr geschadet hat. Diese vermeintlich neutralen Strategien der Zusammenarbeit sind wenig effizient. Zudem kann man unmöglich neutral bleiben bei der Achtung der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Hier war und ist die Option der Konrad-Adenauer-Stiftung klar: Sie bezieht auf Grundlage des christlichen Humanismus Stellung für die Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft. Das ist eine Strategie, die Landeskenntnis und Fingerspitzengefühl erfordert, und die historische Erfolge in der Region ermöglicht hat. So sehe ich für Chile, einem Land mit stabiler Demokratie, hohem Wachstum und Erfolgen in der Armutsbekämpfung, in der Kooperation der KAS mit den chilenischen Christdemokraten eine der Erklärungen dieses Erfolgs.

Das andere Element, das die Qualität der umfassenden Zusammenarbeit zwischen KAS und ODCA erklärt, ist die Respektierung der Autonomie der Beteiligten, wobei sowohl die KAS als Institution, als auch die Vertreter der Stiftung in den einzelnen Ländern für den Erfolg der Programme entscheidend sind.

Die Globalisierung zeigt uns, dass eine ihrer Chancen die sogenannte Wissensgesellschaft ist. Aus dieser Perspektive können die in der ODCA mit Unterstüt-

zung der Stiftung erarbeiteten Methoden für die politische Bildung als Beispiel dienen. Dies ist eine neue Dimension der Kooperation, die in der Zukunft noch viel weiter ausgebaut werden sollte.

Die seit 1963 bestehende Zusammenarbeit zwischen KAS und ODCA hat es möglich gemacht, die ODCA zum größten Parteienbündnis mit starker Präsenz in Lateinamerika aufzubauen: eine Organisation, die nicht eine simple Anhäufung von Parteien ist, sondern die Summe von Organisationen auf der Grundlage christlich-demokratischen Gedankenguts, Ideen der politischen Mitte und eines Programms mit Identität für den ganzen Kontinent. Die Qualität der umgesetzten Maßnahmen, deren Wirkung und auch die Anerkennung der Leistungen durch andere Parteien und Institutionen, die mit uns in der Region konkurrieren, beweisen den unbestreitbaren Erfolg der Zusammenarbeit.

Aus all diesen Gründen ist die Schlussfolgerung eindeutig: Das Projekt KAS-ODCA sowie diverse andere Projekte, die von der KAS mit christlich-demokratischen Parteien und Parteien der Mitte in Lateinamerika durchgeführt wurden, sind ein Modell für echte und umfassende politische Zusammenarbeit. Der wertorientierte Kooperationsansatz der KAS sollte unbedingt beibehalten werden, denn die Tendenz zur Neutralität, die Tendenz dazu, nur eine internationale Organisation unter anderen zu sein, eine, der die Identität der Kooperation abgeht, ist weder glaubhaft noch effektiv.

Gutenberg Martínez Ocamica

Präsident der Universität Miguel de Cervantes in Santiago de Chile und ehemaliger Vorsitzender der ODCA

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL II

Zu Abschnitt 3: Brasilien

- 1| *PR ist eine Parteineugründung, die aus Fusion des Partido Liberal (PL) und Partido de Reedificação da Ordem Nacional (PRONA) hervorgegangen ist.*
- 2| *Die Zusammenarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung mit der Partejugend der DEM hat ihre Ursprünge aus der Zeit, als der DEM als Ganzes noch Mitglied der Liberalen Internationale war.*

Zu Abschnitt 7: El Salvador

- 3| *Zu weiteren Punkten siehe auch den Abschnitt 8.*

Zu Abschnitt 13: Nicaragua

- 4| *Die Überschrift „Partnerpartei“ entfällt für Nicaragua, da die KAS aufgrund der Zersplitterung des christlich-demokratischen Parteienspektrums, der Allianzbildung mit dem FSLN im Falle der UDC und der gegenwärtigen Schwäche der anderen Parteien des christlich-demokratischen Spektrums mit keiner Partei direkt kooperiert.*

Zu Abschnitt 16: Uruguay

- 5| *Die Verfasserin dankt ihrer Mitarbeiterin Rosario Navarro und der ehemaligen Praktikantin Rosa Öktem für die Hilfe bei den Recherchen zu dem vorliegenden Kurzbericht. Hinweise zu Quellen und weiterführenden Materialien finden sich im Anhang.*

III. DIE PARTEIENFÖRDERUNG DER KAS IN LATEINAMERIKA – BEISPIELE UND FALLGRUPPEN

Die Bedingungen der Parteienförderung in Lateinamerika haben sich für die Konrad-Adenauer-Stiftung im Laufe der Jahre nachhaltig verändert. Gab es zu Beginn der Arbeit auf dem Subkontinent fast überall quasi „natürliche“ Partner aus dem christlich-demokratischen Spektrum – gleiches schien lange für den wichtigen Bereich der Gewerkschaftsarbeit zu gelten –, die zudem in vielen Fällen über genug Macht und Einfluss verfügten, ihre programmatischen Ziele auch politisch durchzusetzen, ist dies heute die Ausnahme.

Nur noch in wenigen Ländern – herauszuheben sind Chile und Mexiko – haben christliche Demokraten heute diese Gestaltungschancen und genügend Rückhalt in der Bevölkerung. Nur dort treffen die wesentlichen Ansprüche an moderne Volksparteien auch auf die Partnerparteien der Konrad-Adenauer-Stiftung in vollem Umfang zu: flächendeckende Organisation, identifizierbare Mitgliederbasis, Integrationsfähigkeit, programmatische Kohärenz, Kampagnen- und Kommunikationsfähigkeit, um nur die wesentlichen zu nennen. Dies heißt allerdings nicht, dass dies auch in Zukunft so bleiben muss. Nicht nur der komplette Niedergang des einst als vergleichsweise stabil angesehenen Zwei-Parteien-Systems in Venezuela kann hier als ständige Mahnung dienen.

In einem „Mittelfeld“ von Ländern finden sich zumindest Parteien, die als Mitglieder der christlich-demokratischen Regionalorganisation ODCA primäre Ansprechpartner der KAS sein können, auch wenn meist gravierende Schwächen erkennbar sind, die Erfolge behindern oder ganz vereiteln.

Ganz abgesehen von einem Sonderfall wie Kuba, wo ein totalitäres System Parteienförderung nur im und aus dem Ausland möglich macht, finden sich schließlich Länder, in denen Parteien realistischweise nicht (mehr) als Partner der KAS in Betracht kommen, in denen formal als C-Parteien firmierende Organisationen sich von gemeinsamen Überzeugungen zu stark

entfernt haben oder die Legitimation von Parteien so sehr zerstört ist, dass nach völlig neuen Ansätzen gesucht werden muss, oder Länder, in denen ein pulverisiertes Parteienspektrum Anknüpfungspunkte einer exklusiven Zusammenarbeit mit einer Partei wenig sinnvoll erscheinen lässt (hier kann es gleichwohl durchaus noch schwache Partnerparteien geben, wie z.B. in den Fällen Venezuela und Ekuador).

Auf der Basis der lateinamerikanischen Länderanalysen lässt sich dieses Grobraster wie folgt mit Leben und Parteinaamen füllen, wobei hier außer acht gelassen wird, welche Rahmenbedingungen und Faktoren politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art zum jetzigen Zustand beigetragen haben. Auch ist es nötig, für die Bewertung der Parteien und ihre Leistungsfähigkeit ein detailliertes Indikatorenraster zu entwickeln:

- *Länder mit starken Partnerparteien:* Mexiko (PAN) und Chile (PDC).
- *Länder mit schwachen Partnerparteien:* Costa Rica (PUSC), Panama (*Partido Popular*), El Salvador (PDC), Honduras (ODCA-Mitglied PDCH und konservative PNH), Ekuador (UDC-DP), Kolumbien (PC), Peru (PPC und PDC – *Unidad Nacional*), Uruguay (ODCA-Mitglied PDC, ODCA-Beobachter *Partido Nacional*), Venezuela (COPEI und *Primero Justicia*).
- *Länder ohne geeignete Partnerparteien:* Bolivien (ODCA-Mitglied PDC ohne Relevanz, Kooperationsmöglichkeiten mit MNR offen), Argentinien (mit den ODCA-Mitgliedern PDC und PJ), Guatemala (die örtliche ODCA-Partei hat bei den Wahlen gerade erst ihre Registrierung als Partei verloren), Nicaragua, Brasilien (ODCA-Mitglied PFL, PSDB und DEM).
- *Sonderfall Diktaturen:* Kuba (mit den ODCA-Mitgliedern PDC, MCL, *Directorio* und *Proyecto Democrático*).

Grundsätzlich gilt, dass Parteienförderung und Parteienzusammenarbeit Alleinstellungsmerkmale deutscher politischer Stiftungen sind, die zum Kernbestand der Arbeit zählen und weiter zählen müssen. Ein Ausweichen in die „Zivilgesellschaft“ oder ein Übergang zu „multiparty-Ansätzen“ sind zumindest in Lateinamerika keine wirklichen Alternativen und führen nur zur Verwechselbarkeit mit den Angeboten anderer Anbieter entwicklungspolitischer Kooperation und auch Parteienförderung (NDI, IRI, *Netherlands Institute for Multiparty Democracy*, *International Institute for Democracy and Electoral Assistance* IDEA, *Westminster Foundation for Democracy*). Der eigene werbebezogene politische Standpunkt und die Bindung an die Christlich Demokratische Union in Deutschland verhelfen der Stiftung zur Glaubwürdigkeit und schaffen eine Vertrauensgrundlage, wenn für politisches Engagement in politischen Parteien geworben wird und diese gestärkt werden.

Angebote zur Stärkung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der politischen Parteien, z. B. auf den Gebieten Wahlrecht und Parteienfinanzierung oder thematische Handreichungen etwa zu Gesetzesinitiativen, flankieren diese Arbeit, Parteienförderung im engeren Sinne allerdings sind sie nicht (vgl. Abschnitt IV).

Für Länder mit delegitimierte Parteien und einem Parteiensystem in Auflösung muss – im Idealfall vorübergehend – gleichwohl auf Mehrparteien-Ansätze ausgewichen werden, vor allem, wenn eine insgesamt schwache demokratische Opposition dominanten autoritären Tendenzen gegenübersteht. Hier ist es geraten, Auffassungsunterschiede zwischen den Parteien zurückzustellen und das gemeinsame Ziel einer Rückkehr zu vollständig demokratischen Prozessen anzustreben. Auch kann es hier sinnvoll sein, andere Partizipationsmöglichkeiten anzubieten und Partizipationskanäle zu öffnen, statt das direkte Engagement in diesen Parteien zu fördern. Gerade politische Vorfeldorganisationen haben hier ihre Aufgabe.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt über einen großen „Instrumentenkasten“, mit dem sie Demokratieförderung generell betreiben und Maßnahmen der Parteienförderung flankieren kann. Die Präsenz vor Ort und das engmaschige Netz von Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern hilft dabei, die jeweiligen Kontextbedingungen zu ermitteln und in jedem Einzelfall bedarfsgerecht zu handeln.

Dies alles setzt allerdings auf Seiten der KAS auch die entsprechende Beratungsfähigkeit voraus. Kritisch ist immer wieder zu überprüfen, ob Personalauswahl und Personalvorbereitung zur konkreten Aufgabe vor Ort

passen. Darüber hinaus können bestimmte Beratungsangebote nur wirklich zu Einfluss führen, wenn die Stiftungsarbeit politisch durch die Bereitschaft der CDU und ihrer Funktions- und Mandatsträger zu solidarischer Hilfe flankiert wird. Die Ergebnisse der politischen KAS-Arbeit bleiben dann hinter den Möglichkeiten zurück, wenn das politische *back up* seitens der CDU und deren Bereitschaft zu einem engagierten internationalen Einsatz – zumindest, was Lateinamerika betrifft – unterentwickelt ist. Allerdings ist es umgekehrt kein erstrebenswertes Modell, auf institutionelle Entwicklung und Förderung von Parteien vor Ort zu verzichten und sich ganz auf die Bildung von rein persönlichen Netzwerken nach Opportunitätsgründen zu konzentrieren, wie dies etwa bei bestimmten Stiftungen anderer europäischer Länder zu beobachten ist.

Nicht sinnvoll ist es, sich als politische Stiftung ausschließlich auf das Feld der politischen Bildung zu konzentrieren und sich gerade dann zurückzuziehen, wenn es um konkrete politische Beratung – sei es in programmatischer oder in organisatorischer Hinsicht – geht. Zu oft wurden und werden die von der KAS geförderten Bildungsinstitute von den Parteiliten lediglich als „Spielwiese“ angesehen, der nur geringe praktische Bedeutung zukommt. Zu oft dienen und dienen diese dann als „Parkplatz“ für abgehalfterte Funktionäre. Wirklichen Einfluss auf das Leben der Partei, ihre programmatische Weiterentwicklung oder die Qualifizierung von Führungskadern und -nachwuchs entwickeln sie selten, in der Prioritätenskala der Parteiführungen waren und sind sie niedrig angesiedelt: Aufgrund von oft kompletter Fremdfinanzierung zwar nicht angefochten, andererseits aber auch nicht richtig ernst genommen. Solange sich dies nicht ändert, können sich nachhaltig positive Ergebnisse nicht einstellen. Ein Blick auf die Parteienliste in Lateinamerika zeigt, dass es klare Korrelationen zwischen nachhaltiger Bildungsarbeit und politischem Erfolg gibt.

In der Vergangenheit hat die Konrad-Adenauer-Stiftung durch die Förderung politischer Bildungsinstitute eindeutige Erfolge erzielt und auf die Entwicklung christlich-demokratischer Parteien in Lateinamerika positiv eingewirkt. Das Setzen auf parteinahe Bildungsinstitute und „Flaggschiffe“ hatte seine Konjunktur: Namen wie IFEDEC in Venezuela, FESO in Ecuador oder die *Fundación Simon Bolívar* in Kolumbien stehen für diese Arbeit, existieren heute aber nicht mehr als relevante KAS-Partner. Mit unterschiedlichem Erfolg setzt sich die Kooperation mit Instituten wie dem INCEP in Guatemala, dem IPEC in Panama oder dem ICHEH in Chile fort, während die Zusammenarbeit mit FRPH in Mexiko noch nicht auf eine ähnliche lange Historie zurückblicken kann. Es ist der

Analyse wert, zu fragen, was die unterschiedliche Entwicklung dieser Ansätze und der dahinterstehenden Parteien beeinflusst hat. Warum, so die naheliegende Frage, ist in manchen Fällen ein klarer Niedergang zu verzeichnen und warum blieben ähnliche Modelle zur gleichen Zeit und in ähnlichen politischen Konjunkturen überlebensfähig?

Für die aktuelle Neubewertung von Förderansätzen lautet eine zentrale Frage: Wie aktiv hat die KAS in diese Prozesse steuernd eingreifen können und wollen und wo war sie gegebenenfalls eher Zuschauer? Traditionell hat das Partnerprinzip für die Stiftung einen hohen Stellenwert, was eine Autonomie der Partner voraussetzt und Hilfe als Hilfe zur Selbsthilfe versteht. Auch wenn man die Eingriffsmöglichkeiten einer fördernden deutschen Stiftung auf das Innenleben von lateinamerikanischen Parteien und Bildungsinstituten nicht überschätzen darf, kann gefragt werden, ob die KAS aufgrund des Partnerprinzips in der Vergangenheit nicht auch auf Steuerungsmöglichkeiten verzichtet hat.

Was ist nun für die Zukunft daraus zu lernen, welche Wege der Parteienförderung sind zukünftig erfolgversprechend? Wieder bietet es sich an, nach den oben genannten Ländergruppen zu differenzieren.

LÄNDER MIT STARKEN PARTNERPARTEIEN

Nimmt man die Fälle Mexiko und Chile, bietet die Parteienförderung in diesen Ländern für die Konrad-Adenauer-Stiftung nach wie vor alle Möglichkeiten, die gesamte Palette der Förderung einzusetzen: Politische Bildung durch die Kooperation mit politischen Bildungsinstituten und Stiftungen (Seminare, Workshops, Publikationen etc.) sowie flankierende „Eigenmaßnahmen“, Investitionen in erfolgversprechende Einzelpersonen durch gezielte Stipendien und Förderungen, die konkrete Beratung von Führungskräften der Parteien und Mandatsträgern über Dialogmaßnahmen, Austausch, Kurzzeitexperten oder Studien sowie Organisationsberatung auf allen relevanten Feldern. Inhaltlich bietet sich der komplette Bildungskatalog an: Fragen der Parteiorganisation, Mitgliedschaft, Mitgliederwerbung und -motivation; persönliche Weiterbildung von Parteimitgliedern in inhaltlichen, organisatorischen und kommunikativen Fragen; Programm- und Grundsatzfragen; politische Kommunikation nach innen und außen; Bindung von Nichtmitgliedern; Parlaments- und Regierungsarbeit.

Der konkrete Dialog zwischen den genannten Parteien und der CDU, etwa über das Instrument der etablierten „Vierertreffen“ (CDU, PP, PAN, PDC-Chile), flankiert

diese Angebote und bindet die Partnerparteien in den internationalen Parteiendialog noch stärker ein, indem sie eine Führungsrolle übernehmen und auf schwächere Partnerparteien ausstrahlen können.

Die genannten Parteien sind in der Lage, ihre Bildungsinstitute selbst zu tragen, eine institutionelle Förderung durch die Übernahme von Personal- und Strukturkosten ist in der Regel nicht nötig. Allerdings muss sich die KAS darüber im Klaren sein, dass die Finanzierung von Personal in vielen Fällen auch besondere Loyalitäten und Bindungen mit sich bringt, die beim Verzicht auf diese Art der Förderung entfallen.

LÄNDER MIT SCHWACHEN PARTNERPARTEIEN

Die Schwäche einer Partei allein muss für die Konrad-Adenauer-Stiftung kein Ausschlussgrund für eine exklusive Zusammenarbeit sein. Voraussetzung ist neben der inhaltlich-programmatischen Nähe allerdings, dass realistische Ansätze zur Behebung dieser Schwächen bestehen und die Partei über hinreichendes Entwicklungspotenzial verfügt. Die immer erneute Wiederbelebung von dauerhaft schwachen Parteien kann hingegen nicht Aufgabe der KAS sein. Hier liegt das Problem in erster Linie bei der Reformfreudigkeit der aktuellen Parteienführungen und der Frage, ob es hinreichend erfolgversprechende Reformflügel und -persönlichkeiten innerhalb der Partei bzw. innerhalb von regionalen Unterorganisationen oder auch dem Jugendverband gibt (wie überhaupt die Förderung des politischen Führungsnachwuchses ein Schwerpunkt der KAS-Arbeit mit Parteien sein sollte). Für die KAS bietet sich in diesen Fällen an, ganz gezielt derartige Reformströmungen zu fördern, bis eine erneute institutionalisierte Kooperation mit der Gesamtpartei (wieder) möglich wird. Diese Förderung hat unterhalb der Schwelle zu erfolgen, wo die KAS zwischen innerparteilichen Fronten gerät bzw. zu starker innerparteilicher Parteinahme verdächtigt werden könnte. Dies kann im Einzelfall einen anstrengenden Spagat erfordern. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation mit dem PJ-nahen Netzwerk ACEP in Argentinien: Hier bietet der *Partido Justicialista* als Ganzes wenig Kooperationsansätze, gleichwohl gibt es hinreichende Anknüpfungspunkte für die gezielte Förderung von Führungsnachwuchs und punktuellen personellen Alternativen.

Sollte ein realistisches Entwicklungspotenzial gegeben sein, sind die Formen der Zusammenarbeit von denen mit starken Partnerparteien nicht unbedingt unterschiedlich. Die KAS hat in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass vorübergehende Schwierigkeiten von Partnern kein Grund für den Solidaritäts-

entzug darstellen. Dieses „Zusammenstehen in guten wie in schlechten Zeiten“ – gerade im Gegensatz zur sehr „konjunkturabhängigen“ Förderung anderer internationaler „Geber“ – und eine hohe Verlässlichkeit war immer eine Konstante der langfristig angelegten KAS-Arbeit und hat wesentlich zu ihrer Reputation beigetragen.

LÄNDER OHNE GEEIGNETE PARTNERPARTEIEN ODER MIT EINEM DELEGITIMIERTEN PARTEIENSYSTEM IN AUFLÖSUNG

In Ländern ohne geeignete Partnerparteien ist zu prüfen, ob dieser Zustand durch das Setzen auf neue Akteure verändert werden kann. Möglicherweise ist es sogar erfolgversprechend, Hilfe bei Partei-Neugründungen zu leisten. Diese, einmal identifiziert, können mit einer ähnlichen Palette von Angeboten unterstützt werden, wie Parteien in den ersten beiden Fällen. In diesen Ländern kann aber auch das Setzen auf *multi-party*-Ansätze ebenso richtig sein wie die gezielte Förderung von Rahmenbedingungen für eine parteipolitische Wiederbelebung.

SONDERFALL KUBA

Für Kuba geht es weiterhin in erster Linie um die Stärkung der demokratischen Opposition auf Kuba selbst. Im Falle von Oswaldo Paya und des MCL korrespondiert dies in positiver Weise mit der Förderung von klassisch christlich-demokratischem Gedankengut. In diesen Zusammenhang passt auch die Kooperation mit den anderen christlich-demokratischen Parteien Kubas, die Mitglieder der ODCA sind und von Miami aus operieren. Ändern würde sich die bisherige Förderung, wenn der Transitionsprozess auf Kuba Möglichkeiten zur konkreten parteipolitischen Arbeit auf der Insel selbst eröffnen würden. Für diesen Fall bedarf es konkreter Förderung des Parteaufbaus und der Parteiorganisation sowie der Herstellung von Kampagnenfähigkeit für anstehende Wahlen.

INTERNATIONALE PARTEIENKOOPERATION

Zu diesen differenzierten Aktivitäten in einzelnen Ländern kommen als Spezialfälle der Parteienförderung die Förderung von bzw. durch internationale Parteienverbände, in Lateinamerika konkret die ODCA, und die Förderung regionaler Bildungs- und Beratungsinstitute wie z.B. das INCEP in Guatemala hinzu. Ein Verband wie die ODCA kann eine wichtige Funktion unter anderem bei der Entwicklung gemeinsamer Standpunkte innerhalb der Parteienfamilie, bei der thematischen Abstimmung für die Arbeit in Regionalparlamenten wie dem Lateinamerikanischen Parlament PARLATINO und

dem *Parlamento Centroamericano* PARLACEN, bei der Reaktion auf gemeinsame Herausforderungen und die überregionale Artikulation gemeinsamer Anliegen sowie bei der solidarischen Hilfe zwischen stärkeren und schwächeren Parteien des Verbandes leisten. Gleichzeitig gibt es allerdings natürliche Grenzen für die Wirksamkeit dieser Arbeit: Sie richtet sich naturgemäß an alle Mitgliedsparteien, auch wenn diese in Einzelfällen längst ihre Bedeutung verloren haben, innerlich nicht reformbereit sind oder von kleinen traditionellen Cliques dominiert werden. Das kann den effizienten Mitteleinsatz behindern, besonders dann, wenn durch nationale Alleinstellungsansprüche dieser Parteien die Kooperation mit neuen, vielversprechenden Akteuren behindert und verhindert wird. Die aktuelle ODCA-Evaluierung durch externe Gutachter im Auftrag der KAS (KAS 2007e) bietet Anhaltspunkte für eine grundsätzliche Bewertung der Reichweite dieser Kooperation.

Durchaus richtungweisend ist der Ansatz eines KAS-nahen Regionalinstituts wie des INCEP in Guatemala, das einerseits bewusst Servicefunktionen für die ODCA-Mitgliedsparteien übernommen hat. Aufgrund der Schwäche einiger C-Parteien der Region hat das INCEP aber auch das Spektrum der Zusammenarbeit auf andere Parteien ausgedehnt, mit denen es allerdings auch seitens der KAS hinreichende inhaltliche Affinitäten gibt und die auch sonst die Förderungskriterien der Stiftung für politische Parteien erfüllen (siehe dazu Abschnitt IV). Allerdings gilt es, zwischen modellhaftem Ansatz und der aktuellen Realität des INCEP in der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu differenzieren.

Mit ihren Regionalprogrammen verfügt die Konrad-Adenauer-Stiftung zudem über Instrumente, die flankierend für die Parteienförderung große Wirkung entfalten können. Dies gilt ganz besonders für den Fall des Regionalprogramms „Medien und Demokratie“ und seinem Beraternetzwerk OCPLA (*Organización de Consultores políticos Latinoamericanos*) im Bereich der politischen Kommunikation. Hier haben Schulungen unterschiedlichster Art in der Vergangenheit, konkrete Beratungsinitiativen im Rahmen nationaler politischer Kampagnen oder die Bereitstellung von *best practice*-Beispielen, z.B. zu Wahlkämpfen in Lateinamerika oder die Erarbeitung von Handbüchern und Leitfäden, Zeichen gesetzt. Parteien konnten konkrete Beispiele aufgezeigt werden, wie erfolgreiche politische Kommunikation aussehen kann. Ansätze für erfolgversprechende Zielgruppenarbeit finden sich auch in der Zusammenarbeit der PPI-Programme mit nationalen Parteien, wenn es um die Ansprache und Partizipation indigener Bevölkerungsgruppen geht. Die

Rechtsstaatsprogramme wiederum wirken auf die Rahmenbedingungen der Parteiarbeit ein, z.B., wenn sie sich wie in Mexiko um die Mediengesetzgebung kümmern, die etwa Parteienwerbung in Wahlkampfzeiten oder den generellen Zugang von Parteien zu Medien regelt.

Die Länderanalysen legen zudem nahe, über flankierende Maßnahmen der Parteienförderung intensiv nachzudenken. Gerade dort, wo Parteien ihre Legitimation weitgehend verloren haben, bedarf es einer Investition in „Vorfeldmaßnahmen“, die über neue Partizipationsangebote auch neue Wege in politische Parteien bzw. zu deren Reform öffnen. Die Rolle der politischen Parteien kann nämlich nicht von anderen gesellschaftlichen Akteuren übernommen werden. Eine wichtige Aufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es dabei etwa, einen Beitrag zum Dialog zwischen den politischen Parteien und gerade bisher nicht oder wenig partizipierenden Gruppen der Gesellschaft zu leisten. Sie ist dafür durch ihren Zugang zu beiden Spektren besonders glaubwürdig und geeignet.

Frank Priess

*Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Mexiko*

IV. PARTEIENZUSAMMENARBEIT UND -FÖRDERUNG DER KAS: GRUNDSÄTZE UND ZIELE

1. PARTEIENZUSAMMENARBEIT UND -FÖRDERUNG IM RAHMEN DER INTERNATIONALEN ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT DER KAS¹

Die weltweite Förderung der Demokratie als politisches Ordnungs- und Herrschaftsmodell, ihrer Verfahren und Institutionen ist Ziel der internationalen Arbeit der KAS. Befunde der international verglichenen Politikwissenschaft sowie die jahrzehntelange Erfahrung der Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der deutschen politischen Stiftungen zeigen jedoch, dass die Demokratie nicht allein eine Herrschaftsform ist, deren Verfahren und Institutionen per Knopfdruck zu installieren sind, sondern dass sie an soziale, wirtschaftliche, kulturelle und geistige Vorbedingungen gebunden ist, die nicht in allen Weltregionen vorausgesetzt werden können. Technische und v.a. politische Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieförderung erfordern Geduld, Sensibilität, regionales und spezifisches Fachwissen, um die Maßnahmen der politischen Entwicklungszusammenarbeit zielgenau durchzuführen und ihnen die gewünschte Nachhaltigkeit zu verschaffen.

Im Rahmen aller Programme, die der Förderung der Demokratie dienen (Rechtsstaats-, Medien- und Dialogprogramme), zählen Parteienzusammenarbeit und Förderung von demokratischen Parteien zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der KAS. In nahezu allen der 70 Auslandsbüros werden Maßnahmen durchgeführt, die der Stärkung demokratischer Parteistrukturen und -verfahren sowie der Herausbildung demokratischer Parteiensysteme gewidmet sind. Den Zielsetzungen der internationalen Arbeit der KAS entsprechend liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen in Ländern, die in der jüngeren Vergangenheit einen Übergang von diktatorischer Herrschaft zur Demokratie erlebten (post-kommunistisches Mittelost- und Südosteuropa, z.T. Afrika) sowie in Ländern, in denen die Demokratie noch nicht hinlänglich als Herrschaftsform entwickelt ist (Teile Asiens, Afrika). Aufgrund der seit Jahrzehnten bestehenden Kontakte zu Parteien in

Lateinamerika spielen dort Parteienzusammenarbeit und -förderung wegen der langjährig gewachsenen gemeinsamen Traditionen und geteilter Werte neben entwicklungspolitischen Gesichtspunkten auch aus außenpolitischer Sicht eine besondere Rolle, wenn gleich die Maßnahmen im Bereich der Parteienförderung auch organisatorische und programmatische Beratungsleistungen einschließen.

2. WARUM PARTEIENFÖRDERUNG?

Politische Parteien und Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden. Eine parlamentarisch-pluralistische Demokratie kann per Definition ohne funktionsfähige Parteien nicht realisiert werden. Parteien sind wesentliche Träger der politischen Meinungs- und Willensbildung:

- sie artikulieren und aggregieren politische Interessen,
- sie entwickeln politische Zielvorstellungen und Programme im Wettbewerb mit anderen,
- sie integrieren unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Konfessionen und Ideen,
- Parteien haben eine Vermittlungsfunktion zwischen den Bürgern und den Staatsorganen, zwischen der gesellschaftlichen und der staatlichen Ebene und die Aufgabe, Kommunikation interaktiv zwischen beiden zu sichern,
- Parteien tragen zur politischen Sozialisierung der Bürger bei und fördern ihre politische Beteiligung,
- sie rekrutieren politisches Führungspersonal und stellen Kandidaten bei Wahlen zur Besetzung politischer Ämter auf und
- sie übernehmen schließlich politische Macht auf Zeit und setzen politische Entscheidungen im Sinne ihrer Zielvorstellungen in Parlament und Regierung um.

Damit sind die klassischen Parteifunktionen benannt. Sie illustrieren, dass in der modernen Gesellschaft parlamentarische Demokratie zwangsläufig Parteien-demokratie ist und dass es ganz wesentlich die Parteien sind, die durch die Art ihres Handelns, konkret: ihre Beteiligung an Wahlen und die verantwortliche Staatsführung die Demokratie legitimieren.

Die freiheitliche Demokratie ist ein anspruchsvolles Konzept politischer Herrschaft. In einem minimalistischen Verständnis ist sie durch sieben prozedurale und institutionelle Anforderungen gekennzeichnet (vgl. Dahl 1989):

- es muss in regelmäßigen Abständen freie und faire Wahlen geben,
- das Recht zu wählen muss für alle Erwachsene gewährleistet sein,
- das Recht, gewählt zu werden, muss für Erwachsene gewährleistet sein,
- die Institutionen der Regierung müssen von gewählten Amtsträgern wahrgenommen werden und den Wählern verantwortlich sein,
- die Freiheit der Meinungsäußerung und der Kritik an der Regierung ohne Gefahr von Strafverfolgung muss gesichert sein,
- der Zugang zu pluralistischen, alternativen Informationsquellen muss gegeben sein,
- Assoziationsfreiheit für unabhängige Vereinigungen, Interessengruppen und Parteien muss gesichert sein, um die oben genannten Rechte wahrnehmen zu können.

Damit die Demokratie als dauerhaft verankert angesehen werden kann, reicht es nicht aus, eine demokratische Verfassung zu verabschieden und formal demokratische Institutionen zu errichten. Die Konsolidierung der Demokratie erfordert auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, dass die gesellschaftlichen Eliten in Übereinstimmung mit der Verfassung handeln, dass die Bevölkerung die demokratische Grundordnung akzeptiert, dass gesellschaftliche Interessen frei artikuliert werden können, dass zivilgesellschaftliche Strukturen entwickelt sind und dass unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft der allgemeine Lebensstandard zunimmt, kurz: das der formale Verfassungstext Verfassungswirklichkeit wird. In all diesen Bereichen der demokratischen Konsolidierung nehmen Parteien und ihre Repräsentanten eine

zentrale Position ein, sei es als Vermittler oder als verantwortungsvoll handelnde politische Entscheidungs- und Führungsinstanz.

Es zählt zu unserem politischen Grundverständnis, dass die pluralistische Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, eine aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am gesamtgesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozess sowie verantwortungsvolle politische Führung, die der Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt und nicht der Befriedigung individueller Interessen verpflichtet ist, nur durch Parteienvielfalt, freie und faire Wahlen sowie demokratische Parteienkonkurrenz erreicht werden kann. Aus diesem Grund engagiert sich die KAS in der Förderung der Grundlagen demokratischer Herrschaft, d.h. auch in der Förderung demokratischer Parteien.

2.1 Parteienförderung und Parteienzusammenarbeit

Ein entwicklungspolitisches Oberziel der internationalen Arbeit der KAS ist es, einen effektiven Beitrag zum Aufbau und zur Konsolidierung der Demokratie in unseren Projektländern zu leisten. Als kollektive Akteure der Interessenaggregation und -artikulation, der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung, Elitenrekrutierung und politischen Führung sind Parteien und ihre Repräsentanten grundsätzlich von besonderer Bedeutung für die politischen Bildungs- und Beratungsleistungen der Stiftung.

Parteienförderung ist vielschichtig. Im engeren Sinne meint Parteienförderung die gezielte organisatorische und programmatische Stärkung demokratischer Parteien durch die Weiterbildungs- und Beratungsleistungen. Je nach Zahl und programmatischem Profil der Parteien und in Abhängigkeit der Struktur eines Parteiensystems kann sich die Förderung an eine oder mehrere Parteien richten. Dies ist unmittelbare Förderung von demokratischen Parteien, wenn sie den Förderkriterien der KAS entsprechen (siehe Tab. 1 und Abschnitt 2.2).

In einem weiteren Verständnis meint Parteienförderung aber auch, dass die Maßnahmen auf das Umfeld politischer Parteien zielen. Diese mittelbare Parteienförderung geschieht vornehmlich in Ländern und Regionen, in denen demokratische Grundprinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung oder Medienfreiheit schwach entwickelt sind. Mehr als die Förderung einzelner Parteien steht hier die Entwicklung demokratischer Grundprinzipien sowie Unterstützung zur Entstehung von pluralistischen Parteiensystemen im Vordergrund und ist Bestandteil der Rechtsstaats-, Medien- und politischen Dialogprogramme der KAS.

Die Parteienförderung der KAS ist also von den anderen Programmen niemals isoliert zu betrachten. Nur dort, wo die politischen Umfeldbedingungen soweit vorangeschritten sind, dass überhaupt demokratische Parteien existieren, können sie gezielt gefördert werden.

Von der unmittelbaren und mittelbaren Parteienförderung ist die Zusammenarbeit mit politischen Parteien zu unterscheiden. Auch hier trennen wir nach unmittelbarer und mittelbarer Kooperation. Die unmittelbare Parteienzusammenarbeit dient insbesondere in nicht-demokratischen Ländern, in denen (noch) keine Parteien existieren, die für eine direkte Förderung durch die KAS in Frage kommen, dem Meinungsaustausch mit den politischen Machthabern. Dies ist eher ein strategischer Dialog, mit dessen Hilfe die KAS Kontakt zu den politischen Eliten vor Ort knüpft bzw. hält und für ihre Werte und demokratischen Standpunkte wirbt. Mittelbare Parteienzusammenarbeit wiederum meint, dass die KAS die Zusammenarbeit von Parteien

(mit)initiiert. Beispiele dafür sind die *International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP) oder die *Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement* (UPADD). Aufgrund der faktischen Überschneidungen zwischen Parteienförderung und -zusammenarbeit² schließt diese Form der Parteienkooperation auch die Zusammenarbeit von Parteien und Parteibündnissen ein, die den Fördergrundsätzen der KAS entsprechen und gefördert werden, also z.B. auch die Zusammenarbeit von Parteien im Rahmen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Christlich Demokratischen Internationale (CDI-IDC) sowie ihrer Regionalorganisationen wie der *Organización Democrata Cristiana de América* (ODCA) oder *IDC-Pacífico*.

In der nachstehenden Tabelle sind die unterschiedlichen Arten und Intensitätsstufen der Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS zusammengefasst. Welche Maßnahmen oder Kombinationen daraus zum Einsatz kommen, ist von den länderspezifischen Faktoren abhängig.

Tabelle 1: Ebenen der Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS

	Parteienzusammenarbeit	Parteienförderung
unmittelbare	strategischer Dialog mit Parteien und politischen Machthabern, vor allem in Ländern, in denen es (noch) keine förderungsfähigen Parteien gibt	direkte Förderung einzelner Parteien oder Zusammenarbeit mit parteinahen Bildungsinstituten in Organisations- und Programmfragen durch Bildungsveranstaltungen (Seminare, Workshops) und Beratung
mittelbare	KAS als Initiator von Parteienzusammenarbeit Dritter, z.B. im Rahmen der EVP, der ODCA, der ICAPP, UPADD	Förderung eines demokratischen und parteien„freundlichen“ Kontexts, z.B. durch Rechtsstaats-, Medien- und politische Dialogprogramme; Vermittlung demokratischer Werte und Normen im Rahmen allgemeiner demokratischer Bildungsveranstaltungen

2.2 Grundsätze der Parteienförderung der KAS

Die KAS ist eine politische Stiftung, d.h. sie vermittelt Werte, um so zur Entwicklung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, ihrer Institutionen und Verfahren beizutragen. Insbesondere zur gezielten Förderung durch die KAS müssen aus mindestens zwei Gründen strenge Maßstäbe angelegt werden. Erstens übernimmt die KAS mit der direkten Förderung politischer Parteien in den Projektländern große Verantwortung, da die geförderten Parteien und Personen von heute in Zukunft politische Entscheidungsträger sein können, die über die Geschicke eines Landes oder ganzer Regionen mitbestimmen. Zweitens arbeitet die KAS, wie die anderen deutschen politischen Stiftungen

auch, mit öffentlichen Mitteln, die entsprechend den Förderrichtlinien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) sowie des Auswärtigen Amtes (AA) verantwortungsvoll eingesetzt werden müssen.

Obwohl für eine Förderung durch die KAS grundsätzlich nur Parteien in Frage kommen, die unseren politischen Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen entsprechen, müssen sie in Bezug auf ihren Namen, ihr Programm oder die Wählerschaft nicht zwangsläufig christlich-demokratischer Provenienz sein, um die Kriterien zur direkten Förderung durch die KAS zu erfüllen. Grundlage für eine Förderung ist vielmehr, dass eine Partei gleichermaßen

1. allgemeine Menschenrechte, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie sowie die damit verbundenen politischen Ordnungsprinzipien wie freie und faire Wahlen, Parteienpluralismus und -konkurrenz, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit anerkennt;
2. Politik auf der Grundlage christlicher Werte (in nichtchristlichen Ländern gelten vergleichbare Werte, auch wenn sie anders begründet werden) formuliert. Neben den bereits unter 1. genannten Werten sind dies insbesondere: das Verständnis vom Menschen in seiner Gleichwertigkeit und individueller Verschiedenartigkeit, Subsidiarität und Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und umgekehrt (Solidarität);
3. sich – speziell in islamischen Ländern – zur Trennung von Staat und Religion, insbesondere im Hinblick auf die Legitimation politischer Herrschaft und Rechtssprechung, bekennt. Der demokratische Verfassungsstaat und seine Grundelemente sind mit Herrschaftslegitimation und Rechtssprechung auf der Grundlage religiös-fundamentalistischer Werte nicht vereinbar. Parteien, die diese Trennung nicht anerkennen und für eine fundamentalistischen theokratische Herrschaftslegitimation und Rechtssprechung eintreten, kommen daher für eine gezielte Förderung durch die KAS nicht in Frage;
4. ein Mindestmaß an innerparteilicher Demokratie aufweist, d.h. demokratische Entscheidungsstrukturen und -verfahren mit einem Parteitag als oberstem Entscheidungsgremium, demokratische Kandidatenauswahl, Möglichkeit der innerparteilichen Mitbestimmung durch die Parteibasis, demokratische Parteienfinanzierung;
5. sich zur Errichtung marktwirtschaftlicher Institutionen auf der Grundlage von Privateigentum und freier unternehmerischer Initiative bekennt. Parteien, die von der KAS gefördert werden, verfolgen zugleich aber auch sozialpolitische und arbeitsrechtliche Mindeststandards (z.B. Verbot von Kinderarbeit) und haben zumindest eine minimale soziale Grundversorgung zum Ziel.

Diese Kriterien gelten grundsätzlich als nicht austauschbar. Die Beurteilung, ob es sich in diesen Fragen lediglich um unverbindliche Lippenbekenntnisse handelt oder ob eine Partei tatsächlich bestrebt ist, Politik auf dieser Grundlage zu gestalten, bedarf der kontinuierlichen Beobachtung vor Ort, die vor allem durch die Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu erbringen ist. Parteien, die in zentralen Punkten diesen Kriterien nicht entsprechen, sind nicht *förderungswürdig*. Es besteht aber ggf. die Möglichkeit, mit Einzelpersonen zusammenzuarbeiten (vom Dialog bis hin zur individuellen Förderung), wenn diese Personen glaubhaft und mit Aussicht auf Wir-

kung in ihren Ländern demokratische Grundwerte und Ziele vertreten bzw. verfolgen. Zudem besteht auch die Möglichkeit, teilweise auch die Notwendigkeit, den strategischen Dialog mit Parteien, die nicht unsere Grundwerte teilen, fortzusetzen. Aber dies ist keine *Parteienförderung*.

Förderungswürdig ist eine Partei, wenn sie programmatisch, inhaltlich und organisatorisch den o.g. Kriterien entspricht. Darüber hinaus sollte es sich bei einer von der KAS geförderten Partei um eine relevante Partei handeln, von der ein effektiver Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie, ihrer Institutionen (demokratische Wahlen, Parteienkonkurrenz und -vielfalt) und Verfahren erwartet werden kann. Das bedeutet nicht, dass wir uns a priori auf bereits bestehende Parteien oder auf in Bezug auf den Wahlerfolg aussichtsreiche Parteien konzentrieren. Die direkte Unterstützung der Parteien im Wahlkampf zählt nicht zu unseren entwicklungspolitischen Zielen. Relevanz heißt in diesem Zusammenhang, dass eine von der KAS geförderte Partei in personeller wie inhaltlicher Hinsicht zumindest das Potenzial haben muss, den Demokratisierungsprozess in ihrem Lande nachhaltig und positiv zu beeinflussen.

3. GESETZLICHE GRUNDLAGEN DER PARTEIENZUSAMMENARBEIT UND -FÖRDERUNG DURCH DEUTSCHE POLITISCHE STIFTUNGEN

Ein gesetzliches Verbot der Zusammenarbeit mit und Förderung von politischen Parteien besteht nach deutscher Rechtsordnung nicht. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Tätigkeit, wie die der anderen politischen Stiftungen auch, eine verfassungsrechtliche Grundlage in Art. 5, Art. 9, Abs. 1, und Art. 12, Abs. 1, GG hat. Bei der Gestaltung ihrer Maßnahmen verfügen die politischen Stiftungen über Handlungsspielräume, die jedoch im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeiten stehen müssen.

Die Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Gesellschafts- und Strukturpolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit sowie die Gesetze der Partnerländer verbieten den deutschen politischen Stiftungen eine direkte Unterstützung politischer Parteien, z.B. in Form von allgemeiner finanzieller Unterstützung, Wahlkampffinanzierung oder den Aufruf zur Wahl einer bestimmten Partei im Ausland.

Die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorschriften ist zwingend, nicht zuletzt deshalb, weil Verstöße mit

Rückzahlungsverpflichtungen verbunden sind oder den politischen Stiftungen der Gemeinnützigkeitsstatus aberkannt werden kann. Aber nicht primär negative Anreize verpflichten die deutschen politischen Stiftungen zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, sondern v.a. das Wissen um die Verantwortung für eine friedliche, demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in unseren Partnerländern, die ein wirtschaftlich und politisch-kulturell so hoch entwickeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie, ihrer Verfahren und Institutionen in unseren Projektländern trägt.

4. BERATUNGSFELDER UND -ZIELE DER UNMITTELBAREN PARTEIENFÖRDERUNG

Die unmittelbare Parteienförderung der KAS folgt keinem vorgegebenen Modell, d.h. mit unseren Bildungs- und Beratungsleistungen soll kein spezielles Parteidmodell „exportiert“ werden. Aufgrund der hohen Varianz der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontextbedingungen in den Projektländern der KAS wäre Parteienförderung mit dem Ziel der Errichtung eines bestimmten Modells „dogmatisch“ und würde die Einflussfaktoren und Entwicklungsmöglichkeiten demokratischer Institutionen unzulässigerweise ignorieren. Parteienförderung meint daher zuallererst, dass wir in den Partnerländern versuchen, einen Beitrag zur Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie, ihrer Grundwerte, Verfahrensweisen und ihrer Institutionen sowie zum Entstehen von demokratischen, entwicklungsorientierten Eliten zu leisten.

Allerdings stellt das Modell der deutschen Volkspartei einen wichtigen Bezugspunkt dar. Dieser kann und muss nicht in jedem Projektland erreicht werden. Aber die Volkspartei ist der am ehesten geeignete Parteidtypus, um politische Stabilität, Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten eines Landes und gemeinwohlorientierte Regierungsführung zu erreichen.

Die große Systemleistung der (deutschen) Volksparteien liegt in ihrer Fähigkeit, Wähler und Mitglieder aus unterschiedlichen sozialen Schichten (Arbeiter, Landwirte, Studenten, Angestellte, Selbständige, Unternehmer) und verschiedenen Konfessionen zu integrieren, Kompromisse auf breiter gesellschaftlicher Basis zu erarbeiten, politische Mäßigung und Stabilität herzustellen. Volksparteien müssen nicht zwangsläufig Massenparteien sein, obwohl ein (historischer) Zusammenhang besteht. Wichtig ist v.a., dass die Beratungsmaßnahmen der KAS beständig darauf verweisen, dass Parteien keine eigennutzorientierten Agen-

turen oder Partikularinteressenvertretungen sein können, wenn sie zur friedlichen und demokratischen Entwicklung ihrer Gesellschaften und zur Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt beitragen wollen.

Die unmittelbare Parteienförderung der KAS sollte sich auf fünf Kernbereiche konzentrieren: (1) Stärkung der Parteiorganisation, (2) Entwicklung wertgebender Parteiprogramme, (3) Verbesserung der politischen Kommunikation(sfähigkeit), (4) Ausbau der politischen Integration(sfähigkeit) und Verbesserung der strategischen Position der Parteien und (5) Einbindung der Parteien in internationale demokratische Parteienbündnisse. Diese Kernbereiche werden im Folgenden ausführlicher dargestellt und anhand von entwicklungspolitischen Zielstellungen konkretisiert.

4.1 Stärkung der Parteiorganisation

Eine „starke“ demokratische Parteiorganisation zeichnet sich durch sechs Merkmale aus, die zielgerichtet gefördert werden sollten:

1. durch einen Grundstock an Mitgliedern mit Rechten und Pflichten,
2. durch die Mitwirkung der Mitglieder an innerparteilichen Entscheidungen (innerparteiliche Demokratie),
3. durch möglichst feste Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen und/oder parteilichen Vorfeldorganisationen, z.B. zu Berufs-, Wirtschafts- u.a. Interessenverbänden, ggf. auch zu Gewerkschaften, Genossenschaften, Medien u.a., denen innerparteiliche Interessenvereinigungen gegenüberstehen, die eine berufs- oder anderweitig spezifische Integration leisten,
4. durch ein Parteistatut, in dem Mitgliederstatus, innerparteiliche Strukturen und Verfahren, die Wahl innerparteilicher Ämter, Parteifinanzen und Rechnungslegung geregelt sind,
5. durch stabile und möglichst von Spenden unabhängige Form der Finanzierung und
6. durch eine demokratisch legitimierte Parteiführung auf allen administrativen Ebenen eines Landes (Kommune, ggf. Gliedstaaten, nationale Ebene), die in der Lage ist, die Geschäfte der Partei zu lenken.

4.1.1 Mitgliederbasis

Parteimitglieder sind eine wichtige Ressource von Parteien. Sie sind Beitragszahler, Quelle politischer Ideen, stellen politischen Nachwuchs und aus ihnen rekrutiert sich das politische Führungspersonal. Allerdings ist es schwierig, den lebensnotwendigen „Grundstock“ an Mitgliedern genau zu quantifizieren. Es gibt traditions-

reiche Demokratien, in denen es kaum formale Parteimitglieder gibt (USA). Andere Länder, z.B. Kuba, haben formal zahlreiche Parteimitglieder, sind aber keine Demokratien. Nach unserem Verständnis sind Parteimitglieder jedoch nicht nur aus den o.g. Gründen wichtige Ressourcen für die Parteien, sie sind auch Stammwähler, Multiplikatoren, sie wirken an der politischen Bewusstseinsbildung in ihrem Umfeld mit und helfen demokratischen Parteien, ihre Aufgaben zu erfüllen. Von zentraler Bedeutung ist, dass sie nur einer Partei angehören dürfen.

Ziel 1: Eine von der KAS geförderte Partei hat einen Grundstock an aktiven Mitgliedern mit Rechten und Pflichten, die nur dieser einen Partei angehören.

4.1.2 Innerparteiliche Partizipation, Demokratie und Kommunikation

Die Möglichkeit für Parteimitglieder, an innerparteilichen Entscheidungen teilzuhaben, ist gegenüber Nichtmitgliedern ein Privileg. Zwar werten Parteiführer innerparteiliche Mitbestimmung der Basis gelegentlich als störend. Dennoch sind innerparteiliche Demokratie, die Möglichkeit der Beteiligung der Mitglieder und demokratische innerparteiliche Strukturen mit dem Parteitag als oberstem Entscheidungsgremium nicht nur selektiver Anreiz für potentielle Mitglieder, sondern Grundregeln jeder demokratischen Partei. Innerparteiliche Partizipation auf allen Ebenen einer Partei erhöht die Gruppensolidarität (nach innen und außen, d.h. gegenüber den Unterstützermilieus) und fördert den „Input“ in Bezug auf (lokale) Problemlösungen.

Innerparteiliche Demokratie und die aktive Beteiligung der Mitglieder setzen voraus, dass es innerparteiliche Kommunikation gibt. Die Binnenkommunikation erfolgt in bzw. über die Gliederungen einer Partei. Standardinstrumente der innerparteilichen Kommunikation sind Mitgliederversammlungen, Parteitage, Publikationen der Partei, innerparteiliche Informationsdienste und zunehmend das Internet.

Ziel 2: Eine von der KAS geförderte Partei unterrichtet ihre Mitglieder regelmäßig über innerparteiliche Belange. Die Mitglieder haben die Möglichkeit, sich in die Parteiarbeit einzubringen und über programmatische, inhaltliche und personelle Belange der Partei abzustimmen. Eine von der KAS geförderte Partei hat demokratische innerparteiliche Strukturen mit dem Parteitag als oberstem Entscheidungsgremium.

4.1.3 Verbindungen zur Zivilgesellschaft

Eine Partei, die ohne jede Bindung über der Zivilgesellschaft schwebt, kann zwar eine Wahl gewinnen, aber nicht auf Dauer überleben oder gar Politik im Sinne des Gemeinwesens (Politik *für* die Menschen) mitgestalten. Um elementare Aufgaben, d.h. Interessenaggregation und -artikulation, politische Sozialisierung und Wertevermittlung erfüllen zu können, benötigt eine Partei dauerhafte Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, z.B. zu Berufs- und Wirtschaftsverbänden, ggf. auch zu Gewerkschaften, Genossenschaften, Medien u.a. Organisationen der Zivilgesellschaft. Stabile Beziehungen zum „vorpolitischen“, genauer zum vorparteilichen Raum, im Idealfall die feste Verwurzelung der Partei mit gesellschaftlichen Gruppen, sind für den „Input“ neuer Ideen und gesellschaftlicher Bedürfnisse ebenso wichtig wie für die Rückkoppelung der Parteipositionen mit der Zivilgesellschaft. Sie spielen für die Integration der Wähler an die Partei (Milieubildung und -festigung) sowie die unmittelbare Wähleransprache eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt, dass zahlreiche politische Problemstellungen viel zu komplex sind, als dass sie von den „Generalisten“ in politischen Parteien allein gelöst werden könnten. Die Einbeziehung der Expertise von parteinahen Nichtmitgliedern erhöht auch die Problemlösungsfähigkeit der Partei. Parteien, die mit zivilgesellschaftlichen Organisationen verwurzelt sind, können gesellschaftliche Probleme und Bedürfnisse leichter erkennen und darauf reagieren (Responsivität). In Verbindung mit aktiver Beteiligung der Parteimitglieder wirkt der Kontakt zur Bevölkerung und zu gesellschaftlichen Organisationen einer Selbstabschottung der Parteispitze, Wahrnehmungsstörungen oder der „Verbonzung“ entgegen. In diesem Zusammenhang, sowie auch zur Steigerung der Attraktivität innerparteilicher Teilnahme spielt auch die Möglichkeit der Partizipation für Nichtmitglieder eine zunehmend wichtige Rolle. In modernen Gesellschaften nehmen Parteien zu allen erdenklichen Fragen Stellung. Ihre Problemlösungskompetenz wird durch die – ggf. zeitlich befristete – Teilnahme von Experten erhöht.

Ziel 3: Eine von der KAS geförderte Partei verfügt über stabile Kontakte zu zivilgesellschaftlichen und/oder parteilichen Vorfeldorganisationen und innerparteiliche Interessenvereinigungen, die gesellschaftliche Partikularinteressen in die Partei integrieren.

4.1.4 Parteienfinanzierung

Demokratische Parteien benötigen stabile Einnahmen. Die demokratischste Form der Parteienfinanzierung ist der einkommensabhängige Mitgliedsbeitrag. Damit Parteien einerseits ihre Aufgaben effektiv erfüllen können und andererseits Ungleichgewichte und Abhängigkeiten durch bzw. von privaten Spenden und Spendern vermieden werden können, hat sich – neben den satzungsmäßigen Regelungen zur Parteienfinanzierung – in zahlreichen Ländern eine öffentliche Parteienfinanzierung etabliert. Sie regelt die Höhe der Zuwendungen und verlangt von den Parteien die regelmäßige Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben sowie ihres Vermögens.

Ziel 4: Eine von der KAS geförderte Partei verfügt über kontinuierliche Einnahmen, die sie von privaten Spenden weitestgehend unabhängig macht. Im günstigsten Fall bestehen diese Einnahmen neben einkommensabhängigen Mitgliedsbeiträgen in gesetzlich geregelten staatlichen Zuwendungen mit öffentlicher Rechnungslegung.

4.1.5 Parteiverwaltung und -management

Ohne Parteiverwaltung bliebe eine Partei „Phantom-“ oder „Briefkastenpartei“. Damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen kann, benötigt sie neben freiwilligen auch hauptamtliche Mitarbeiter auf allen administrativen Ebenen eines Staates (Kommune, ggf. Länder/ Provinzen/Bundesstaaten, nationale Ebene), die die Geschäfte der Partei und ihrer Gliederungen führen. Die Parteiorganisation auf allen Ebenen spielt für die bereits genannten Bereiche (4.1.1 und 2: Mitgliederbetreuung und -werbung, aktive Teilnahme, Förderung von Gruppensolidarität und Legitimation; 4.1.3: Kontakte zur Zivilgesellschaft und Wertevermittlung; 4.1.4: Parteienfinanzierung) eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig dienen die Parteigliederungen der politischen Kommunikation und Mobilisierung, v.a. während der Wahlkämpfe, die i.d.R. von der übergeordneten Ebene entworfen und den nachgeordneten Ebenen ausgeführt werden.

Parteiämter sind Ämter auf Zeit. Innerparteiliche Wahlen und die Amtszeitdauer sind im Statut geregelt. Für Mitglieder sind innerparteiliche Wahlen ein entscheidender Anreiz, Motivation (und z.T. Entschädigung) für innerparteiliches Engagement. Für die Amtsinhaber wirken Wahlen mit der Möglichkeit der Wiederwahl motivierend und auch disziplinierend.

Ziel 5: Eine von der KAS geförderte Partei hat auf allen administrativen Ebenen eines Landes eine demo-

kratisch legitimierte Parteiführung und -verwaltung, die in der Lage sind, die Geschäfte der Partei zu lenken und Bürgernähe zu praktizieren.

Diese z.T. formalen Grundlegungen einer effizienten Parteiorganisation müssen in der Satzung dargelegt sein. Als weiteres Ziel der parteiorganisationsbezogenen Maßnahmen ist daher zu ergänzen:

Ziel 6: Eine von der KAS geförderte Partei hat eine nach Grundsätzen der innerparteilichen Demokratie verabschiedete Satzung, in der Aufgaben, Arbeitsweise und Strukturen der Partei geregelt sind. Die Satzung ist den Mitgliedern bekannt.

4.2 Entwicklung und Stellenwert der Parteiprogrammatik

Parteiprogramme dienen der Außendarstellung der Ziele einer Partei, der Ansprache an potentielle Unterstützer (Wähler und Mitglieder) und der Milieubildung bzw. -bindung.

Parteien verfügen (im Idealfall) über mehrere Arten von Programmen: Grundsatzprogramme, spezielle Aktions- oder Schwerpunktprogramme (z.B. zur Korruptionsbekämpfung oder zur Beschäftigungspolitik), Wahlprogramme oder -manifeste und z.T. auch Regierungsprogramme.

Grundsatzprogramme enthalten grundsätzliche politische Aussagen (Grundwerte). Sie verweisen auf langfristig angestrebte Ziele und gelten i.d.R. mehrere Jahre. Spezielle Aktionsprogramme widmen sich einem politischen Schwerpunkt. Wahlprogramme oder -manifeste sind i.d.R. wesentlich kürzer und auf den Wahltermin, aktuelle politische Fragen und Kandidaten zugeschnitten. Inhalt und Formen der Präsentation (Großveranstaltungen der Parteien und ihrer Kandidaten, Massenmedien, Internet usw.) werden ggf. mit Amts- und Mandatsträgern erarbeitet, wobei unmittelbare Wahlkampfunterstützung für eine bestimmte Partei allerdings kein Schwerpunkt der Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS ist.

Unter Punkt 2.2 wurden Grundsätze der Parteienzusammenarbeit der KAS genannt. Die Programme der Parteien, mit denen die KAS international kooperiert, insbesondere jedoch die Grundsatzprogramme, sollen klare Bekenntnisse zu den genannten Grundwerten enthalten. Ggf. sind die Programme daraufhin zu überarbeiten. Die von einer Partei angestrebten Ziele sind z.T. kontextabhängig. Sie werden mit den Parteien in Abhängigkeit der vorherrschenden Kontextbedingungen abgestimmt.

Ziel 7: Eine von der KAS geförderte Partei hat eine Programmatik (Grundsatzprogramm, Schwerpunkt- und andere „Sonderprogramme“ und Wahlmanifeste), in der sich die Partei klar zu den unter Punkt 2.2 genannten Grundwerten bekennt und gemeinwohlorientierte Zielstellungen („gute Regierungsführung“) formuliert.

4.3 Politische Kommunikation (Außenkommunikation)

Der Dialog mit (potenziellen) Unterstützern, d.h. mit Wählern und Mitgliedern ist entscheidend für Parteien. Damit eine Partei ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen und Politik mitgestalten kann, bedarf es der Kommunikation von politischen Werten und Zielen nach innen (s. 4.1.2) und außen.

Die Außenkommunikation nimmt in zahlreichen Ländern/Regionen einen immer größeren Stellenwert ein. Die zur Außenkommunikation zur Verfügung stehenden Ressourcen sind teilweise von gesetzlichen Regelungen sowie von der Finanzkraft und der Organisationsstärke einer Partei abhängig. Die KAS ist nicht bestrebt, reine Kommunikations- oder Wahlkampfagenturen zu fördern. Wir wissen jedoch auch, dass im sog. „Medienzeitalter“ (mit regionalen Variationen) die Außenkommunikation von Werten, Zielen und auch Personen einen immer größeren Stellenwert einnimmt.

Ziel 8: Eine von der KAS geförderte Partei ist in der Lage, ihre Werte, Ziele und Kandidaten der Öffentlichkeit durch den Zugang zu und die Pflege von geeigneten Medien bekannt zu machen. Sie besetzt damit Themen in den öffentlichen Debatten und zeigt politische Ziele und Lösungen.

4.4 Politische Integration, Strategie und nationale Parteienbündnisse

In normativer Sicht haben Parteien bestimmte „Systemfunktionen“ (Interessenaggregation, -artikulation, Beteiligung an der gesamtgesellschaftlichen Willensbildung u.a., s.o.) zu erfüllen. Eine wichtige Funktion von Parteien ist die politische Sozialisierung der Wähler und die Integration von unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und Interessen auf der Grundlage gemeinsamer (quasi „makropolitische“) Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Anbindung an supranationale Gemeinschaften u.a. Die Integration unterschiedlicher sozialer Schichten, Interessen und Konfessionen, die Fähigkeit, Kompromisse auf breiter Basis zu erarbeiten und damit politische Stabilität, Führungs- und ggf. auch gemeinwohlorientierte Regierungsfähigkeit zu sichern, zählt zu

den bedeutendsten Leistungen von Volks- oder auch Massenintegrationsparteien (s.o.).

Allerdings sind Parteien jedoch auch Zweckverbände. Ein Zweck ist, dass politische Kandidaten in und mit Parteien versuchen, öffentliche Ämter zu erreichen. In einigen Ländern und Regionen (v.a. im post-kommunistischen Europa) kommt es vor, dass sich Parteien, die im Grunde zur selben Parteifamilie (d.h. christlich-demokratisch, bürgerlich-konservativ oder Parteien der Mitte) gehören, Konkurrenz machen. Das ist nicht immer zu ihrem oder zum allgemeinen Vorteil. Statt zu kooperieren (oder zu fusionieren) oder mit gemeinsamen Listen anzutreten, schwächen sich die Parteien gegenseitig, spalten das gemeinsame Wählerlager und riskieren den Verlust legislativer oder exekutiver Wahlämter und damit die Möglichkeit, ihre Gesellschaft maßgeblich mitzugestalten. Darüber hinaus trägt der Unwille zur Kooperation zur (weiteren) Fragmentierung des Parteiensystems bei und schwächt am Ende die Stabilität des demokratischen Parteiensystems.

Weil die Gründung einer konfessions- und schichtübergreifenden Volkspartei zu den entscheidenden Faktoren der erfolgreichen Entwicklung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zählt, können die deutschen Erfahrungen u.U. eine gewisse Vorbildfunktion übernehmen. Die Vermittlung dieser Erfolgsgeschichte und ihrer Voraussetzungen spielt daher in den parteibezogenen Projektmaßnahmen eine besondere Rolle.

Ziel 9: Parteien, die von der KAS gefördert werden, haben zum Ziel, Mitglieder und Wähler aus unterschiedlichen sozialen Schichten auf der Grundlage konsensfähiger Programme und Zielstellungen zu integrieren. Die geförderten Parteien sind zur verstärkten Zusammenarbeit, mittelfristig auch zur institutionalisierten Kooperation bis hin zur Fusion mit Parteien derselben Familie in ihrem Land, bereit.

4.5 Internationale Parteienbündnisse

Internationale Parteienbündnisse verfolgen zahlreiche Ziele. Die wichtigsten liegen in der Förderung überregionaler politischer Stabilität, der Stärkung von Frieden und Demokratie in den betreffenden Regionen sowie in der Forcierung der Zusammenarbeit der Mitglieder derselben „Familie“ durch Dialog und institutionalisierte Kooperation. „Familienmitglieder“ mögen über unterschiedliche Auffassungen in Detailfragen verfügen, z.B. über Handels-, Sicherheits- oder Umweltfragen im Rahmen der Europäischen Union, aber die Geschichte lehrt, dass Mitglieder politischer Fami-

lien Garanten des Friedens sind. Parteibündnisse spielen darüber hinaus eine wichtige Rolle im Rahmen des politischen Dialogs, dem Austausch von „best practice“-Beispielen der Regierungsführung oder in der Bildung gemeinsamer supranationaler Parlamentsfraktionen wie im Falle der EVP-ED-Fraktion im Europaparlament (Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten).

Ziel 10: Eine von der KAS geförderte Partei ist Mitglied internationaler Parteienbündnisse (wie z.B. ODCA) oder bewirbt sich durch Erfüllung der Anforderungen an derartige Bündnisse um Aufnahme.

Die unter 4.1 bis 4.4 genannten Entwicklungsziele laufen typologisch auf das Modell einer Volkspartei hinaus, auch wenn es – wie oben erwähnt – nicht zwangsläufig unser Ziel sein kann, in allen Weltregionen zum Entstehen von Volksparteien oder volksparteiähnlichen Parteien beizutragen. Mit Blick auf ein wichtiges Merkmal der Volkspartei fehlt sowohl in diesem Leitfaden als auch in zahlreichen praktischen Fällen ein entscheidendes Kriterium: die tatsächliche Mitgliedergröße. Während in der überwiegend deutschsprachigen Literatur zur Volkspartei und ihren Erscheinungsformen in der Bundesrepublik von etwa 700.000 Mitgliedern die Rede war und diese Zahl aufgrund sinkender Mitgliederzahlen mittlerweile nicht mehr näher benannt wird (wichtig bleibt beim Konzept der Volkspartei jedoch, dass sie Mitglieder und Wähler aus allen Bevölkerungsgruppen hat), wäre eine genaue Zahlenangabe in etlichen Projektländern der KAS auch wenig sinnvoll. Wichtiger als absolute Mitgliederzahlen ist die Erreichung von Ziel 1 (Grundstock an Mitgliedern, die nur dieser einen Partei angehören und die Rechte wie Pflichten haben), damit eine Partei in der Lage ist, ihre Dienstleistungsfunktionen für das politische System wahrnehmen zu können.

4.6 Förderung des Umfelds: mittelbare Parteienförderung

Die bisherigen Ausführungen gingen von dem – durchaus anzutreffenden – Idealfall aus, dass förderungswürdige Parteien existieren. In zahlreichen Regionen treffen wir aber auch auf undemokratische oder für die Entwicklung demokratischer Parteien und Parteiensysteme ungünstige Ausgangsbedingungen, z.B. fehlende Rechtsstaatlichkeit, keine oder eingeschränkte Medienfreiheit, Einparteiendominanz oder grundsätzlich schwache Parteien. In derartigen Projektländern geht es wesentlich mehr, als eine Partei oder eine Gruppe förderungswürdiger Parteien in Bezug auf Organisations-, Programmentwicklung und/oder Strategiefragen zu beraten, darum, mit pro-demo-

kratischen Partnern Anstöße zur Demokratisierung des Umfeldes von Parteien zu geben. Die Betonung unabhängiger Medien, von Rechtsstaatlichkeit und der politische Dialog mit politischen, wirtschaftlichen und geistigen Eliten und demokratischen Oppositionskräften, in denen diese für Grundsätze der Demokratie sensibilisiert werden, stehen hier gegenüber Maßnahmen der unmittelbaren Parteienförderung im Vordergrund. Eine Partei oder eine Gruppe von demokratischen Parteien kann nur dann gezielt gefördert werden, wenn die formellen und informellen politischen Rahmenbedingungen Entstehung und Handeln demokratischer Parteien zulassen.

Ziel 11: In Projektländern mit erheblichen Demokratiedefiziten wird versucht, durch Dialog mit Eliten und aktive Öffentlichkeitsarbeit Einfluss auf den pro-demokratischen politischen Diskurs im Land zu nehmen. Damit wird der Demokratisierungsprozess, der erst die Voraussetzungen für Parteienhandeln schafft, unterstützt.

5. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Diese Ausführungen sind allgemeiner Art und umreißen das normative Zielspektrum der KAS im Bereich der Parteienförderung. Angesichts des höchst unterschiedlichen Institutionalierungs„grades“ demokratischer Parteien und der Parteiensysteme in den Projektländern der KAS ist es jedoch erforderlich, die Maßnahmen an die Kontextfaktoren und Entwicklungsmöglichkeiten anzupassen. Das steht den Zielstellungen der Parteienförderung durch die KAS nicht entgegen, mahnt aber zu einer realistischen und zurückhaltenden Erwartungshaltung und Zielformulierung in diesem Bereich.

Zu bedenken sind insbesondere der allgemeine Zustand der Demokratie, ihrer Institutionen und Verfahren, strukturelle Faktoren wie die Art des Regierungssystems (Präsidialsysteme oder parlamentarische Systeme) oder kulturelle Faktoren wie die Tradition von Klientelismus und Patronage, die zusammen die Herausbildung und Konsolidierung starker demokratischer Parteien im einleitend beschriebenen Sinne von vornherein konditionieren.

Bei Maßnahmen der Parteienförderung geht es der KAS, wie mehrfach betont, nicht darum, ein spezielles Parteimodell zu „exportieren“. Parteienzusammenarbeit und -förderung meint zuallererst, dass wir in unseren Projektländern versuchen, einen Beitrag zur Entwicklung demokratischer Parteistrukturen und -verfahren zu leisten, damit die pluralistische Demokratie, ihre Grundwerte, Verfahrensweisen und Insti-

tutionen gefestigt werden und die geförderten Partner gemeinwohlorientierte Politik formulieren und durchsetzen. Obwohl in manchen Projektländern die Aussichten darauf, volksparteiähnliche Parteien aufzubauen, eher gering sind, lehrt die Erfahrung, dass programmatisch profilierte Mitgliederparteien mit hohem gesellschaftlichen Integrationspotenzial und innerparteilichen „checks and balances“ dazu am meisten geeignet sind.

Die dauerhafte Realisierung der hier genannten Felder läuft auf leistungsfähige demokratische Parteien mit wertefundierten programmatischen Bekenntnissen und festen Wurzeln in der Zivilgesellschaft hinaus, die in der Lage sind, die einleitend genannten „Systemfunktionen“ von Parteien zu erfüllen und einen tatsächlichen Beitrag zur politischen Willensbildung nach demokratischen Gesichtspunkten und zur verantwortungsvollen politischen Führung leisten.

*Dr. Karsten Grabow
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der
KAS, Team Lateinamerika,
Projektreferent „Parteien- und Parlamentsberatung“*

*Dr. Wilhelm Hofmeister
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung
für Brasilien*

*Prof. Dr. Hans-Joachim Veen
Universität Trier/Stiftung Ettersberg zur
vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen
und ihrer Überwindung*

- 1| *Bei diesem Abschnitt handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Leitfadens für die Auslandsmitarbeiter der KAS im Bereich der Parteienkooperation, der auf der Fachkonferenz in Santiago de Chile und zuvor auf einer Fachkonferenz in Bukarest präsentiert wurde.*
- 2| *Parteienförderung ist gewissermaßen eine qualifizierte Teilmenge der internationalen Parteienzusammenarbeit. Nicht jede Partei, mit der die KAS im Ausland Kooperationsbeziehungen unterhält oder eine überparteiliche Zusammenarbeit anregt, wird gefördert. Umgekehrt gilt jedoch, dass jede Förderung natürlich auch Parteienzusammenarbeit meint.*

ANHANG

KOMMENTIERTES ABKÜRZUNGS- VERZEICHNIS

- COPPAL, *Conferencia de Partidos Políticos de América Latina*, 1979 in Mexiko gegründete, politisch linksorientierte Parteienvereinigung in Lateinamerika, 49 Voll- und sieben assoziierte Mitglieder aus 30 Ländern Nord- und Südamerikas sowie der Karibik (www.coppal.org.mx).
- ENoP, *European Network of Political Foundations*, 2006 gegründetes Netzwerk von europäischen politischen Stiftungen mit informeller Kooperationsstruktur. ENoP ist Kommunikations- und Dialoginstrument zwischen europäischen politischen Stiftungen und den Institutionen der Europäischen Union sowie mit gesellschaftspolitischen Akteuren auf dem Gebiet der Demokratieförderung und Entwicklungszusammenarbeit. Gegenwärtig beteiligen sich 47 politische Stiftungen aus 25 Ländern Europas am Netzwerk (www.european-network-of-political-foundations.eu).
- FAES, *Fundación para el Análisis y de Estudios Sociales*, 1989 gegründete politische Stiftung, die der spanischen Volkspartei (*Partido Popular*) nahesteht (www.fundacionfaes.org).
- FES, *Friedrich-Ebert-Stiftung*, 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründete politische Stiftung, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahesteht. In 88 Auslandsbüros der FES werden Projekte in über 100 Ländern betreut (www.fes.de).
- FNS, *Friedrich-Naumann-Stiftung*, 1958 gegründete und der Freien Demokratischen Partei (FDP) nahesteheende politische Stiftung, die auf der Grundlage des Liberalismus mit 30 Auslandsbüros in mehr als 50 Ländern tätig ist (www.fns-freiheit.org).
- FSP, *Foro de São Paulo*, 1990 in Brasilien gegründete Konferenz 48 linksgerichteter und kommunistischer Parteien und sozialer Bewegungen aus 20 Ländern Lateinamerikas und der Karibik.
- HBS, *Heinrich-Böll-Stiftung*, in der jetzigen Form 1996/1997 gegründete und dem Bündnis 90/Die Grünen nahesteheende politische Stiftung (www.boell.de).
- HSS, *Hanns-Seidel-Stiftung*, 1967 gegründete und der Christlich-Sozialen Union (CSU) nahesteheende politische Stiftung. Die HSS betreut aus 45 Auslandsbüros Projekte in über 50 Ländern (www.hss.de).
- IDC-CDI, *Internationale Démocrate-Chrétienne-Centrist Democrat International*, 1961 in Santiago de Chile gegründet und 1982 in Christlich Demokratische Internationale umbenannter Weltverband christlich-demokratischer, zentristischer und christlich-sozialer Parteien (www.idc-cdi.org).
- IDEA, *International Institute for Democracy and Electoral Assistance*, 1995 in Schweden gegründete multilaterale Organisation zur Stärkung demokratischer Institutionen und Prozesse im Sinne einer nachhaltigen Demokratie, verfügt weltweit über zehn Regionalbüros (www.idea.int).
- IDU, *Internationale Demokratische Union*, 1983 gegründete Arbeitsgemeinschaft von 45 konservativen und christlich-demokratischen Parteien aus 34 Ländern (www.idu.org).
- IRI, *International Republican Institute*, 1983, im Rahmen der Gründung des *National Endowment for Democracy* (NED) in den USA entstandenes politisches Bildungs- und Beratungsinstitut der Republikanischen Partei, das weltweit in mehr als 70 Ländern tätig ist (www.iri.org).

- LI, *Liberale Internationale*, 1947 gegründeter Weltverband liberaler Parteien, 65 Vollmitglieder und 24 Beobachter aus 61 Ländern (www.liberal-international.org).
- NDI, *National Democratic Institute for International Affairs*, politisches Bildungs- und Beratungsinstitut der Demokratischen Partei der USA. Das NDI entstand 1983 im Zuge der Gründung des *National Endowment for Democracy* (NED). Weltweit ist das NDI über 56 Repräsentanten in mehr als 70 Ländern tätig (www.ndi.org).
- OAS, *Organization of American States*, 1948 in Kolumbien gegründet, versteht sich als Regionalorganisation von gegenwärtig 35 Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas sowie der Karibik zur Förderung von Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Armuts- und Terrorbekämpfung, Sitz der OAS ist Washington D.C. (www.oas.org).
- ODCA, *Organización Demócrata Cristiana de América*, 1949 gegründete Regionalorganisation der IDC-CDI (*Internationale Démocrate-Chrétienne-Centrist Democrat International*) als Zusammenschluss von 28 christlich-demokratischen, christlich-sozialen und zentristischen Parteien aus 28 Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas (www.odca.org.mx).
- RLS, *Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.*, 1990 gegründete und der Partei „Die Linke“ nahestehende politische Stiftung, verfügt weltweit über fünf Regionalbüros, die Programme in mehr als 20 Ländern betreuen (www.rosalux.de).
- SI, *Sozialistische Internationale*, in seiner jetzigen Zusammensetzung 1951 in Frankfurt/Main gegründeter Weltverband von 168 Parteien (davon 109 Vollmitglieder) unterschiedlicher Ausrichtung (sozialdemokratisch, sozialistisch und reformkommunistisch) aus 128 Ländern (www.socialistinternational.org).
- UPLA, *Unión de Partidos Latinoamericanos*, 1992 in Bolivien gegründete Regionalorganisation der IDU (Internationale Demokratische Union), die 19 christlich-demokratische, christlich-soziale und konservative Parteien aus 15 Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas vereinigt (www.upla.net).

QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE MATERIALIEN (AUSWAHL)

- Altman, David und Rossana Castiglioni. 2006. „The 2004 Uruguayan elections: A political earthquake foretold“, in: *Electoral Studies*, Vol. 25, No. 1, S. 147-154.
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2002. *Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen der Gesellschafts- und Strukturpolitik*. Bonn/Berlin.
- Bolivien. o.J. „Declaración de Principios“ (http://www.cne.org.bo/org_politica/documentos/pdc.pdf).
- Cason, Jeffrey. 2000. „Electoral Reform and Stability in Uruguay“, in: *Journal of Democracy*, Vol. 11, No. 2.
- Cason, Jeffrey. 2002. „Electoral Reform, Institutional Change, and Party Adaptation Uruguay“, in: *Latin American Politics and Society*, Vol. 44, No. 3, S. 89-109.
- Dahl, Robert. 1989. *Democracy and Its Critics*. New Haven: Yale University Press.
- Espiell, Héctor Gros. 2002. „Uruguay: ¿Presidencialismo o parlamentarismo?“, in: *Cuestiones constitucionales: revista mexicana de derecho constitucional*, No. 7, S. 88-108.
- KAS. 2004a. *Grundsätze der Finanzierung Politischer Stiftungen*. http://www.kas.de/stiftung/wir_ueber_uns/23_webseite.html.
- KAS. 2004b. *Cuando el desencanto... encanta. Cinco años de comunicación política en la Argentina*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2004c. *Diálogo Político 01/04 ¿Mediatización de la política?* Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2005a. *Cómo se vende un candidato (2ª edición con CD). Un siglo de campañas políticas en la Argentina*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2005b. *Cuando el desencanto... encanta. Reflexiones sobre comunicación política, sociedad y democracia en Argentina*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- KAS. 2005c. *Alianzas políticas en Costa Rica. Perspectivas electorales del año 2006*. San José: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2005d. *Comunicación y marketing político*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2005e. *Partidos Políticos y Congreso*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2006a. Schwerpunktheft „Institutionalisierung politischer Parteien“ der *KAS-Auslandsinformationen* (22), 11.
- KAS. 2006b. *Diálogo Político 2/2006. Comunicación electoral*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2006c. *Diálogo Político 4/2006. Partidos políticos en crisis*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2006d. *Estudio Político de la Democracia Cristiana en Ecuador, en Peru, ... en Venezuela, en República Dominicana*. CD-ROM.
- KAS. 2006e. *Manual de campaña electoral*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung, Medienprogramm.
<http://www.kas.de/proj/home/home/63/1/>.
- KAS. 2007a. *Índice de Desarrollo Democrático de América Latina – IDD-Lat 2007*. Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS 2007b. *Manual de Formación Política 2007*.
http://www.kas.de/proj/home/pub/60/1/year-2007/dokument_id-11243/index.html.
- KAS. 2007c. *Parties and Democracy. The KAS Democracy Report 2007*. Bonn: Bouvier.
- KAS. 2007d. *KAS International* (1), 1 bis 3.
- KAS. 2007e. *Regionalprojekt Organización Democrata Cristiana de América (ODCA)*. Evaluierung im Auftrag der HA Internationale Zusammenarbeit der KAS. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007f. *Políticas Municipales para el desarrollo local y regional*.
http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_documento_dok_pdf_10592_4.pdf.
- KAS. 2007g. *Gesetzliche Regelungen für Wahlen und Politische Parteien in Kolumbien*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007h. *Cadernos Adenauer Vol. 3/2007: Partidos políticos: quatro continentes*. Rio de Janeiro: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007i. *Manual de Formación Política 2007*. Lima: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007j. *El Panorama Político Latinoamericano. Mucho Más Que Populismo De Izquierdas*. Mexico D.F.: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007k. *Guía De Liderazgo Para La Participación Política De Las Mujeres En El Ámbito Local*. La Paz: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007l. *La Constitución – Política del Estado*. La Paz: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007m. *La Autonomía Electoral. Historia Política e Institucional del Sistema Electoral Boliviano (1825-2006)*. La Paz: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007n. *Política Ideológica de la Democracia Cristiana*. La Paz: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007o. *Participación Política Indígena*. La Paz: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007p. *Handbuch für Wahlbeobachter*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007q. *Wahl-ABC. Spielregeln für die Regionalwahlen 2007*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007r. *Educación para la democracia y la formación política en Colombia: 1980-2006. Un Estado del arte*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007s. *Hacia una Plataforma Política Centroamericana. Propuestas de los partidos políticos de centro de la región*. Guatemala City: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- KAS. 2007t. *Partidos Políticos, Congreso y Gobernabilidad Democrática*. Guatemala City: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Nohlen, Dieter. 2007. *Teoría institucional y relevancia del contexto*. Bogotá: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- Thesing, Josef (Hrsg.). 2002. *In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale Zusammenarbeit und persönliche Erfahrungsberichte*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Varnoux, Marcelo. 2007. *Principios y Valores de la Democracia*. La Paz: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Wahlers, Gerhard (Hrsg.). 2007. *América Latina y Unión Europea*. Santiago de Chile u.a.: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Wahlers, Gerhard und Karsten Grabow (Hrsg.). 2007. *Parteien und Demokratie. Beiträge der internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratierport 2007*. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Werz, Nikolaus. 2007. „Demokratie, politische Einstellungen und Parteien in Lateinamerika“, in: Wahlers/Grabow (Hrsg.). *Parteien und Demokratie*. S. 107-131.
- Peru / Lima
<http://www.kas.de/proj/home/home/60/1/>
- Uruguay / Montevideo
<http://www.kas.de/proj/home/home/61/1/>
- Venezuela / Caracas
<http://www.kas.de/proj/home/home/62/1/>
- Medienprogramm Lateinamerika / Buenos Aires
<http://www.kas.de/proj/home/home/63/1/>
- Regionalprogramm Politische Partizipation Indígena in Lateinamerika / Quito
<http://www.kas.de/proj/home/home/54/1/>
- Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika / Mexiko City
<http://www.kas.de/proj/home/home/14/1/>
- Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika / Montevideo
<http://www.kas.de/proj/home/home/13/1/>

AUSLANDSBÜROS UND REGIONAL-PROGRAMME DER KAS IN LATEINAMERIKA

- Argentinien / Buenos Aires
<http://www.kas.de/proj/home/home/16/1/>
- Bolivien / La Paz
<http://www.kas.de/proj/home/home/50/1/>
- Brasilien / Rio de Janeiro und Fortaleza
<http://www.kas.de/proj/home/home/51/1/>
- Chile / Santiago de Chile
<http://www.kas.de/proj/home/home/52/1/>
- Costa Rica / San José
<http://www.kas.de/proj/home/home/53/1/>
- Ecuador / Quito
<http://www.kas.de/proj/home/home/54/1/>
- Guatemala / Guatemala City
<http://www.kas.de/proj/home/home/55/1/>
- Kolumbien / Bogotá
<http://www.kas.de/proj/home/home/56/1/>
- Mexiko / Mexiko City
<http://www.kas.de/proj/home/home/57/1/>
- Nicaragua / Managua
<http://www.kas.de/proj/home/home/58/1/>
- Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika / Rio de Janeiro
<http://www.kas.de/proj/home/home/102/1/>